8 deutsche architektur



Berlin
August
1968

Wohnen und gesellschaftliche Einrichtungen • Wohnkomplexe für die Städte der Zukunft • Neue Städte in Großbrit

Preis 5,— Mark

Die Zeitschrift

deutsche architektur

erscheint monatlich

Inlandspreis 5,– Mark

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subcriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner á la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:
Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:

· Sowjetunion
Alle Postämter und Postkontore
sowie die städtischen Abteilungen Sojuspechatj

· Volksrepublik China
Waiwen Shudian, Peking, P. O. Box 50

· Tschechoslowakische Sozialistische Republik
Orbis, Zeitungsvertrieb, Praha XII, Vinohradska 46 –
Bratislava, Leningradska ul. 14

· Volksrepublik Polen
P. P. K. Ruch, Warszawa, Wilcza 46

· Ungarische Volksrepublik
Kultura, Ungarisches Außenhandelsunternehmen
für Bücher und Zeitungen, Rakoczi ut. 5, Budapest 62

· Sozialistische Republik Rumänien
Directia Generala a Postei si Difuzarii Presei Palatul
Administrativ C. F. R., Bukarest

· Volksrepublik Bulgarien
Direktion R. E. P., Sofia, 11 a, Rue Paris

· Volksrepublik Albanien
Ndermarrja Shetetnore Botimeve, Tirana

· Österreich
GLOBUS-Buchvertrieb, Wien I, Salzgries 16

· Für alle anderen Länder:
Der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen,
108 Berlin, Französische Straße 13–14

Deutsche Bundesrepublik und Westberlin:
Der örtliche Fachbuchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Die Auslieferung
erfolgt über HELIOS Literatur-Vertrieb-GmbH,
Berlin-Borsigwalde, Eichborndamm 141–167
Vertriebskennzeichen: A 21518 E

Verlag
VEB Verlag für Bauwesen, 108 Berlin,
Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Georg Waterstradt
Telefon: 22 02 31
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nummer: 011 441 Techkammer Berlin
(Bauwesenverlag)

Redaktion
Zeitschrift „deutsche architektur", 108 Berlin,
Französische Straße 13–14
Telefon: 22 02 31
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes
beim Vorsitzenden des Ministerrates
·r Deutschen Demokratischen Republik
·ielfältigungsgenehmigung Nr. 3/29/68 bis 3/34/68

·herstellung:
Märkische Volksstimme, 15 Potsdam,
gels-Straße 24 (I/16/01)



·enannahme: DEWAG-Werbung,
·haler Straße 28–31,
·triebe und -Zweigstellen in den

Aus dem vorigen Heft:
Architektur und politisches Engagement
Rekonstruktion Altstadt Bernau
Generalbebauungsplan Erfurt
Wettbewerb Stadtzentrum Warna

Im nächsten Heft:
Fichtelberghaus
Mehrzweckgaststätte Berlin
Weinkeller Moritzburg in Halle
Schloß Molsdorf
Parkrestaurant „Teehäuschen" in Dessau
Wirtschafts- und Bewirtungsbereich in Gaststätten

Redaktionsschluß:
Kunstdruckteil: 16. Mai 1968
Illusdruckteil: 24. Mai 1968

Titelbild:
Schaubild für die Neugestaltung der Liebknechtstraße (Stand April 1968). Dieses Projekt ist ein Beispiel für die Verbindung des Wohnens mit gesellschaftlichen Einrichtungen im Stadtzentrum von Berlin (siehe unseren Beitrag auf Seite 456 ff.)
Zeichnung: Dr.-Ing. Hans-Peter Schmiedel

Fotonachweis:
Hermann Dieck, Magdeburg (1); Walter Bock, Magdeburg (1); VEB Industrieprojektierung Erfurt (1); Werkfoto Kraftwerk Vetschau (1); PGH Fototechnische Werkstätten Berlin (1); Georg Just, Cottbus (6); VEB Hochbauprojektierung Rostock (1); Henning Salzbrenner, Cottbus (1); Gottfried Beygang, Karl-Marx-Stadt (1); Christoph Georgi, Schneeberg (1); Deutsche Fotothek, Dresden (1); Günter Ewald, Stralsund (2)

8 deutsche architektur

XVII. Jahrgang
Berlin
August 1968

Herausgeber: Deutsche Bauakademie und Bund Deutscher Architekten

Redaktion: Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Wirtschaftler Walter Stiebitz, Dipl.-Ing. Claus Weidner, Redakteure
Erich Blocksdorf, Typohersteller

Einheit von Forschung, Lehre und Praxis

In Anwesenheit von Rektoren der Hochschulen des Bauwesens, unter ihnen Magnifizenz Prof. Dr. Horst Matzke, Weimar, Magnifizenz Prof. Dr.-Ing. Walter Schulze, Leipzig, und des Prodekans für wissenschaftliche Entwicklung an der Fakultät Bauwesen der TU Dresden, Prof. Dr. Günther Rickenstorf, sowie weiterer führender Wissenschaftler beriet das Präsidium der Deutschen Bauakademie unter Vorsitz des Präsidenten, Prof. Werner Heynisch, am 2. Mai 1968 die Realisierung der im Jahre 1967 zwischen der Akademie und den Bauhochschulen abgeschlossenen Rahmenverträge.

Durch eine Konzentration der Kräfte und Mittel konnten im Jahre 1967 die Forschungskapazitäten der Hochschulen in stärkerem Maße in die gemeinsam mit den Baustoffbetrieben, Baukombinaten und den Instituten der Deutschen Bauakademie zu lösenden volkswirtschaftlich wichtigen Forschungs- und Entwicklungsaufgaben einbezogen und dabei gute Ergebnisse erzielt werden.

Bei der Verwirklichung der Beschlüsse der 4. Hochschulkonferenz und der abgeschlossenen Rahmenverträge wurden in enger Verbindung zwischen Forschung und Lehre mit Unterstützung der Deutschen Bauakademie positive Erfahrungen für die sozialistische Erziehung und Ausbildung der Studenten gesammelt. Die Beleg- und Diplomarbeiten der Studenten und Absolventen wurden auf eine Reihe von Schwerpunkten der Bauforschung orientiert, um die künftigen Architekten, Ingenieure und Ökonomen unmittelbar auf die großen Aufgaben vorzubereiten, die heute unserem Bauwesen gestellt sind.

Ausgehend von den Beschlüssen des VII. Parteitages der SED und des Staatsrates der DDR sowie von den Aufgaben, die von der Bauforschung im Planjahr 1968 zu lösen sind, wurden die Schwerpunkte der gemeinsamen Arbeit für das Jahr 1969 konzipiert.

Im Zusammenhang mit der sozialistischen Hochschulreform werden die Forschungskapazitäten der Hochschulen des Bauwesens planmäßig in die Bearbeitung ganzer Aufgabenkomplexe, die sich aus den Hauptrichtungen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung des Bauwesens im Prognosezeitraum ergeben, einbezogen. Dabei sollen von großen Forschungskollektiven der Hochschulen, die mehrere Institute und Lehrstühle erfassen, vor allem Aufgaben der Grundlagenforschung gemeinsam mit Betrieben und mit den Instituten der Deutschen Bauakademie gelöst werden.

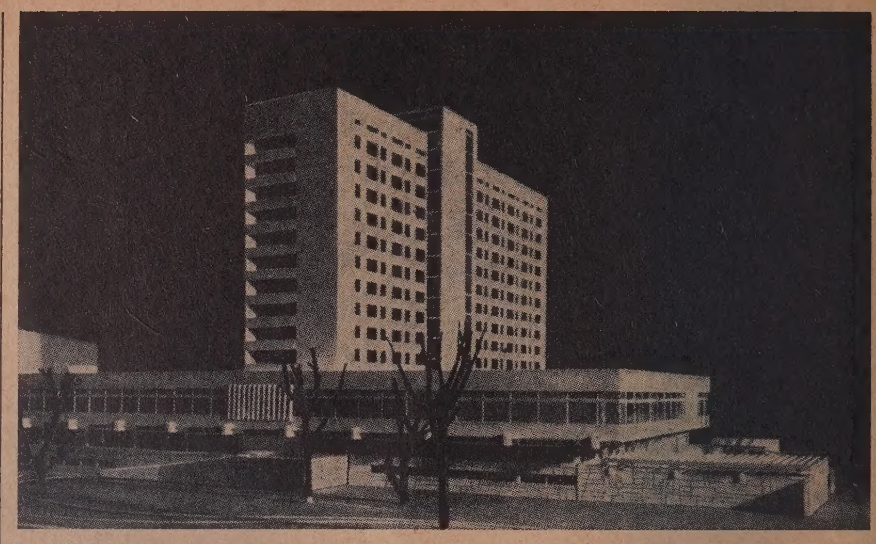
Schwerpunkte der künftigen gemeinsamen Forschungsarbeit sind unter anderem:

- Probleme der Prognose der Bau- und Baumaterialienindustrie;
- Probleme des Städtebaus, der Architektur und der Generalbebauungsplanung;
- Grundlagen für funktionelle und konstruktive Entwicklungen, vor allem für das leichte und ökonomische Bauen im Industrie-, Landwirtschafts-, Wohn- und Gesellschaftsbau;
- Entwicklung neuer Bautechnologien sowie von Technologien und Verfahren für die Herstellung neuer Baumaterialien und für die Entwicklung von leichten, auf automatisierten Anlagen massenweise herzustellenden Bauelementen und Baugruppen;
- Weiterentwicklung der sozialistischen Organisationswissenschaften im Bauwesen, insbesondere für die Planung und Leitung des Bauwesens in seinen verschiedenen Ebenen unter Anwendung der neuesten Erkenntnisse und Methoden der Kybernetik und der Mathematik.

Diese Aufgabenkomplexe werden in echter Partnerschaft mit Betrieben und Baukombinaten, den staatlichen Organen und den Instituten der Deutschen Bauakademie auf ökonomischer, vertraglich geregelter Basis gelöst.

Mit dieser gemeinsamen Arbeit sollen der erforderliche wissenschaftliche Vorlauf zur Steigerung der Leistungsfähigkeit und Effektivität des Bauwesens geschaffen und der wissenschaftlich-technische Höchststand bei den wichtigsten Haupterzeugnissen und Gebieten des Bauwesens erreicht und mitbestimmt werden.

Durch die planmäßige Einbeziehung der Forschungskapazitäten der Hochschulen und der Studenten in diese Arbeit, durch eine noch engere Verbindung zwischen Forschung, Lehre und Praxis zur gemeinsamen Lösung der Aufgaben des Bauwesens bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, sollen zugleich wesentliche Voraussetzungen für die Erziehung und Ausbildung sozialistischer Persönlichkeiten im Bauwesen geschaffen werden.



Preisgekröntes Wettbewerbsprojekt für ein „Haus der Jugend" in Leningrad. Entwurf: Architekten P. S. Prochorow, B. B. Lukjanow und A. P. Isoitko

Glückwünsche für Walter Ulbricht

Eine Delegation des Präsidiums des BDA unter Leitung von Prof. Edmund Collein überbrachte dem Ersten Sekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, zu seinem 75. Geburtstag die herzlichen Glückwünsche des Bundes Deutscher Architekten. Prof. Edmund Collein überreichte dem Jubilar eine Mappe mit zahlreichen Verpflichtungen, die Mitglieder des Bundes zum 20. Jahrestag der DDR übernommen haben.

Aufruf zum 20. Jahrestag der DDR

Der Vorstand der Bezirksgruppe Gera des BDA hat seine Mitglieder, die Mitglieder des Fachverbandes Bauwesen der KDT, die Architekten und Ingenieure der Baukombinate, der Bauämter und die bildenden Künstler des Bezirkes zu einer Gemeinschaftsarbeit zu Ehren des 20. Jahrestages der DDR aufgerufen.

Als Ziele dieser Gemeinschaftsarbeit werden unter anderem eine höhere städtebauliche und architektonische Qualität bei den umfangreichen Baumaßnahmen in der Bezirksstadt Gera und in Jena-Lobeda, größere Variationsmöglichkeiten bei vorgefertigten Außenwandelementen, eine Verbesserung der Vorplanung und Projektierung, die Verkürzung der Bauzeiten, die Unterstützung der Organe der Nationalen Front bei Verschönerung der Städte und Gemeinden und Maßnahmen zur Weiterbildung genannt.

Internationale Fachexkursion des BDA

Der BDA führte mit Architekten aus der UdSSR, der Volksrepublik Polen, der ČSSR, der Ungarischen Volksrepublik, der Sozialistischen Volksrepublik Rumänien und der Volksrepublik Bulgarien vom 13. bis 27. 5. 1968 eine internationale Fachexkursion durch. Thema der diesjährigen internationalen Fachexkursion war die Generalbebauungsplanung in der DDR.

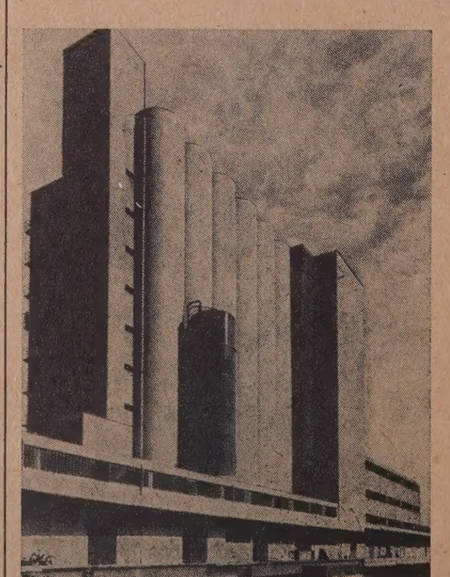
Den Teilnehmern wurde bei Besichtigungen und Aussprachen mit den Chefarchitekten in Berlin, Neubrandenburg, Rostock, Halle, Leipzig und Erfurt Gelegenheit gegeben, sich über den Stand, die Aufgaben und Methoden der Generalbebauungsplanung in der DDR zu informieren.

Die Exkursion gestaltete sich für Gäste und Gastgeber zu einem interessanten und freundschaftlichen Erfahrungsaustausch.

Landschaftsschutz erweitert

Anzahl und Größe der Landschaftsschutzgebiete wurden in den vergangenen Jahren seit Gründung der DDR wesentlich erweitert.

Gegenwärtig gibt es in der DDR 375 Landschaftsschutzgebiete mit einer Gesamtfläche von 16 866 Quadratkilometern. Diese Gebiete nehmen rund 15,5 Prozent der Bodenfläche der DDR ein. Den größten Anteil haben daran die Bezirke Magdeburg (2003 km²), Potsdam (1910 km²), Dresden (1622 km²) und Suhl (1503 km²). Die Landschaftsschutzgebiete sollen vor allem für die Erholung gepflegt und erschlossen werden.



Digitalrechner zeichnet Baupläne

Für die Herstellung von Zeichnungen für die Montage von umfangreichen Rohrnetzen und den dazu notwendigen Stücklisten setzt eine englische Firma seit einiger Zeit einen Digitalrechner ein. Das Verfahren hat sich so bewährt, daß keine Bauunterlagen mehr mit der Hand gezeichnet werden. Die Kapazität des Konstruktionsbüros konnte um 250 Prozent gesteigert, die Kosten der Zeichnungen um 50 Prozent gesenkt werden.

Bei einem Auftrag für Rohrleitungsarbeiten in einem Wert von zehn Millionen Mark müssen durchschnittlich 600 Blätter gezeichnet werden, die unter anderem auch Auskunft über das benötigte Material geben. Noch während die Zeichnungen vorbereitet werden, erfaßt der Rechner die Mengen und stellt eine Materialübersicht zusammen.

Frankreich: Vorfertigung stagniert

Während französische Vorfertigungssysteme (wie Camus) in vielen Ländern zur Anwendung kommen, hat sich die Vorfertigung in Frankreich selbst nicht durchsetzen können. Nur 4 Prozent des Wohnungsbauvolumens werden vorgefertigt. Als Ursache wird das Fehlen einer Planung angesehen.

Vollautomatisches Mischfutterwerk (Kapazität 30 t/h) in Linz. Architekt R. Kroh

X. UIA-Kongreß

Der X. Weltkongreß des Internationalen Architektenverbandes (UIA) wird vom 10. bis 15. Oktober 1969 in Buenos Aires stattfinden.
Das Thema des Kongresses lautet: „Die Architektur als sozialer Faktor". Da dieses Thema offensichtlich zu breit ist, sollen vor allem die sozialen Bedürfnisse des Wohnens im Vordergrund der Beratungen stehen. In der Diskussion soll an Hand praktischer Beispiele, Analysen und Schlußfolgerungen hauptsächlich über die Gestaltung der Wohngebiete, des Massenwohnungsbaus und von Einfamilienhäusern beraten werden.

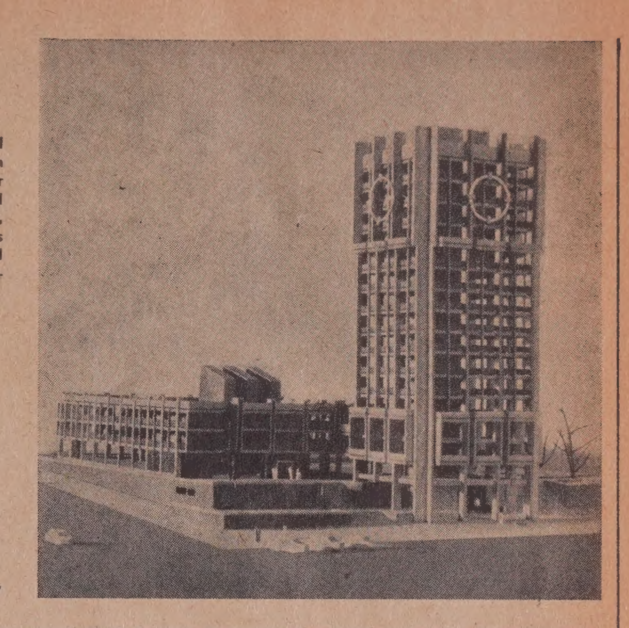
Wahl neuer Mitglieder der DBA

Auf der 21. Plenartagung der Deutschen Bauakademie wurden Dr. Hans Fritsche, Wissenschaftlicher Direktor der DBA, zum Ordentlichen Mitglied, Prof. Dr.-Ing. habil. Erhard Hampe, Direktor des Instituts für Stahlbeton und Spannbeton der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, zum Kandidierenden Mitglied sowie Prof. Dr.-Ing. habil. Walter Christfreund, Direktor des Instituts für Stadtbauwesen und Straßenbau der TU Dresden, und Obering. Hans Mertens, Stellvertreter des Direktors des Instituts für Industriebau der DBA, zu Korrespondierenden Mitgliedern der Deutschen Bauakademie gewählt.

Haus der Partei und Gewerkschaft in Blagojevgrad

Dieses Gebäude der Partei und Gewerkschaft soll im zentralen Bereich der Stadt, am Platz der Republik, entstehen. Es ist Teil eines Ensembles neuer Bauten, die bei der Neugestaltung des Stadtzentrums von Blagojevgrad (Volksrepublik Bulgarien) errichtet werden.

Autoren des Wettbewerbsprojektes: Architekten B. Tomalewski und L. Losanow



Ein eleganter Zylinder: Das neue Hotel „Budapest" in der ungarischen Hauptstadt. Architekt György Szrogh

Magnet Budapest

Budapest, die Hauptstadt der Ungarischen Volksrepublik, hat trotz der seit Jahren planmäßig durchgeführten Maßnahmen zur industriellen Entwicklung des ganzen Landes immer noch ein stürmisches Wachsen seiner Einwohnerzahl zu verzeichnen. Die Einwohnerzahl stieg von 1945 bis 1949 um 92 000, von 1950 bis 1954 um 193 000. Nach einer etwas geringeren Zuwachsrate in den folgenden Jahren ist seit dem Beginn der sechziger Jahre wieder ein sprunghafter Zuwachs eingetreten, der die Stadt vor schwierige Probleme stellt. Heute lebt jeder fünfte Bürger des Landes in der Hauptstadt. Rund 45 Prozent der Industrie und 35 Prozent des Einzelhandelsumsatzes des ganzen Landes konzentrieren sich auf Budapest. Der Wohnungsbau und der Verkehr werden damit zu außerordentlich vordringlichen Aufgaben der Gegenwart, aber auch der künftigen Planung. Neue Autobuslinien werden keine endgültige Lösung sein. Eine grundsätzliche Verbesserung des Stadtverkehrs soll die Erweiterung des U-Bahn-Netzes bringen. 1970 soll der erste Bauabschnitt der großen Ost-West-Metrolinie abgeschlossen werden. Der Wohnungsbau wird durch die stärkere Anwendung industrieller Bauweisen beschleunigt. In den kommenden 15 Jahren sollen in Budapest 190 000 Wohnungen gebaut werden. 20 000 alte Wohnungen müssen gleichzeitig abgebrochen werden, so daß ein effektiver Zuwachs von 170 000 Wohnungen verbleibt. Der Bedarf wird jedoch auf 240 000 Wohnungen geschätzt. Um diese Lücke zu schließen, sollen den Betrieben im Zusammenhang mit der Wirtschaftsreform Möglichkeiten gegeben werden, zusätzliche Wohnungen mit eigenen Mitteln zu errichten.

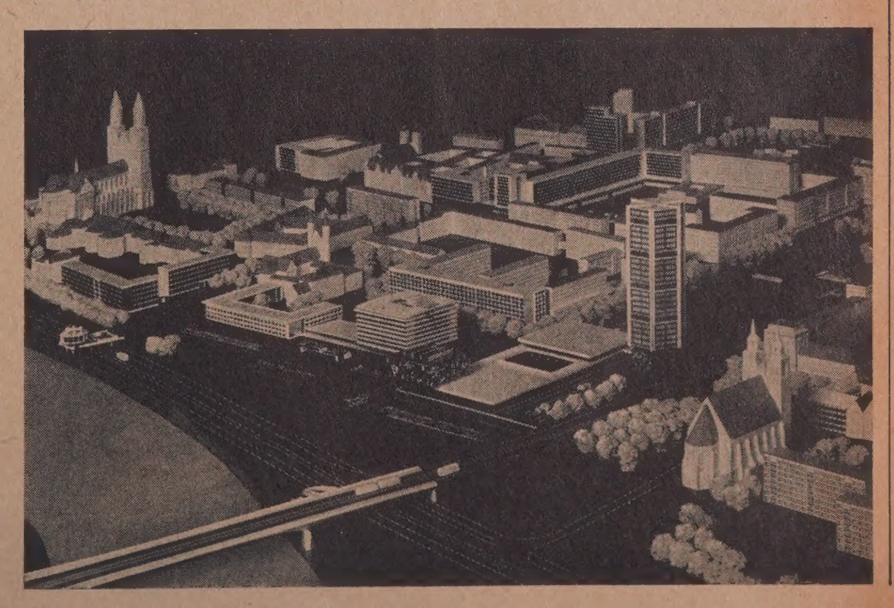
Das Budapester Büro für Wohnbauten hat vor einiger Zeit eine Umfrage unter Bewohnern neuer Wohngebiete durchgeführt. Die Analyse ergab, daß viele Bürger die gewohnte Straße vermißten, auf der man einkaufen, Schaufenster betrachten, abends spazierengehen und ein kleines anziehendes Café besuchen kann. Bei künftigen Projekten, so bei dem geplanten großen Wohngebiet im Vorort Rakospalata, will man diesen Bedürfnissen stärker Rechnung tragen. Hier sollen wieder Straßenzüge entstehen, die jedoch ausschließlich dem Fußgänger vorbehalten sind. Der Autoverkehr soll in eine untere Ebene verlegt werden.

Durch eine Reihe wirtschaftlicher Maßnahmen soll jedoch der Zustrom zur Hauptstadt auch im Interesse einer rationellen Standortverteilung der Produktion künftig eingedämmt werden.

Das extensive Wachsen der Industrie soll nicht nur innerhalb der Stadt beschränkt werden, sondern ein Teil der vorhandenen Industrie soll in andere Gebiete verlagert werden. Insgesamt sollen 85 Betriebe ausgesiedelt werden; 16 davon haben bereits ihren Standort verlegt. Im Prozeß der Industrialisierung wird eine weitere Verstädterung die Folge sein. Es ist jedoch beabsichtigt, die Industrie auch auf Städte zu lenken, die bisher kein Wachstum zu verzeichnen hatten, aber auch auf solche Städte, die in ihrer Entwicklungsrate in den letzten Jahren selbst Budapest übertrafen, wie Miskolc, Debrecen, Szeged, Pecz und Györ.

Wettbewerb Innenstadt Halle

Der städtebauliche Wettbewerb zur Umgestaltung der Innenstadt von Halle wurde mit der Entscheidung der Jury, die unter Vorsitz von Prof. Funk tagte, am 23. 4. 1968 abgeschlossen.
Neun Arbeiten wurden von Kollektiven und Einzelpersonen termingerecht eingereicht.
Das Preisgericht entschied sich, je einen ersten Preis an ein Kollektiv unter Leitung von Obering. Proske, Halle, und an ein Kollektiv der Technischen Universität Dresden, Lehrstuhl für Städtebau, unter Leitung von Prof. Dipl.-Ing. Brenner zu vergeben. Ein zweiter Preis wurde nicht vergeben. Einen dritten Preis erhielt das Kollektiv unter Leitung von Architekt Röser vom VEB Cottbus-Projekt. Die Arbeit der Architekten Weeck, Weber und Morgner, Halle, wurde angekauft. Außerdem sprach die Jury dem Architekten Czych, Halle, und den Architekten Billig und Auspurg, Büro für Städtebau Leipzig, für ihre Arbeiten Anerkennungen zu.



Modell für die Neugestaltung des Stadtzentrums von Magdeburg. Städtebaulicher Höhepunkt wird ein Ensemble am Elbufer mit dem Hochhaus des Schwermaschinenbaus, einem Bildungs- und Informationszentrum, einem Kongreßsaal und einem Hotelkomplex sein

Die theoretischen Grundlagen der Gestaltung der sowjetischen Stadt

W. Schkwarikow
Direktor des Zentralen Wissenschaftlichen Forschungsinstituts für Städtebau

Der Prozeß der Verstädterung, der zunehmende Umfang der Bautätigkeit und die Umgestaltung der Städte im Zuge der Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus in der UdSSR fordern die Aufstellung langfristiger Prognosen und die schöpferische Erschließung der reichen Möglichkeiten für die Weiterentwicklung des sowjetischen Städtebaus.

Das Institut für Städtebau arbeitet gegenwärtig an dem Thema „Theoretische Grundlagen der sowjetischen Stadt auf der Basis des sozialen und wissenschaftlich-technischen Fortschritts". Das dieser Arbeit zugrunde liegende Forschungsprogramm ist als eine Komplexaufgabe anzusehen, die die Lösung der Probleme des sowjetischen Städtebaus in den nächsten Jahrzehnten und in der ferneren Perspektive zum Ziele hat.

Das Programm umfaßt die folgenden Abschnitte:

- Umgestaltung der vorhandenen Städte in der Perspektive,
- Planung und Architektur neuer Städte,
- Entwicklung perspektivischer Siedlungsformen und -systeme,
- soziologische Voraussetzungen für die Entwicklung des sowjetischen Städtebaus,
- Entwicklung von gesellschaftlichen Typenbauten,
- Entwicklung von Formen und Systemen der gesellschaftlichen Dienstleistungen,
- Entwicklung von Typen für Wohn- und Kulturbauten,
- Planung und Bebauung von Wohnbezirken und Siedlungsgebieten,
- Entwicklung des städtischen und interurbanen Verkehrs.

Im Jahre 1967 wurden im Rahmen eines Kurzprogramms Vorträge und wissenschaftliche Mitteilungen ausgearbeitet, in denen der Grundinhalt des weitgesteckten Forschungsprogramms dargelegt wurde. Auf der Basis dieser Materialien wird ein Arbeitsprogramm für jeden Abschnitt des gesamten Forschungsthemas aufgestellt. Außerdem wird ein Bericht zu dem Thema „Entwicklung der sowjetischen Städte auf der Grundlage des sozialen und wissenschaftlich-technischen Fortschritts" erarbeitet, der Ausgangspunkt für die weitere Forschungstätigkeit sein soll. Es ist geplant, die gesamte Komplexarbeit bis zum Jahre 1970 zum Abschluß zu bringen.

Bei der Aufstellung des Programms für diese Komplexforschung gingen die Mitarbeiter des Instituts von der genialen These W. I. Lenins aus, in der gesagt wird, daß, wenn man an eine Frage vom wissenschaftlichen Standpunkt aus heranzugehen hat, vor allem wichtig ist, den grundlegenden historischen Zusammenhang nicht zu übersehen. Bei jeder Frage muß man sich vergegenwärtigen, wie die Erscheinung historisch entstanden ist und welche Hauptetappen sie in ihrer Entwicklung durchlaufen hat. Vom Standpunkt dieser Entwicklung aus ist dann der heutige Stand der Erscheinung zu betrachten.

Ein solches Vorgehen bietet dann den Ausgangspunkt für die Betrachtung der Zukunft als notwendige Folge gegenwärtiger Erscheinungen und Prozesse im sowjetischen Städtebau. Darum besteht das Ziel der vorliegenden Arbeit darin, für das nächste Jahrzehnt und – soweit dies möglich ist – auch für einen ferneren Zeitabschnitt Wege zur Gestaltung der Städte unserer Gegenwart in einem Rahmen zu weisen, von dem aus die Entwicklung von Städten der Zukunft rationell und logisch fortgeführt werden kann.

Das Programm zur Erneuerung der historisch gewachsenen Städte, zur Entwicklung von Klein- und Mittelstädten und zum Aufbau neuer sowie zur Umgestaltung bestehender Städte muß man als ein Entwicklungsprogramm für die nächsten Jahrzehnte über 1980 hinaus bis zum Jahre 2000 und in eine noch fernere Perspektive ansehen. Es erstreckt sich nicht nur auf die Neubautätigkeit, sondern umfaßt auch die Erhaltung und Rekonstruktion der vorhandenen städtischen Bausubstanz.

Dieses Programm umfaßt die folgenden Themen:

- Verbesserung der sanitär-hygienischen Lebensbedingungen der Bevölkerung durch Sanierung der Luft- und Wasserressourcen der Siedlungsgebiete, durch Schaffung von Grünanlagen in den Wohngebieten und durch Bereitstellung moderner technischer Einrichtungen auf dem Gelände der Städte;
- Gewährleistung der Verkehrssicherheit durch zuverlässige Abschirmung der Fußgängerströme gegenüber dem Straßenverkehr und besonders gegen den durchgehenden Schnellverkehr;
- Erhöhung des Niveaus der Versorgung der Bevölkerung durch Vervollkommnung der strukturellen Gliederung der Wohngebiete und durch den Aufbau von Systemen zur günstigen und reibungslosen Bereitstellung von Leistungen des Handels und der kulturellen Betreuung;
- Steigerung der architektonisch-künstlerischen Qualität der Bebauung von Städten und ihren gesellschaftlichen Zentren.

Die Maßnahmen zur Erneuerung der Städte sind organische Bestandteile der Staatspläne zur Entwicklung der Volkswirtschaft – sie sind Elemente der Fünfjahr-, Zehnjahr- und Perspektivpläne. Für die Sowjetunion ist gegenwärtig die Erschließung neuer Möglichkeiten der Siedlungspolitik durch prognostische Untersuchungen besonders aktuell. Der Aufbau von Systemen und Formen der Besiedlung steht in direkter Beziehung zum Perspektivprogramm der Standortverteilung der Produktivkräfte, das im einzelnen vorsieht:

- Schaffung leistungsstarker Brennstoff- und Energiebasen in Sibirien, die den aufgeschlossenen Lagerstätten billiger Kohle und den umfangreichen Reserven an Hydroenergie in den Einzugsgebieten der Angara und des Jenissei zugeordnet sind;
- Umgestaltung Mittelasiens zum wichtigsten Standortbereich von Fertigungszweigen mit hohem Energieverbrauch unter Ausnutzung der dort vorhandenen riesigen Reserven an Gas und Hydroenergie;
- Schaffung mächtiger neuer Basen der metallurgischen Industrie in den wichtigsten Gebieten der UdSSR;
- Aufbau von Großkomplexen der chemischen Industrie in den Gebieten, in denen billige Erdgasvorkommen konzentriert zur Verfügung stehen, sowie Errichtung von Betrieben der erdölverarbeitenden Industrie vor allem im Ural, im Wolgagebiet, in der Ukraine, im Nordkaukasus, in Sibirien und in Mittelasien;
- Errichtung von Großbetrieben des Maschinenbaus in den Gebieten östlich des Urals, die den Bedarf dieser Gebiete an Maschinen und Ausrüstungen im wesentlichen decken können;
- Durchführung umfangreicher Vorhaben des Wasserbaus;
- Überleitung großer Wassermengen aus den Nordgebieten in Bereiche, die unter Wassermangel zu leiden haben, Bau von Staubecken, weitgehende Einführung der Bewässerungs- und Meliorationstechnik in die Landwirtschaft.

Der Industriebau hat größte Vorhaben auf den Gebieten der Energie- und Verkehrsanlagen durchzuführen. Hierbei wird der Spezialisierung und der Kooperierung der Industriebetriebe sowie der Spezialisierung und zonalen Gliederung der Landwirtschaft Rechnung getragen.

Alle diese Pläne erfordern die umfassende Entfaltung der wissenschaftlichen Arbeit an der Schaffung eines Besiedlungssystems für die Industrie- und Landwirtschaftsgebiete. Im Rahmen dieser Komplexarbeit bedürfen folgende Aufgaben der Lösung:

- Die entscheidenden sozialen und wissenschaftlich-technischen Bedingungen, unter denen der Städtebau in der kommunistischen Gesellschaft zu arbeiten hat, sind klarzulegen.

■ Mögliche neue Formen der Besiedlung, neue Typen von Wohn-, Kultur- und Gesellschaftsbauten sowie die architektonischen Strukturen der Städte der Zukunft sind mit der Blickrichtung auf den sozialen und wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu erforschen.

■ Es muß eine Methodik des folgerichtigen Übergangs vom gegenwärtigen Netz der Städte zu den perspektivischen Formen der Standortverteilung der Industrie und der Besiedelung entwickelt werden. Im Zusammenhang damit ist weiterhin eine Methodik für die Umwandlung der architektonischen Struktur der modernen Siedlungszentren in der Richtung auf die Städte der kommunistischen Zukunft zu erarbeiten.

■ Die sowjetische Wissenschaft vom Städtebau sieht sich der objektiven Notwendigkeit gegenüber, sich klare Vorstellungen von den bestimmenden sozialen Bedingungen zu verschaffen, unter denen die Städte emporwachsen werden. Die Beziehungen zwischen diesen Bedingungen und der räumlichen Gliederung der Stadt, ihrer Struktur und den Lebensprozessen, die in ihr zum Ablauf gelangen, müssen erforscht und im voraus erkannt werden.

■ Gestützt auf das feste Fundament der marxistisch-leninistischen Lehre von der Natur und Gesellschaft und unter Ausnutzung der neuesten Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Revolution ist eine neue, soziologische Disziplin der sowjetischen Theorie des Städtebaus zu entwickeln. Sozialökonomische Forschungen sind in erweitertem Umfange zu betreiben. Hierbei ist ihr Einfluß auf die Siedlungsformen, auf die Perspektiven der Entwicklung von Groß- und Kleinstädten und auf die Integration der städtischen und der ländlichen Besiedelung klar zu definieren.

■ Die moderne städtebauliche Praxis kann sich nicht in fortschrittlicher Weise entwickeln, wenn man nicht den Einfluß der neuen Energieformen und der Automatisierung und Steuerung der Produktion auf das System und die Formen der Besiedelung sowie auf die Struktur der Städte erforscht. Auf diesem Gebiet ist die dringend erforderliche Grundlagenforschung bislang noch nicht in die Wege geleitet worden. Hier ist gegenwärtig die Unschädlichmachung von Dämpfen und Gasen, die aus den Produktionsstätten in die Atmosphäre gelangen, und von Strahlungseinflüssen als eins der vordringlichsten Probleme anzusehen.

■ Der technische Fortschritt und die Veränderung des Charakters der Produktion sind entscheidende Faktoren, denen unverzüglich besondere Beachtung zukommt. Alle Arbeiten auf diesem Gebiet müssen im gesamtstaatlichen Maßstab koordiniert werden.

Die territorialen Möglichkeiten für die Siedlungspolitik, die Befreiung der Luft und des Wassers von Verunreinigungen aller Art, Probleme der Biologie, Geographie, Demographie, Wirtschaftsgeographie, der Hygiene, Kultur und Lebensweise müssen ebenso zum Gegenstand von Untersuchungen der zahlreichen Institute der UdSSR gemacht werden wie die Probleme der Anwendung moderner Konstruktionen und Baustoffe. Bisher werden diese Themen – und insbesondere die Fragen, die den Städtebau unmittelbar berühren – noch unzureichend und ohne die erforderliche Fühlungnahme mit den Vertretern der Nachbarwissenschaften behandelt. So ist es beim gegenwärtigen Stand und angesichts der Entwicklung der Theorie des Städtebaus wesentlich, daß nicht nur die Institute des Städtebaus, sondern auch Soziologen, Technologen, Biologen, Ökonomen, Konstrukteure, Fachleute auf dem Gebiet der Hygiene, Geographen und die Vertreter anderer Nachbarwissenschaften an der Klärung der anstehenden Probleme beteiligt werden. Es wird als notwendig angesehen, daß die Städtebauer in engem Kontakt mit den Instituten für Philosophie, Ökonomie und Geographie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, dem Institut für die internationale Arbeiterbewegung, dem Institut für Ökonomie und Standortverteilung der Produktion bei der Sibirischen Abteilung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, dem Problem-Laboratorium für Bevölkerungsfragen bei der Moskauer Staatlichen Lomonossow-Universität, dem Institut für Arbeit und Löhne, dem „A. N. Syssin- und F. F. Erisman"-Institut für Gesundheitswesen und Kommunalhygiene, dem Geophysikalischen Observatorium und anderen führenden Institutionen der UdSSR arbeiten.

Die theoretische Behandlung von Fragen des Städtebaus ist nicht möglich ohne die Untersuchung der Perspektivprobleme, die mit der Typologie der Zukunftswohnung, neuen Betriebsarten und den kooperierenden Zentren des gesellschaftlichen Lebens, wie zum Beispiel Lehr-, Gesundheits-, Handels-, Kultur- und Sportbauten, in Zusammenhang stehen. Hier erscheint eine Koordinierung der Arbeiten, die die Institute des Städtebaus ausführen, erforderlich.

Ökonomische Prognosen der künftigen Besiedelung sind ein weiteres wichtiges Arbeitsgebiet der Wissenschaft vom Städtebau. Hierbei steht die wissenschaftliche Prognose der zahlenmäßigen Entwicklung der Bevölkerung, der demographischen Struktur und der Arbeitskräftereserven im Vordergrund. Am Beispiel zahlreicher moderner Städte wurde deutlich, daß es theoretisch unmöglich ist, die Entwicklung einer Stadt zu bestimmen, ohne die Alters- und Berufsstruktur der Bevölkerung erforscht und die demographischen und sozialökonomischen Faktoren untersucht zu haben, die die Entwicklung der Geburtenziffern, den Bevölkerungszuwachs, die Lebenserwartung und andere wichtige demographische Kennziffern beeinflussen. Die unzureichende Begründung der Prognosen spricht für die Notwendigkeit einer speziell auf den Städtebau bezogenen Untersuchung dieser Fragen, wobei den Prozessen und nicht den Kennziffern besondere Beachtung gewidmet werden muß.

An zweiter Stelle der Themen, die den vorzunehmenden ökonomischen Untersuchungen zu stellen sind, stehen der technische Fortschritt und die Veränderungen in der Standortverteilung und der Struktur der Industrie. Eine wissenschaftliche Betrachtung dieser Frage mit der Blickrichtung auf die fernere Perspektive zeigt, daß sich der Einfluß so wichtiger Faktoren wie der Energie- und Brennstoffversorgung, der Transportleistung und der Arbeitskräftereserven, die die Standortverteilung der Produktion wesentlich mitbestimmen, unter der Einwirkung des technischen Fortschrittes erheblich verändert.

Derartige Veränderungen können nicht ohne Rückwirkungen auf die Voraussetzungen und Bedingungen für die Verteilung der Produktivkräfte, der Städte und der Siedlungen bleiben. Sie müssen aber auch die Entwicklungsbedingungen der vorhandenen Städte unterschiedlicher Größenordnungen und deren volkswirtschaftliche Funktionen in den verschiedenen Gebieten des Landes beeinflussen. Einstweilen sind die Veränderungen in den Entwicklungstendenzen und in der Verteilung der Produktivkräfte noch nicht genügend erforscht, so daß es noch verfrüht wäre, irgendwelche Schlußfolgerungen zu ziehen und Prognosen für die künftige Besiedelung aufzustellen. Es ist daher erforderlich, ein Forschungsprogramm festzulegen und zu beobachten, wie sich alle diese Veränderungen in der Entstehung neuer und in der Weiterentwicklung bestehender Städte abzeichnen. Hierbei handelt es sich um eine Grundfrage. Wenn sie nicht beantwortet wird, kann sich die Prognose auch bei der Entwicklung der Besiedelungs- und Urbanisierungsprozesse nicht auf das feste Fundament der marxistisch-leninistischen These von der führenden Rolle der gesetzmäßigen Entwicklung und Verteilung der Produktivkräfte stützen.

Uns obliegt es, ein Programm für die folgerichtige und tiefgreifende Untersuchung dieser Fragen aufzustellen und Wege zu zeigen, auf denen die Forschung von den wissenschaftlichen Organisationen des Städtebaus und der Ökonomie weitergeführt werden kann.

Eine logische Folge der Lösung der ökonomischen Probleme ist die Aufstellung von Prognosen über die Besiedelung in der Perspek-

tive, die die territorial-räumliche Entwicklung und die Architekturplanung erfassen. Wichtig ist hierbei die Erforschung und Beurteilung von Formen und Systemen der städtischen Siedlung vom Gesichtspunkt ihrer Übereinstimmung mit den künftigen sozialökonomischen Bedingungen der Sowjetgesellschaft in der Epoche der Blüte der wissenschaftlich-technischen Revolution und der kommunistischen gesellschaftlichen Verhältnisse. Es handelt sich dabei vor allem um die Entwicklung eines komplexen sozialstädtebaulichen Kriteriums der Besiedelung.

Die Entwicklung und Umgestaltung der Siedlungsformen und des ganzen Netzes von Städten – nach Großräumen und im Maßstab der gesamten Union – fördern ein sorgfältiges Studium des gegenwärtigen Standes und eine Beurteilung der Möglichkeiten und der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit der Entwicklung des gesamten Netzes von Siedlungen und aller Formen der Besiedelung, im großen ebenso wie in Details. In zeitlicher Hinsicht sind dabei sowohl die Gegenwart als auch künftige Zeiträume einzubeziehen. Auf dieser Ebene wird es dann notwendig, zur prognostischen Arbeit und zur Entwicklung zahlreicher Varianten von Siedlungsmodellen überzugehen. Diese Modelle müssen den sozialen Erfordernissen der Gesellschaft und den Entwicklungsbedingungen der Produktivkräfte in der Epoche der wissenschaftlich-technischen Revolution entsprechen. Sie müssen mit den territorialen Möglichkeiten der Besiedelung und mit der Reproduktion der Natur in Einklang stehen und auf die realen Bedingungen des etappenweisen Übergangs von den gegenwärtigen zu den künftigen Siedlungssystemen und -formen abgestimmt sein.

Mit den vorstehenden Ausführungen wurden die Grundprobleme umrissen, denen die Untersuchung „Prognosen der Entwicklung perspektivischer Siedlungsformen und -systeme in der UdSSR auf der Grundlage des sozialen und wissenschaftlich-technischen Fortschritts" gilt. Es ist vorgesehen, im Rahmen dieser Untersuchung Prognosen für die Zeiträume von 1971 bis 1975 und von 1976 bis 1985 zu erarbeiten.

Der Erfolg bei der Gestaltung und Entwicklung der Städte wird weitgehend von ihrer Einordnung in das Siedlungssystem und von der richtigen räumlichen Anordnung, der Organisation und Bebauung der Industriebezirke der Städte abhängen.

Im Zusammenhang mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt, der Nutzung neuer Energieformen und der Automatisierung der Produktion können sich im Siedlungssystem und in der Struktur der einzelnen Siedlungen komplizierte Veränderungen vollziehen. Dies gilt nicht nur für die Wahl der Standorte von Fertigungsbereichen und Wohngebieten, sondern auch für die Verteilung von Zentren des gesellschaftlichen Lebens und von Erholungsgebieten. Diese Leitgedanken werden die Grundlage unserer Forschungsarbeit sein.

Bei der Ausarbeitung der neuen Struktur der Stadtplanung müssen wir davon ausgehen, daß die Stadt im Gegensatz zu den Auffassungen früherer Zeiten nicht isoliert, sondern nur als Bestandteil eines Siedlungssystems betrachtet werden kann, da zwischen den besiedelten Gebieten feste Beziehungen im Hinblick auf Produktion, Kultur und Lebensformen aufgebaut werden müssen. Diese Beziehungen werden große Bedeutung für die Struktur der Stadtplanung, den Charakter der industriellen Bebauung, die natürlich-geographischen Bedingungen, die Anordnung der Wohngebiete und andere Faktoren haben.

Wenn hier von wissenschaftlichen Prognosen zur Entwicklung einer neuen Struktur der Städte gesprochen wird, so ist dabei an die gruppenweise Anordnung der Industriebezirke, die Gestaltung der Siedlungsgelände, die Differenzierung von Stadt- und Fernverkehrsstraßen, die rationelle Organisation der kulturellen Betreuung und die Gestaltung der gesellschaftlichen Zentren der Städte gedacht.

Einige sowjetische Wissenschaftler nehmen an, daß die Möglichkeiten zur Vervollkommnung der gewachsenen Struktur großer Städte bereits vollständig ausgeschöpft seien und daß der Weg zur Umgestaltung den Übergang von Teilkorrekturen an den Plansystemen zu ihrer Überarbeitung von Grund auf erforderlich mache. Diese Behauptungen wären nur unter der Voraussetzung zu rechtfertigen, daß die großen Städte in die Epoche einer andauernden Entwicklung über die gesamte Periode der wissenschaftlich-technischen Revolution und der kommunistischen Gesellschaft eintreten und dabei voll und ganz allen hohen Anforderungen des Menschen, der Gesellschaft und der Produktion in diesem höchsten Abschnitt der Entwicklung der menschlichen Zivilisation entsprechen.

Der Inhalt der sozialen Organisation des Lebens der Menschen der kommunistischen Gesellschaft wird die Entwicklung der verschiedenen architektonischen Strukturen der Städte und Siedlungen fördern. Darum ist es erforderlich, neben einer grundlegenden Umgestaltung der Planungsstruktur in der Richtung auf die Schaffung von Regionalstädten auch die Möglichkeit einer allmählichen, schrittweisen Umgestaltung der vorhandenen Städte allseitig zu untersuchen. Dies wird auf der Grundlage einer Prognose geschehen, nach der unter den neuen sozialökonomischen Bedingungen künftig nicht die großen (Regional-) Städte, sondern andere Siedlungsformen und -systeme überragende Bedeutung haben werden. Unter diesen Umständen wird nicht nur die Stabilisierung, sondern auch die Verringerung der Bevölkerungsanzahl vieler Städte eine Realität sein.

Beide Tendenzen müssen bei der Aufstellung des Forschungsprogramms berücksichtigt werden, das der Arbeit „Prognosen der perspektivischen Umgestaltung der vorhandenen Städte auf der Grundlage des sozialen und wissenschaftlich-technischen Fortschritts" zugrunde liegen wird.

Die theoretische Durchdringung der Besonderheiten in der Entwicklung von Produktivkräften und Produktionsbeziehungen unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und die Voraussicht ihrer sozialen Folgen müssen zur Ausgangsbasis für die Durchführung der grundlegenden soziologischen Forschung des Städtebaus werden. Forschungsobjekte werden in diesem Zusammenhang sein:

- die soziale Struktur der gegenwärtigen und der künftigen städtischen Gesellschaft,
- die Art des Arbeitseinsatzes der Bevölkerung,
- das Bildungsniveau,
- die Zeitbudgets,
- die Freizeit und ihre Bedeutung für die Produktionsfunktionen der Gesellschaft während des Reproduktionsprozesses,
- die Bedeutung der Freizeit für die Entwicklung der Persönlichkeit,
- die Formen der Freizeitgestaltung,
- die Entwicklung der Umgangsformen in den Kollektiven,
- die städtische Demographie und anderes mehr.

Die wachsende Bedeutung der Freizeit für die Produktionsfunktionen der Gesellschaft, für die Reproduktion und für die Entwicklung der Persönlichkeit in der kommunistischen Gesellschaft berechtigt dazu, von einer außerordentlichen Zunahme der Bedeutung aller derjenigen Charakteristika der Stadt zu sprechen, die ihre räumliche Organisation in Zeitkennwerten ausdrücken. Hieraus geht die Wichtigkeit der Forschung und der Aufstellung von Prognosen des Einflusses des sozialen Fortschrittes auf die Organisation und die Entwicklung der Lebensformen in der Stadt unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution hervor. Eine andere wichtige Zielsetzung, die der soziologischen Erforschung der Stadt vorgegeben ist, liegt im Studium der mo-

dernen Erscheinungsformen und Prozesse der Urbanisierung und ihrer speziellen sozialen Ausdrucksformen. Um die soziologischen Forschungen zu einem vollen Erfolg führen zu können, müssen schöpferische Kontakte zwischen Städtebauern, Philosophen und Soziologen bestehen. Es wird vorgeschlagen, auf der Grundlage dieser Forschungen eine Monographie „Soziologische Voraussetzungen und Teilgebiete der Theorie der sowjetischen Stadt auf der Basis des sozialen und wissenschaftlich-technischen Fortschritts" auszuarbeiten.

Für die Erarbeitung wissenschaftlicher Prognosen der Planung der neuen Stadt muß man die Entwicklungsprozesse der neuen Stadtformen untersuchen – als Entwicklungsform der Großstadt oder der Agglomeration oder als Element der Gruppensiedlung und als künftige Zentren von Siedlungssystemen. Die typologische Erforschung der neuen Städte muß die Richtung zu ihrer Planung und Architektur weisen. Das Forschungsprogramm zu diesem Thema muß die Analyse der ganzen Vielfalt von Arbeitsweisen der Architekturplanung auf dem Gebiet der Bebauung der neuen Stadt unter den neuen sozialökonomischen Bedingungen erschließen. Hierbei sind die Möglichkeiten des Bauwesens in ihrer größten Vollkommenheit und Mannigfaltigkeit zu berücksichtigen. Auf der Grundlage dieser Analyse wird die Monographie „Prognosen der Planung und Architektur der neuen Stadt" entstehen.

Prognosen der allgemeinen Struktur der Stadtplanung liefern nur einen Gesamteindruck von der Organisation der Stadt. Sie müssen sich auf das sorgfältige Studium ihrer wichtigsten Lebensprozesse stützen.

Die Probleme der Gestaltung der Umwelt des Menschen von heute kann man nicht getrennt von der Struktur und der architektonisch-räumlichen Organisation künftiger Siedlungen betrachten. In diesem Zusammenhang ist es erforderlich, Prognosen zur Lösung des Wohnungsproblems ebenso vorzusehen wie über die Gestaltung der Umwelt des Menschen. Sie werden den Einfluß dieser Faktoren auf die sich rasch entfaltenden vielseitigen Bedürfnisse des Menschen und die Ökonomik der UdSSR, auf die Entwicklung der Bautechnik und des Häuserbaus sowie ganz besonders auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt der Industrie erkennen lassen.

Gegenwärtig werden die Wege zur Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung durch eine Reihe von Forderungen an die Wohnung und die Kulturbauten sowie an die Planung und Bebauung der Wohnbezirke in den Städten vorausbestimmt.

Diese Forderungen erwachsen aus der Notwendigkeit, günstigste Wohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, Erholungszentren aufzubauen, Körperkultur und Sport weiter zu fördern, Maßnahmen zur prophylaktischen und medizinischen Betreuung des Menschen in weitestem Umfang fortzuführen und allmählich von der individuellen zur gesellschaftlichen Erziehung der Kinder überzugehen. Darüber hinaus sind die verschiedenen Formen der Lehr- und Bildungstätigkeit weiterzuentwickeln, und die übliche Form der individuellen Haushaltsführung ist durch weite Entfaltung der modernen Gemeinschaftsverpflegung und der gesellschaftlichen Dienstleistungen schrittweise in den Rahmen einer sozialistischen Großwirtschaft zu überführen.

Der Aufbau der kommunistischen Gesellschaft schafft die Voraussetzungen für die ständige Erhöhung des Lebensstandards des Volkes durch den Vorlauf, den die gesellschaftliche Bereitstellung von Konsumgütern gegenüber dem Einkommenszuwachs jeder Familie erreicht. Die gesellschaftlichen Konsumgüterfonds sind die wichtigste soziale Voraussetzung für die Umwandlung der individuellen Haushaltsführung in eine rationelle, der neuen Lebensform entsprechende Wirtschaftsführung auf der Grundlage der Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Dienstleistungen.

Staatliche Aufwendungen und neue Gesellschaftsformen eröffnen die Möglichkeit der planmäßigen zentralisierten Verwirklichung eines Dienstleistungssystems in organischer Einheit mit dem Wohnungsbau.

Die Vereinigung der Wohnung mit der gesellschaftlichen Betreuung ist die Grundlage der sozialen und strukturellen Gestaltung der Wohnbereiche in den Städten der kommunistischen Gesellschaft. Wir haben von allen Gesichtspunkten aus zu untersuchen, auf welche Weise die Aufgliederung der Dienstleistungsarten nach dem Grad ihrer Annäherung an die Wohnung, aber auch im Hinblick auf die Herstellung günstiger Verbindungen des Wohnbereiches zu den Funktionsteilen der Stadt zu einer zweckmäßigen territorialen Gliederung zu führen vermag.

Gegenwärtig ist der stufenweise Aufbau das Hauptprinzip der Bebauung der Wohngebiete und der Organisation eines Dienstleistungssystems. Es ist jedoch daran zu erinnern, daß der Weg vom Stufenprinzip zur vollwertigen Planung der Wohnzone über schöpferische Untersuchungen und optimale strukturelle und planerische Lösungen führt, die in Übereinstimmung mit der Weiterentwicklung der sozialökonomischen Verhältnisse unserer Gesellschaft der ständigen Vervollkommnung bedürfen. Diese Ausgangspunkte müssen in Städten verschiedener Größe und unterschiedlichen volkswirtschaftlichen Profils überprüft werden.

Die Praxis des Städtebaus zeigt, daß die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Menschen, die Formen und Arten der kulturellen Betreuung, die Grundsätze der Besiedelung, die Organisation des Fahrzeugverkehrs und der Fußgängerbewegung, die Gegebenheiten der Natur und des Klimas, die sanitär-hygienischen Verhältnisse und andere städtebauliche Bedingungen bestimmende Faktoren für die strukturelle Gliederung der Wohnbebauung und für die Wahl der Typen von Wohn- und Gesellschaftsbauten sind, die jedem historischen und wissenschaftlich-technischen Niveau des Landes sowie dem ästhetischen Geschmack und den kulturellen Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen.

Die Wissenschaft vom Städtebau verfügt bislang noch nicht über eine hinreichend entwickelte Methodik zur Wahl einer optimalen Lösung für jeden der genannten Faktoren. Eine solche Methodik könnte der Definition städtebaulicher Bedingungen und den Anforderungen an die architektonische Planung der Wohnbebauung sowie an die Typen der Wohn- und Gesellschaftsbauten unter Berücksichtigung der Perspektiventwicklung der Städte zugrunde gelegt werden.

Forschungsarbeiten auf dem Gebiet des Städtebaus müssen in engem Zusammenhang mit den Untersuchungen von Wohnungstypen durchgeführt werden. Die Typologie dieser Wohnungen nach sozialdemographischen Merkmalen und eine städtebauliche Klassifizierung nach den Forderungen der Bebauungsstruktur sind in die Untersuchungen einzubeziehen. Ähnliche Untersuchungen sind auch für gesellschaftliche Bauten sowie für Dienstleistungskomplexe und -netze erforderlich. Hierbei sind die Ergebnisse typologischer und städtebaulicher Untersuchungen zu berücksichtigen, die an Schulen, Krankenpflege-Einrichtungen, Kultur-, Handels- und Sportgebäuden vorgenommen wurden.

Viel Raum wird im Forschungsprogramm den Fragen des Stadtbildes der Zukunft gewidmet. In ihm kommen die künstlerischen Werte der Stadt durch die Einheit ihrer räumlichen Struktur, die Nutzung der natürlichen Gegebenheiten, die angenehmen Lebensbedingungen, den Einfluß des technischen Fortschritts und die Schaffung der Voraussetzungen für die Herausbildung einer neuen städtebaulichen Ästhetik zum Ausdruck. Die räumlich-kompositorischen Beziehungen der einzelnen Komponenten der Stadt untereinander werden vielfältiger. Große Beachtung wird der Verwirklichung der komplexen ästhetischen Gestaltung der gesamten Umwelt des Menschen unter Berücksichtigung der Lebensweise und der räumlichen Struktur von Siedlungen gewidmet.

(Aus „Architektura SSSR", Heft 2/1968)

Wohnen und gesellschaftliche Einrichtungen

Dr.-Ing. Karin Kirsch
Deutsche Bauakademie
Institut für Städtebau und Architektur

Je größer der Umfang unserer Bautätigkeit wird, je mehr der Aufbau der Stadtzentren und die Umgestaltung der Städte in den Mittelpunkt unseres Schaffens rükken, um so größer wird das Interesse an der rationellen Baulandnutzung. Damit wird zugleich die Frage der räumlichen Beziehungen zwischen den Wohnungen und den gesellschaftlichen Einrichtungen unter diesen veränderten Bedingungen akut. Es erhebt sich die Frage, inwieweit durch eine engere Verflechtung des Wohnens mit den gesellschaftlichen Einrichtungen die Lebensbedingungen in unseren Wohngebieten verbessert werden können und zugleich eine Intensivierung der Flächennutzung erreicht werden kann. Die Beantwortung dieser Frage setzt eingehende wissenschaftliche Untersuchungen voraus. Diese Untersuchungen werden in der folgenden Zeit einen Schwerpunkt in der Forschungsarbeit der Themenkollektive „Wohngebiete" und „Gesellschaftliche Bauten" des Instituts für Städtebau und Architektur der Deutschen Bauakademie bilden.

Zur Vorbereitung detaillierter Untersuchungen wurden internationale Entwicklungstendenzen und die Planungspraxis in der Deutschen Demokratischen Republik analysiert. Das Ergebnis der Analyse berechtigt zu der eindeutigen Feststellung, daß im Massenwohnungsbau die Trennung der reinen Wohnfunktionen von den gesellschaftlichen Einrichtungen zur Zeit noch vorherrscht.

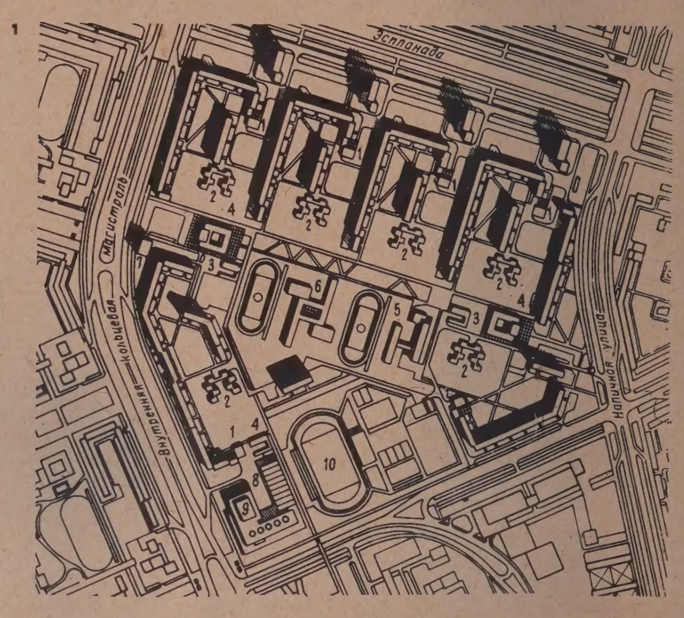
Eine wesentliche Ursache für diese Tatsache mag darin zu suchen sein, daß die Anwendung von Tyenprojekten und die Errichtung der Wohngebäude in Montagebauweisen das Einfügen gesellschaftlicher Einrichtungen in die Wohngebäude erschweren.

Die Wohnbauraster setzen, insbesondere bei Anwendung von Wandbauweisen, der Nutzung von Wohnhäusern für gesellschaftliche Einrichtungen enge Grenzen. Im allgemeinen machen Räume für gesellschaftliche Einrichtungen in Wohngebäuden kostenaufwendige Abfangkonstruktionen erforderlich. Werden das Erdgeschoß oder die unteren Geschosse von Wohngebäuden für gesellschaftliche Einrichtungen genutzt, dann kann man in der Regel nicht umhin, zwischen die Wohn- und die anderweitig genutzten Geschosse ein Installationsgeschoß zwischenzuschalten. Die dichte Reihung der Vertikalerschließungskerne, die bei allen sektionsweise erschlossenen Wohngebäuden auftritt, gestattet keine Nutzung der Gebäude auch für gesellschaftliche Einrichtungen.

Diese Gründe mögen ausschlaggebend dafür sein, daß heute noch in den meisten Neubauwohngebieten die gesellschaftlichen Einrichtungen in gesonderten erd- oder weniggeschossigen Gebäuden untergebracht werden.

Die gesellschaftlichen Bauten der Wohngebiete bilden mehr oder weniger stark ausgeprägte Zentren. Die Wohndichte wird

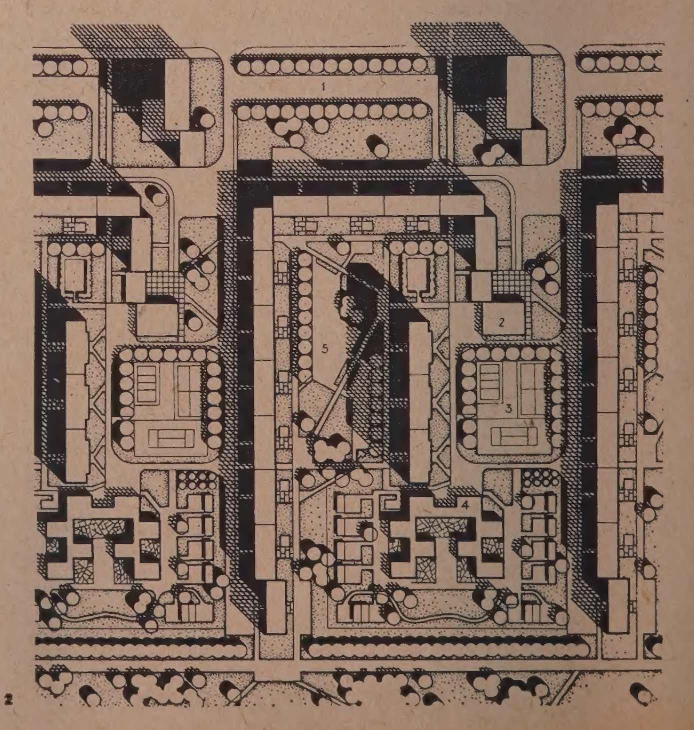
1



1 | 2
Die zur Zeit vorherrschende Trennung der Wohngebäude von den gesellschaftlichen Bauten zeigt das Beispiel des Experimental-Quartals Nummer 1 auf der Leningrader Wassilewski-Insel

1
1 Primärer Versorgungspunkt
2 Kinderkrippe/Kindergarten
3 Gebäude der Kommunalwirtschaft
4 Dienstleistungszentrum
5 Schule (1104 Schüler)
6 Schule (2208 Schüler)
7 Telegrafenamt
8 Garage
9 Einkaufszentrum

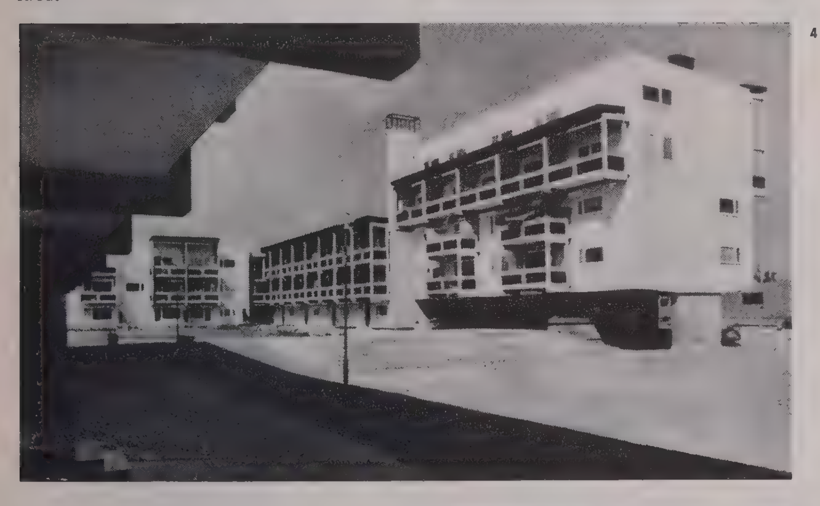
2
1 Parkplatz
2 Versorgungsblock
3 Sportanlagen
4 Kindergarten/Kinderkrippe
5 Spielplatz

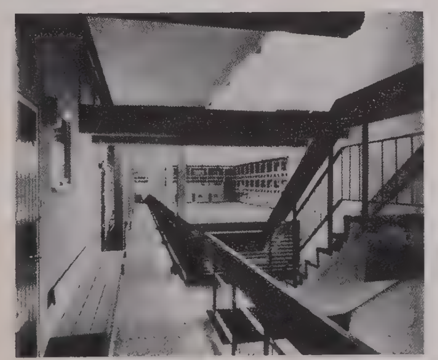


2

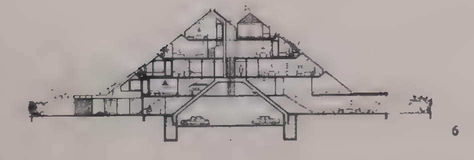


3
Die charakteristische Trennung der gesellschaftlichen Bauten von den Wohngebäuden im Projekt für den 1. Bauabschnitt der Entlastungsstadt Perlach. Im Vordergrund das Zentrum mit Handels- und Verwaltungseinrichtungen. Die übrigen gesellschaftlichen Bauten sind über das gesamte Planungsgebiet verstreut





4 | 5
Wohnanlage in der neuen Stadt Tibro in Schweden. Die Wohngebäude umschließen gemeinschaftlich genutzte Freiräume. Eine Freitreppe dient als Konzertpodium und Bühne. Laubengänge verbinden die Gebäude untereinander



6
Die Funktionen der Wohngebäude erweitern sich. Terrassenhaus, Wettbewerb Stuttgart-Neugereuth. In der Längsachse des langgestreckten Wohngebäudes verläuft die Erschließungsstraße, beiderseits der Erschließungsstraße sind die erforderlichen Pkw-Stellplätze untergebracht

häufig durch den Bau von vielgeschossigen Wohngebäuden oder Wohnhochhäusern zum Zentrum hin erhöht, während sie zur Peripherie der Wohngebiete hin abfällt.

Abgesehen von der Steigerung der durchschnittlichen Geschoßanzahl liegen die größten Potenzen für eine Intensivierung der Flächennutzung offenbar in der Überlagerung von Freiflächen der gesellschaftlichen Einrichtungen mit den Flächen des ruhenden Verkehrs und den allgemeinen Freiflächen. In den meisten neuen Wohngebieten der kapitalistischen Länder wird bereits heute bei einem durchschnittlichen Verhältnis von einem Pkw-Stellplatz je Wohnungseinheit der überwiegende Teil der erforderlichen Stellplätze in Tiefgaragen geplant.

Und eine zweite Feststellung kann nach der Analyse internationaler Beispiele getroffen werden. Sie besagt, daß sich die Funktionen der Wohngebäude erweitern.

Die verbesserte technische Ausrüstung der Wohngebäude macht zusätzliche Räume erforderlich – Räume für Heizungsanlagen, Warmwasserversorgung, Müllbeseitigung, Aufzugseinrichtungen und so weiter. Daneben werden Gemeinschaftsräume für Dienstleistungen und hauswirtschaftliche Funktionen in die Wohngebäude aufgenommen. Das sind Räume für den Reinigungsservice, für den Autoservice, Zentralgaragen, Kinderwagenräume und Abstellräume, Gemeinschaftswaschanlagen mit Trocken- und Bügelräumen, Bestellbüros und Ausleihstellen.

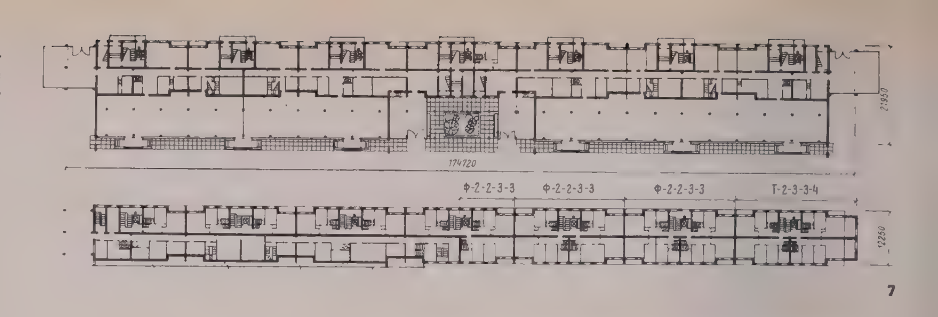
Vor allem in sowjetischen Projekten spielen Gemeinschaftsräume und -anlagen für die Freizeitbeschäftigung im oder am Wohngebäude, wie Werk-, Bastel- und Hobbyräume, Terrassen und Dachgärten, Spielplätze und Spielräume für Kinder, Sport- und Spielplätze für Erwachsene, eine große Rolle.

Diese Erweiterung der Funktionen der Wohngebäude ist ein Ausdruck der weiteren Differenzierung der Funktionen. Es handelt sich, wie man sieht, bei den angeführten Beispielen nicht um die Einordnung der üblichen gesellschaftlichen Einrichtungen der Wohngebiete in den Wohungsbau. Großwohneinheiten, Wohnhochhäuser und kompakte Bebauungsformen bieten die günstigsten Voraussetzungen für eine derartige Erweiterung der Wohnfunktionen. In diesen Wohngebäuden durchdringen sich Wohnsphäre und öffentliche Sphäre. Passagen und Fußgängerdecks durchziehen die Wohngebäude. Laubengänge, Hallen und Wohnhöfe dienen nicht nur der Erschließung, sondern auch der gesellschaftlichen Kommunikation.

Für die weitere Entwicklung unseres sozialistischen Städtebaus aber ist die dritte Feststellung von größter Bedeutung. Die Analyse der internationalen Fachliteratur bewies nämlich eindeutig, daß sich mit wachsender Konzentration die Integration der Funktionen durchzusetzen beginnt.

Konzentration und Verdichtung der Wohn-

7 | 8
Projekt für neungeschossige Wohngebäude mit vorgebauten Läden in Leningrad. Dieser Typ wurde für die Bebauung städtischer Magistralen entwickelt



7

bebauung sind internationale Tendenzen. Ihre Ursachen liegen in der Bevölkerungszunahme und im fortschreitenden Verstädterungsprozeß, in der zwingenden Notwendigkeit, der Zersiedelung Einhalt zu gebieten und – dieser letzte Grund spielt in kapitalistischen Ländern die ausschlaggebende Rolle – im Steigen der Grundstückspreise. Die Verdichtung der Bebauung in den Wohngebieten ermöglicht die enge räumliche Verbindung des Wohnens mit den gesellschaftlichen Einrichtungen, sie ist somit die Voraussetzung für eine Funktionsverflechtung und damit für Lebendigkeit und Begegnung in den Wohngebieten und nicht zuletzt für höhere Wirtschaftlichkeit und den Gewinn an Zeit. Wie äußert sich nun die Verflechtung der Wohnfunktionen mit den gesellschaftlichen Einrichtungen? Auf der einen Seite kann man beobachten, daß die Wohngebiets- oder Stadtzentren mit Wohngebäuden durchsetzt werden. Auf der anderen Seite geht man wieder dazu über, in den unteren Geschossen der Wohngebäude entlang der städtischen Magistralen Handels-, Dienstleistungs- und Verwaltungseinrichtungen einzugliedern. Die vollständige Integration von Wohnfunktionen und gesellschaftlichen Einrichtungen, Verwaltung und Gewerbe ist zum charakteristischen Merkmal der Bebauungskonzeption für städtische Schwerpunkte geworden.

In die Zukunft weisende Vorschläge für die räumliche Organisation des gesellschaftlichen Lebens in der Stadt gehen in der Regel von einer solchen Funktionsmischung aus. Am deutlichsten wird das an sowjetischen Beispielen. Die Projekte für die „Häuser der neuen Lebensweise" vereinigen Wohnungen und Einrichtungen für die tägliche Versorgung der Bewohner in einem Gebäude oder einer baulichen Anlage. Ein Schwellenwert – eine bestimmte Dichte oder eine bestimmte Einwohneranzahl –, von der an eine bestimmte Funktionsverflechtung erfolgt, ist nicht feststellbar.

Charakteristisch für die Ausführung von Anlagen mit gemischter Nutzung sind folgende Merkmale:

- Konzentration der Vertikalerschließung auf wenige Punkte (punkthausähnliche Baukörper oder Gebäude mit Horizontalerschließungsgängen in den Geschossen).
- Das Erdgeschoß und gegebenenfalls auch das erste und zweite Obergeschoß bleiben den gesellschaftlichen Einrichtungen, den Gewerbe- und Verwaltungseinrichtungen vorbehalten.
- Die Erdgeschoßebene ist die Hauptfußgängerebene.
- Substruktionsgeschosse dienen der Verkehrserschließung, dem Parken und der Lagerung.
- Installationsgeschosse und gelegentlich auch Luftgeschosse trennen die Wohngeschosse von den öffentlichen Einrichtungen.
- Die Dachzone wird mitunter für Gemeinschaftseinrichtungen für die Bewohner genutzt.

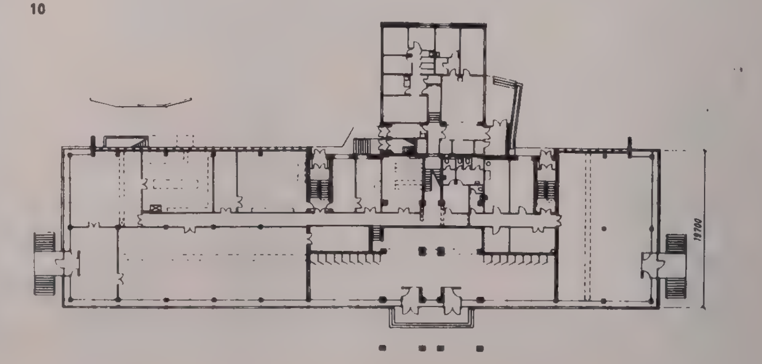
8

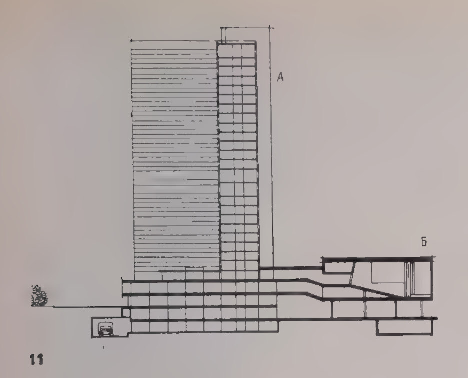



9

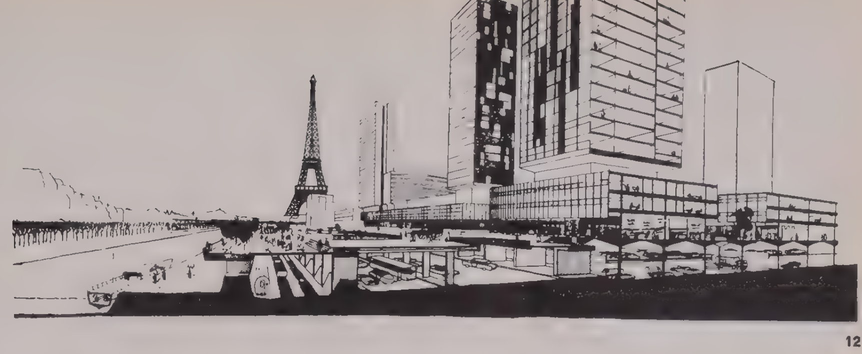
9 | 10
16geschossige Wohngebäude am Prospekt der Helden in Leningrad. Die Wohngebäude stehen mit den Giebeln zur Straße; parallel zur Straße liegen, die Wohngebäude unterschneidend, eingeschossige Gebäude für Dienstleistungs- und Handelseinrichtungen

10





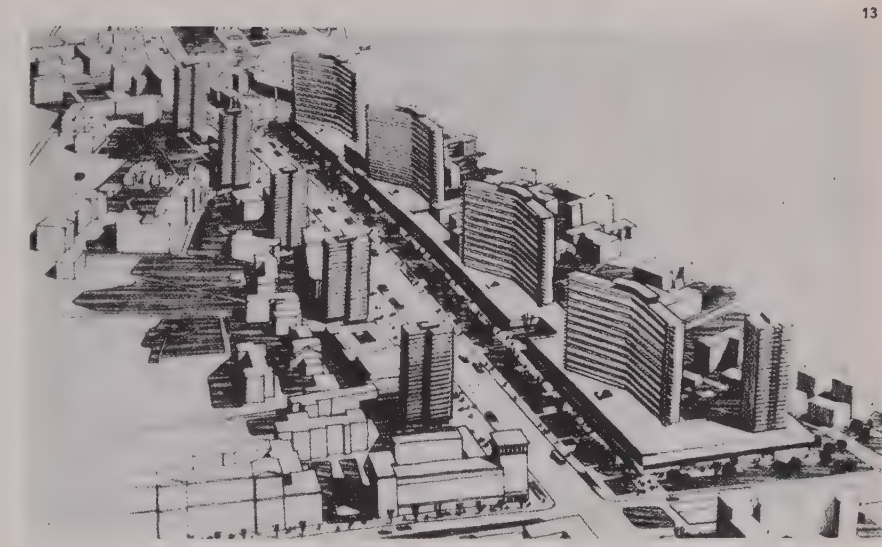
11



12

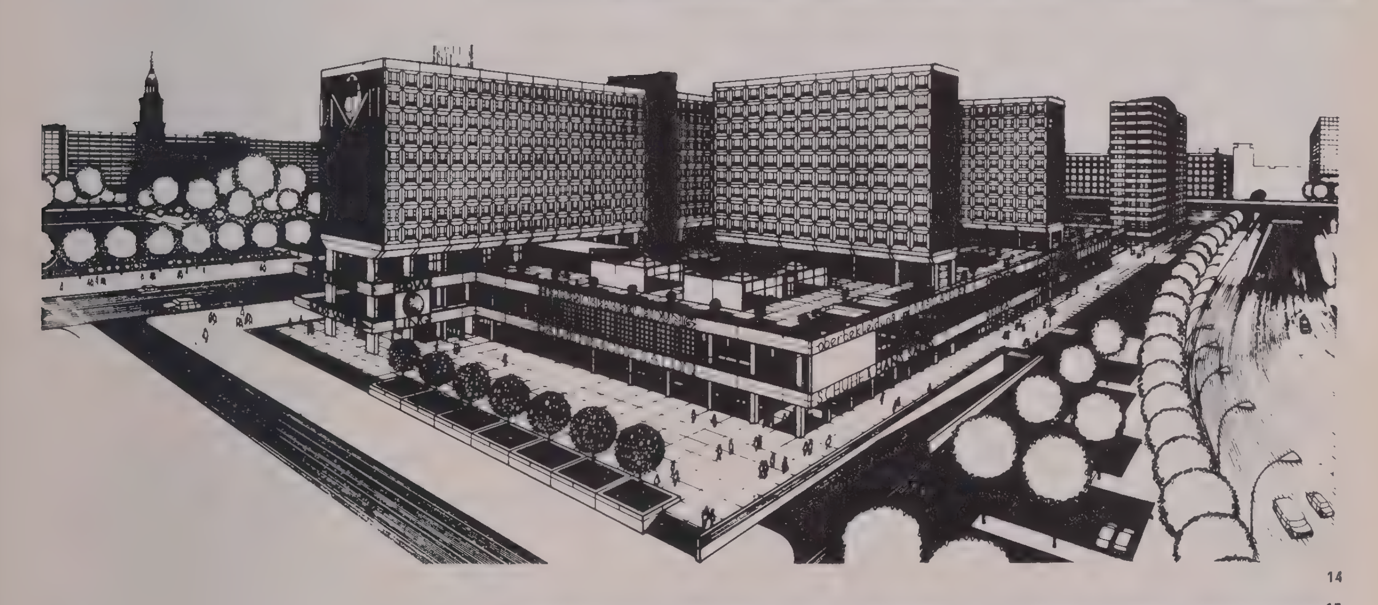
11 | 12
Kombination von vielgeschossigen Wohngebäuden mit mehrgeschossigen gesellschaftlichen Einrichtungen im Projekt Front de Seine, Paris

13



13
Wohngebäude, Verwaltungsbauten und gesellschaftliche Bauten, auf engstem Raum miteinander verbunden, bilden ein eindrucksvolles städtebauliches Ensemble am Kalinin-Prospekt in der Moskauer Innenstadt

Diese beiden Beispiele zeigen den typischen Aufbau hochkonzentrierter Anlagen mit gemischter Nutzung



14

14
Integration der Funktionen im Zentrum der Hauptstadt Berlin. Blick auf den Gebäudekomplex zwischen Rathaus und S-Bahn-Trasse

15



15
Modell des „Hauses der neuen Lebensweise" (Entwurf: Osterman). In diesem Gebäudekomplex, der zur Zeit im Moskauer Wohngebiet Nowy Tscherjomuschki ausgeführt wird, sind die Wohnungen mit einer Vielzahl gesellschaftlicher Einrichtungen vereinigt

Entwicklung von Wohnkomplexen für die Städte der Zukunft

G. Gradow

Alljährlich werden in der Sowjetunion Wohnungen mit einer Gesamtfläche von rund 45 Millionen m² und Tausende von gesellschaftlichen Einrichtungen gebaut, was 50 Städten von je 100 000 Einwohnern entspricht. Der Bauumfang nimmt mit jedem Jahr zu. Dabei spielt die „städtebauliche Organisation" für die Umweltgestaltung eine wesentliche Rolle; sie hat Einfluß auf die Produktion, den Haushalt, die zwischenmenschlichen Beziehungen, den Zeitplan der Menschen, den ästhetischen Geschmack und die menschlichen Ideale. Im Verlauf der historischen Entwicklung der städtischen und ländlichen Bebauung entstehen lebenswichtige Fragen, deren Lösung häufig auch das Leben der Menschen selbst stark beeinflußt.

Zur Zeit wird nur ein Drittel des Festlandes von Menschen bewohnt (auf 7 Prozent des Festlandes leben 70 Prozent der Gesamtbevölkerung der Erde), und die mittlere Geschoßanzahl der Wohnungen des „bewohnten" Territoriums beträgt nicht mehr als 1½. Ungeachtet dessen sprechen Soziologen und Wirtschaftsexperten immer wieder von Platzmangel. Zur Zeit beträgt die mittlere Bevölkerungsdichte auf der Erde nur 0,22 Menschen je Hektar. In 300 Jahren werden jedoch auf einem Hektar etwa 100 Menschen leben müssen.

Wenn man von den realen Tatsachen ausgeht (die Fläche, die von den Städten der ganzen Welt beansprucht wird, hat noch keine 0,5 Millionen km² erreicht, das heißt etwa 0,3 Prozent des gesamten Festlandes), könnte die von einigen Soziologen gegebene Perspektive der Überbevölkerung übertrieben erscheinen. Möglicherweise wird die vorzeitige Empfindung „der Enge" durch Städte, insbesondere Großstädte, hervorgerufen. Die hohe Bevölkerungsdichte in Großstädten, die Vergiftung des Bodens, der Luft und des Wassers durch Industrieabfälle, die Überbelastung des Transports, der Lärm, die Zerstörung von Grünflächen – all das veranlaßt die Menschen, die Städte zu verlassen. Es entsteht das Problem der Schaffung von „Zwei-Städten", das heißt einer lokalen Trennung der Wohnbereiche von den Arbeitsstätten. Prophetisch klingen die Worte Friedrich Engels', daß in den großen Städten die Menschen in ihrem eigenen Unrat umkommen und alle die, die es können, periodisch die Stadt verlassen, um frische Luft und sauberes Wasser zu suchen.

Großstädte tragen zur Entwicklung der Kultur bei. Darin besteht ihre fortschrittliche Rolle. Die Konzentration von kulturellen und sozialen Einrichtungen in den Zentren der Städte und Hauptstraßen einerseits und die zerstreute Lage der Einzelhaushalte andererseits erzeugen große Unbequemlichkeiten für alle Altersgruppen der Bevölkerung. Lange dauernde, sinnlose Fahrten ermüden und rauben Zeit, daß heißt das Wertvolleste, was für eine allseitige Entwicklung der Persönlichkeit notwendig ist.



1 Lageplan eines Wohnkomplexes für 10 000 Einwohner

1 Wohngruppe mit 2018 Einwohnern
2 Gesellschaftliches Zentrum
3 Park
4 Schule (1800 Plätze) und Internat (450 Plätze)
5 Technischer Dienstleistungsblock

Der Zeitfaktor ist mit dem Raum verbunden und der Raum mit der Architektur. Dem Wesen nach stellt die „architektonische Organisation" eine räumliche Organisation dar, und davon, wie gut sie ist, hängt ab, wie weit wir den Zeitverbrauch einschränken können, wie zweckmäßig wir letzten Endes Baukapazitäten einsetzen. Zeit- und Raumfaktor haben unter konkreten Umständen sozialen Charakter.

Die Technik, die ein mächtiges Mittel zur Steigerung des Lebensniveaus und Komforts der Bevölkerung ist, kann sich zugleich infolge komplizierter Wechselbeziehungen mit den sozialökonomischen Bedingungen dem Menschen von ihrer negativen Seite zeigen. So kann zum Beispiel der Personenkraftwagenverkehr – ein Mittel des Komforts und der beschleunigten Verbindung – in den Großstädten infolge einer ungeordneten Entwicklung die Luft verunreinigen und Menschenleben gefährden.

Die akuten Widersprüche des Städtebaus sind in materieller und ideologischer Hinsicht manchmal mit dem Nichtkönnen, Nichtwollen oder der Unlösbarkeit einiger Grundprobleme des Städtebaus verbunden, zu denen etwa folgende zählen:

■ die soziale Organisation der „Grundbereiche" einer Stadt (industrieller Bereich, Wohnbereich, gesellschaftlicher Bereich),
■ die Anwendung der neuesten wissenschaftlichen und technischen Erkenntnisse,
■ die Verbindung der Stadt mit der Natur,
■ die Lösung ästhetischer Probleme.

Bevor wir zur Darlegung einiger Vorschläge für die Gestaltung der Struktur einer Stadt übergehen, müssen wir uns die Frage stellen, ob die verschiedengradigen Widersprüche einer modernen Stadt fatal, das heißt unvermeidbar, sind. Die Widersprüche der Entwicklung kapitalistischer Städte sind bekanntlich eine Folge der antagonistischen sozialökonomischen Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft, und solange Privatbesitz an Boden und Produktionsmitteln besteht, sind sie unvermeidbar.

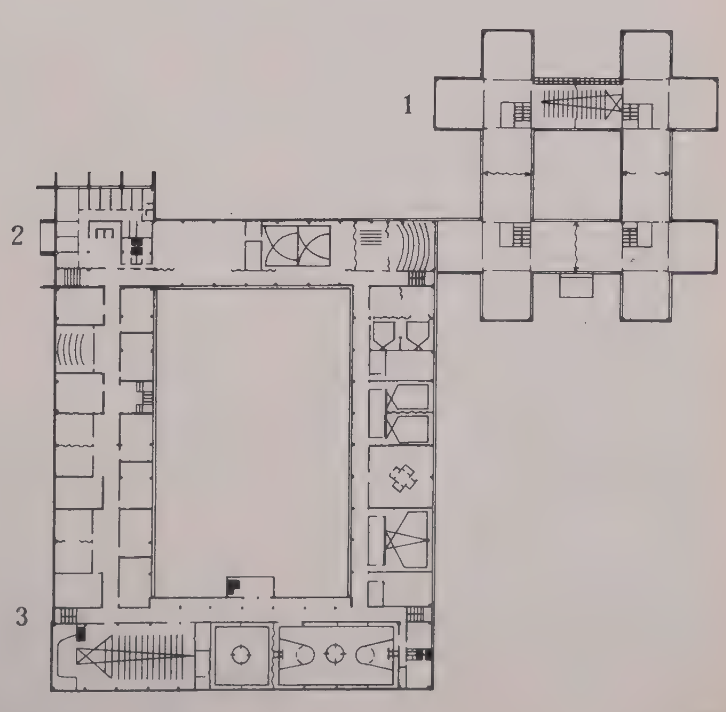
Die Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung sowjetischer Städte beruhen auf völlig anderen sozialökonomischen Grundlagen. Die

2 Modellaufnahme eines Wohnkomplexes
für 10 000 Einwohner

3 Obergeschoß der Schule
mit 1800 Plätzen
und dem Internat mit 450 Plätzen

1 Trakt für die unteren Klassen
2 Internat
3 Trakt für die oberen Klassen, Hauptblock der Schule mit Hallen und Werkstätten

städtebaulichen Widersprüche besitzen unter sozialistischen Bedingungen keinen antagonistischen Charakter. Sie spiegeln den sozialen und wissenschaftlich-technischen Fortschritt der Gesellschaft, die auf dem Wege zum Kommunismus ist, wider.
Das bedeutet jedoch nicht, daß es bei der Planung und beim Bau unserer Städte keine Fehler gibt. Leider treten sie auf, und einer der Gründe dafür ist das Zurückbleiben der Architekturtheorie gegenüber den wichtigsten Erfordernissen der Entwicklung unserer Gesellschaft und die Tatsache, daß sie noch nicht völlig ihr kommunistisches Wesen begriffen hat.
Die fortschrittliche Entwicklung der architektonischen und städtebaulichen Wissenschaft wird gehemmt durch soziale, technische und ästhetische „Kurzsichtigkeit“ sowie durch mechanisches Nachahmen, was ein Vorwärtsschreiten unserer Architektur behindert. Ohne eine mutige Phantasie und wissenschaftliche Prognose kann man keine Architektur des Kommunismus entwickeln. K. E. Ziolkowski sagte einmal: „Zuerst Phantasie, dann wissenschaftliche Berechnung und Ausführung.“





4 Modellfoto einer Wohngruppe für 2018 Personen



5 Wohnungstypen für ein bis vier Personen eines Wohnhauses vom Hoteltyp 1 : 200

Eine vollwertige wissenschaftliche Lösung der Grundprobleme des Städtebaus ist nur im Rahmen ganzer Wohnbereiche möglich. Die Entwicklungsperspektiven solcher Systeme werden bestimmt durch sozialökonomische Faktoren der Entwicklung der kommunistischen Gesellschaft und der wissenschaftlich-technischen Revolution, die die Produktivkräfte und die sozialdemographische Struktur der Bevölkerung verändern und damit die Beziehungen und die Anordnung der „Grundbereiche" einer Stadt beeinflussen.

Im Zentralen Forschungsinstitut für experimentelle Projektierung sind umfangreiche wissenschaftlich-experimentelle Arbeiten zur Lösung des komplexen Problems der Organisation eines städtischen Wohnbezirks im Gange. Es soll untersucht werden, wie man im Rahmen der vorhandenen ökonomischen Möglichkeiten das Wohnen des Menschen am zweckmäßigsten gestalten kann, wie man die Bedingungen für seine allseitige Entwicklung schaffen sowie die „Koexistenz" von Stadt und Natur gewährleisten kann.

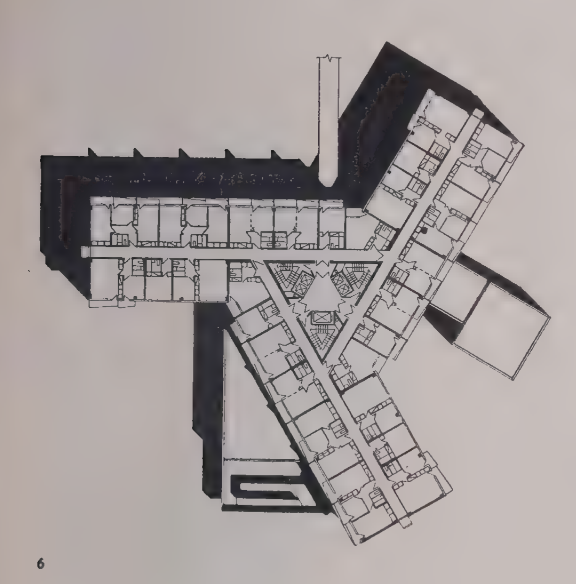
Auf Grund unserer und ausländischer Erfahrungen beim Bau und bei der Funktion von Wohnhäusern eines kollektiven Typs hat es sich herausgestellt, daß die Errichtung von Dienstleistungsbetrieben für eine kleine Wohngemeinschaft nicht wirksam ist, da es unter solchen Bedingungen nicht rentabel, aber auch unmöglich ist, den Einwohnern alle Formen der kulturell-sozialen Dienstleistungen zu bieten. Die Untersuchungen weisen darauf hin, daß es notwendig ist, zu großen städtebaulichen Komplexen mit entsprechenden Dienstleistungseinrichtungen überzugehen. Nur unter solchen Bedingungen ist es möglich, die gesellschaftlichen Einrichtungen zu vergrößern, die Dienstleistungen komplex und ökonomisch zu gestalten sowie ihr technisches Niveau und ihren Komfort zu erhöhen.

Manchmal ist der Einwand zu hören, daß die Vergesellschaftung der Hauswirtschaft kein Selbstzweck werden darf. Kann man denn besonders die Frauen von der mühevollen Hausarbeit befreien, indem man die Hausarbeit mechanisiert und rationalisiert, während die disperse Lage der Haushalte beibehalten wird? Die im weiteren angeführten Daten verdeutlichen, welche Zeit man im Haushalt „verschwendet", auch wenn die Hausarbeiten rationalisiert werden. In Frankreich beträgt die in den Haushalt investierte Arbeit 46 Milliarden Stunden im Jahr, während die in der Produktion verbrachte Zeit nur 42 Milliarden Stunden beträgt.

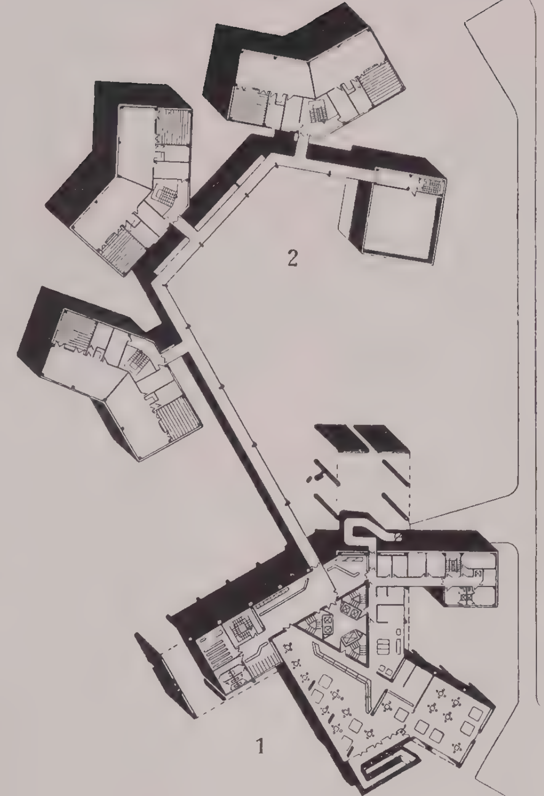
Der bekannte französische Soziologe J. Fourastier weist in seinem Buch „40 000 Stunden" darauf hin, daß die bei der Haushaltsarbeit verbrachte Zeit immer länger wird. Das läßt sich dadurch erklären, daß zwar infolge der Anwendung von Maschinen und dank der Rationalisierung ein

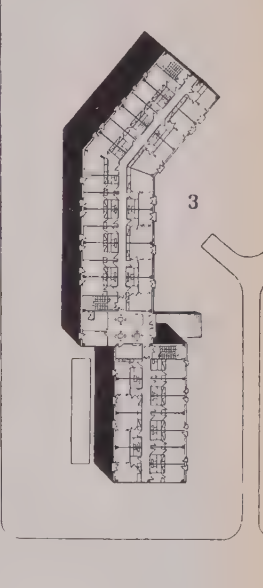
6 Normalgeschoß eines Wohnhauses vom Hoteltyp für 1932 Personen 1 : 750

7 Obergeschoß der Wohngruppe für 217 Personen 1 : 1250
1 30geschossiges Wohnhaus vom Hoteltyp mit einem Dienstleistungstrakt und einem Speiseraum (150 Plätze)
2 Kindergarten und Kinderkrippe (216 Plätze)
3 Altersheim (85 Personen)



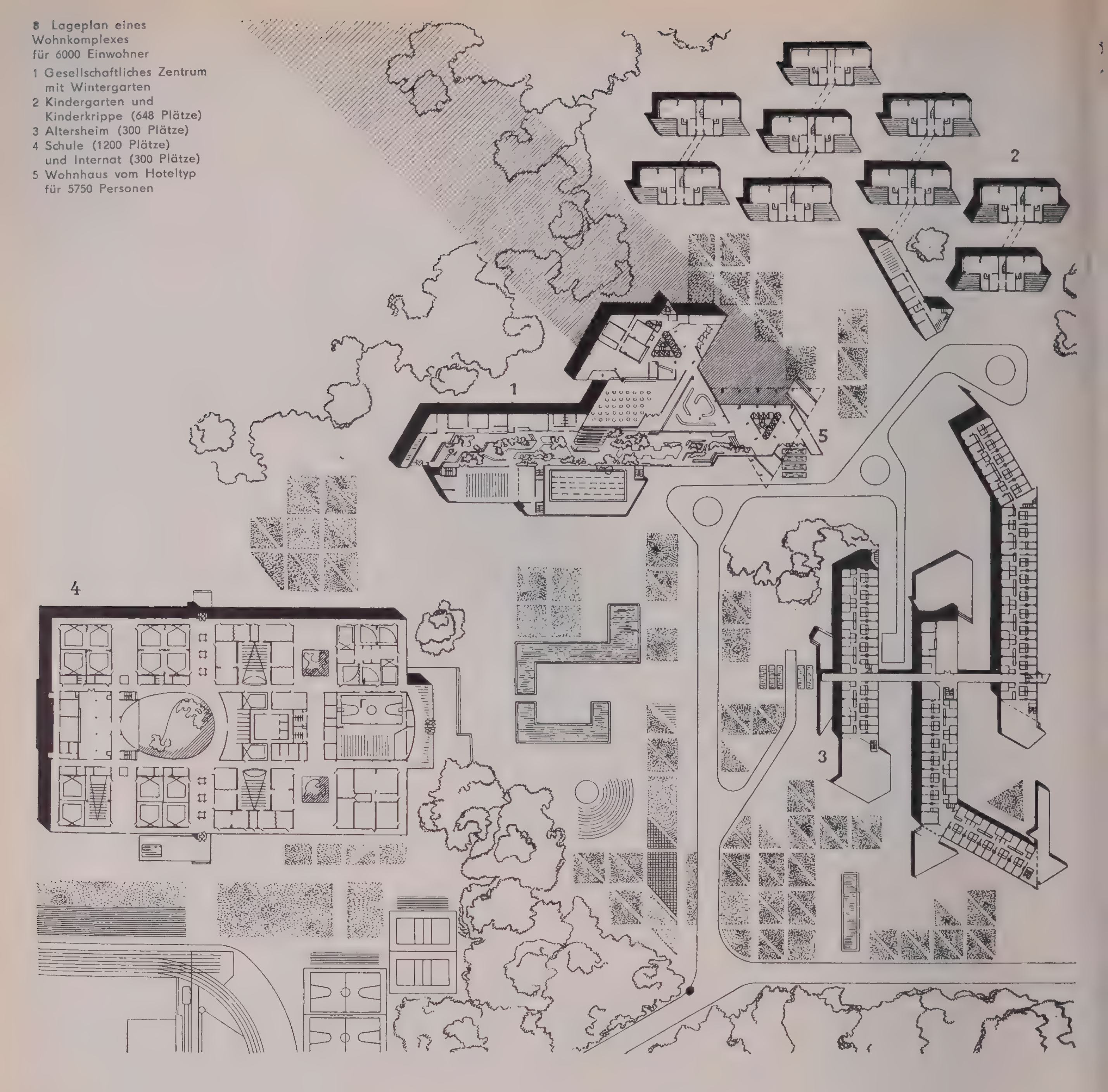
6





7

gewisser Zeitgewinn entsteht, aber die Sorgen um eine störungsfreie Arbeit der Haushaltsmaschinen sowie die wachsenden Anforderungen an den Komfort ihn wieder aufschlingen. Die Ursache sieht Fourastier darin, daß die „Haushaltsarbeit für eine serienmäßige Mechanisierung untauglich ist".
Um die „kleine Hauswirtschaft" wirklich neu zu ordnen, muß man, worauf Lenin schon 1919 hinwies, die Wirtschaft im Großen sozialistisch organisieren. Das ist aber nur durch die Umstellung der Wohnungstypen auf kollektive Dienstleistungen möglich. Es sei betont, daß namentlich die Vergesellschaftung eine notwendige Voraussetzung für die Anwendung einer hochwirksamen Technik ist. Ohne sie ist der technische Fortschritt im Bereich der kulturell-sozialen Dienstleistungen ebenso unmöglich, wie er unmöglich war unter den Bedingungen kleiner privater Industriebetriebe.
In den Versuchsprojekten für Wohnkomplexe mit 10 000 und 6000 Einwohnern mit einem hohen Kollektivierungsgrad der kulturell-sozialen Dienstleistungen, ausgearbeitet vom Zentralinstitut für experimentelle Projektierung (Hauptbearbeiter des Themas und Projektant: G. Gradow. Mitarbeiter: die Architekten W. Orlow, A. Sytschewoj, A. Welikanow, N. Afanasewa, S. Aleksandrowa, Dipl.-Ing. L. Golubkow, W. Wolman, B. Iakowlew, I. Budilowitsch), wird als Durchschnittsnorm 10,5 m² Wohnfläche je Person angenommen, wobei für einen Erwachsenen 12 m² vorgesehen sind. Es wurde folgende detaillierte Einteilung in bezug auf Wohnfläche und Dienstleistungen vorgenommen:
Vorschulkinder (bis zu 6 Jahren = 14 Prozent) werden bis zu 80 Prozent in Tages- und Wochenkinderkrippen oder Kindergärten betreut. Die restlichen 20 Prozent der Vorschulkinder — hauptsächlich im Krippenalter — wohnen ständig in Wohnungen. Kinder, die in Wochenheimen untergebracht sind, erhalten außerdem in den Wohnungen eine Wohnfläche von 7 m² je Person (unter Berücksichtigung der 5 m² Wohnfläche in den Heimen).
Schüler (7 bis 17 Jahre = 19 Prozent) besuchen die allgemeinbildende Oberschule. 25 Prozent der Schüler (hauptsächlich jüngeren Alters) sind in Internaten untergebracht. In den Wohnungen erhält diese Schülergruppe eine Wohnfläche von 7 m² je Person. Die übrigen 75 Prozent der Schüler werden mit 12 m² Wohnfläche je Person versorgt.
Arbeitsfähige Bevölkerung (53 Prozent) erhält eine Wohnfläche von 12 m² je Person (ein Zimmer je Person).
Rentner (14 Prozent) werden mit 12 m² Wohnfläche je Person versorgt. Es wird vorgesehen, daß 65 Prozent der Rentner in Wohnungen wohnen — zusammen mit der Familie oder getrennt. 35 Prozent können auf eigenen Wunsch in Feierabendheimen mit entsprechenden Dienstleistungen untergebracht werden.
Alle Personen, die in Internaten und Heimen leben, nehmen dort auch ihre Mahlzeiten ein. Die arbeitsfähige Bevölkerung sowie die Rentner, die in Wohnungen wohnen, werden zu 60 Prozent durch öffentliche Küchen versorgt (Werkessen in Betrieben, Gaststätten, Mitnehmen von fertigem Mittagessen nach Hause). Außerdem ist für gelegentliches Kochen zu Hause eine elektrische Kochanlage in jeder Wohnung eingerichtet.
Vorschul- und Schulkinder erhalten das Essen in Kinderkrippen, Kindergärten und Schulen.
Die Bevölkerung der Wohnkomplexe wird mit allen Formen der primären kulturell-sozialen Dienstleistungen nach künftig höheren Normen bedacht. Ein höherer Komfort wird nicht nur in Wohnungen vorgesehen, sondern auch in gesellschaftlichen Einrichtungen. So wird zum Beispiel die Anzahl der Kinder in einer Kindergartengruppe von 20 bis 25 auf 18 herabgesetzt und die Raumfläche je Kind vergrößert. In den Schulen wird die Anzahl der Schüler in einer Klasse von 40 auf 30 verringert. Entsprechend nimmt die Raumfläche je Schüler zu. Schulen erhalten zusätzliche



8 Lageplan eines Wohnkomplexes für 6000 Einwohner
1 Gesellschaftliches Zentrum mit Wintergarten
2 Kindergarten und Kinderkrippe (648 Plätze)
3 Altersheim (300 Plätze)
4 Schule (1200 Plätze) und Internat (300 Plätze)
5 Wohnhaus vom Hoteltyp für 5750 Personen

Gebäude, die den modernen pädagogischen Anforderungen entsprechen und durch die Anwendung neuer technischer Lehrmittel bedingt sind.
Die kulturell-sozialen Zentren werden zusätzlich mit Räumen für Klubarbeit, mit Wintergärten, Hallenbädern und größeren Mehrzweckhallen ausgestattet. In jedem Dienstleistungsblock werden außer den Speisegaststätten auch Dienstleistungsbüros, Informationszentren und ähnliches eingerichtet.
In den Versuchsprojekten wurde die Aufgabe gestellt, bei der Schaffung eines neuen Wohnungstyps, der mit der Natur verbunden ist, die Vorzüge größerer kollektiver Wohngruppen sowie die hohe technische Ausrüstung der Komplexe auszunutzen. Dazu ist es notwendig, die Geschoßanzahl zu erhöhen, die Einwohnerdichte jedoch zu senken.

Der Gestaltung solcher Wohngruppen wurden folgende Prinzipien zugrunde gelegt:

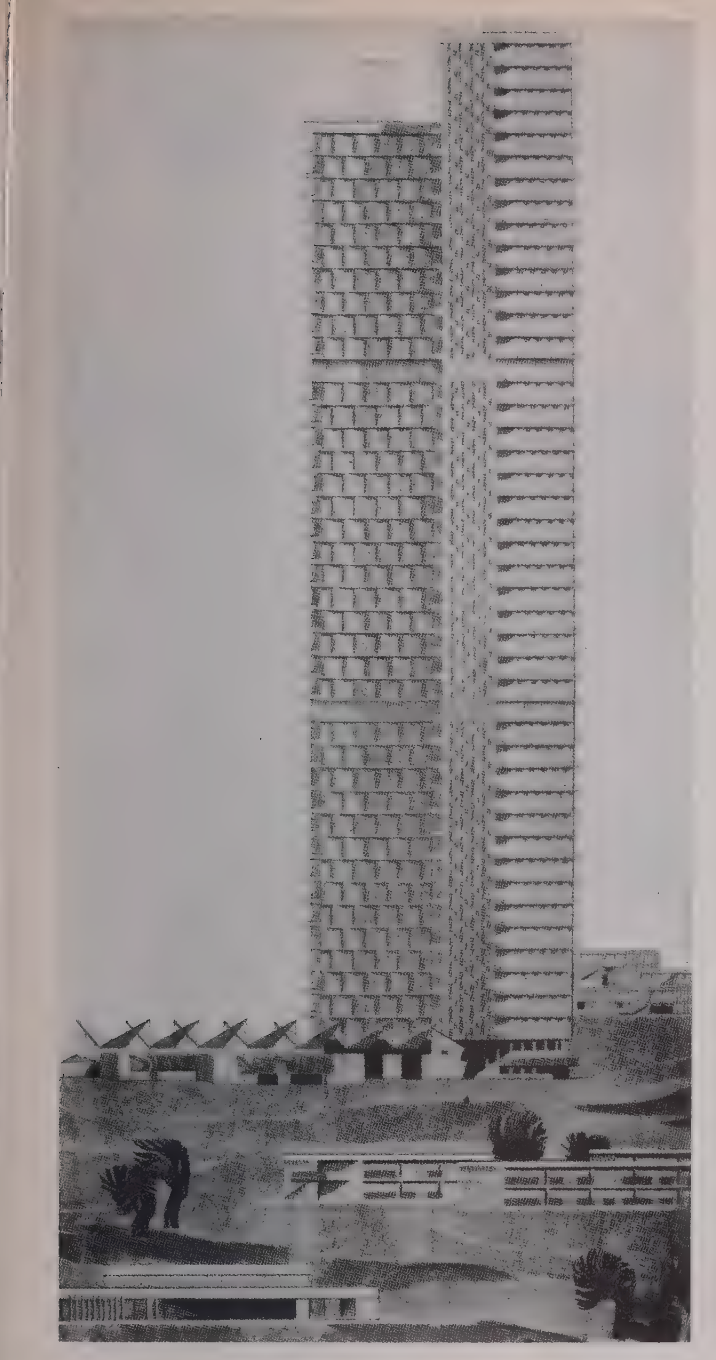
■ Kürzeste Verbindungswege zwischen der Wohnung und den kulturell-sozialen Dienstleistungseinrichtungen – die Entfernung von der Wohngruppe bis zum Dienstleistungsblock und den Kinderheimen soll 50 m betragen, die Entfernung im Wohnkomplex bis zur Schule und zum gesellschaftlichen Zentrum 200 bis 300 m;

■ Bau von Wohnhäusern mit mehreren Geschossen und von Wohnhochhäusern für die Mehrheit der Erwachsenen und Schulkinder, kombiniert mit dem Bau pavillonartiger zweigeschossiger Bauten für Kinder und Rentner, Berücksichtigung der Besonderheiten der Altersgruppen beim Geschoßbau;

■ Anlage einer malerischen Stadt in der Natur durch Einschränkung der Bebauung bis auf 11 bis 12 Prozent, Vermeidung eines streng geometrischen Systems von Straßenkorridoren, freies Anordnen der Wohnkomplextürme inmitten der Landschaft;

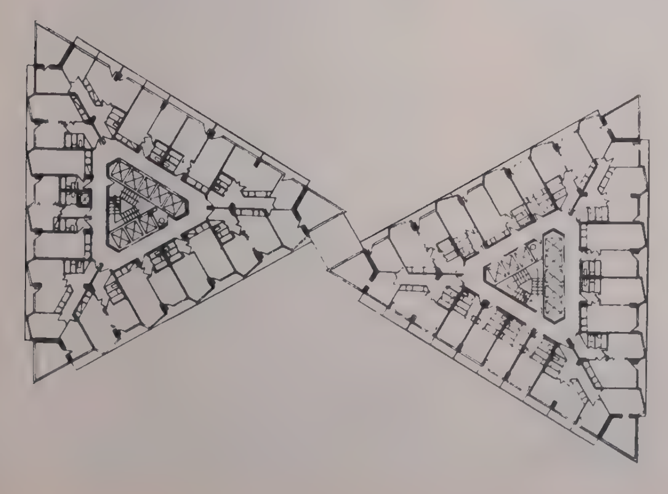
■ hohe technische Ausrüstung der Wohn- und gesellschaftlichen Komplexe, vollständige Elektrifizierung des Haushaltes, Zusammenfassung und Vereinheitlichung der Energieversorgung des Wohnkomplexes, Anwendung hochfester und leichter Baustoffe, Sicherung schneller mechanischer vertikaler Verbindungen, Automatisierung der hauswirtschaftlichen Prozesse und Regelung des Mikroklimas, Sammeln, Bearbeiten und Zustellen der Informationen an die Bewohner eines Wohnkomplexes, Anwendung neuer technischer Lehrmittel;

■ großzügiger städtebaulicher Maßstab und Rhythmus von Hochhäusern, kontrastreiche Kombination von vertikalen und horizontalen Wohnkomplexen, Annäherung



9 Fassade eines 90geschossigen Wohnhochhauses vom Hoteltyp

10 Normalgeschoß des Wohnhauses vom Hoteltyp für 5750 Personen



des architektonischen Äußeren der Wohn- und gesellschaftlichen Bauten an das Äußere von Erholungseinrichtungen, weitgehend standardisierte Anwendung aller plastischen und farblichen Möglichkeiten bei der Gestaltung der Bauwerke.

Ein wesentlicher Untersuchungsgegenstand war die Gegenüberstellung zweier prinzipiell verschiedener Bebauungsvarianten, und zwar des sogenannten Zweistufensystems (einer Gruppe von 30geschossigen Wohnhäusern für insgesamt etwa 10 000 Einwohner) mit dem konzentrierten Hochhaussystem (in einem 90geschossigen Wohnhochhaus sind die Einwohner eines ganzen Wohnkomplexes – etwa 6000 Personen – untergebracht).

Wohnkomplex für 10 000 Einwohner

Der Komplex besteht aus fünf Wohngruppen mit je 2018 Personen, einem gesellschaftlichen Zentrum, einer Oberschule mit Ganztagserziehung für 1800 Schüler, einem Internat mit 450 Plätzen und einem wirtschaftlich-technischen Block. Im Zentrum des Wohnkomplexes befindet sich ein Park von 6 ha Größe.

Zu einer Wohngruppe gehören ein turmförmiges 30geschossiges Wohnhaus vom Hoteltyp, das einen Y-Grundriß hat, Kindergarten und Kinderkrippe, die durch einen verglasten Übergang mit dem Wohnhaus verbunden sind, und ein zweigeschossiges Feierabendheim mit 86 Plätzen.

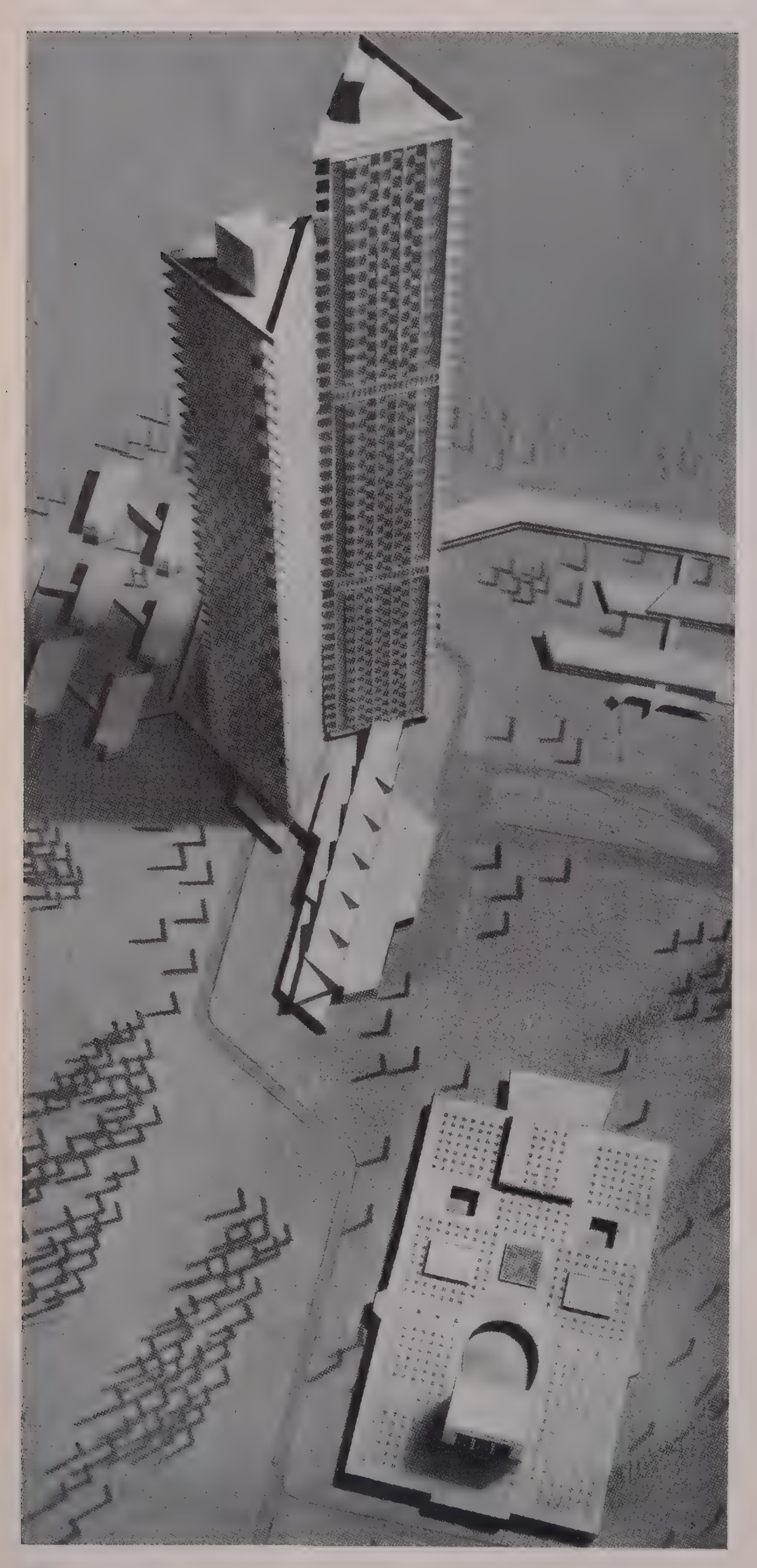
Die elektrifizierte Küche der Wohngruppe versorgt außer der Speisegaststätte im Wohnhaus auch die Küchen des Kindergartens, der Kinderkrippe und des Feierabendheimes.

In dem Wohnhaus vom Hoteltyp werden 1932 Personen untergebracht. In den ersten zwei Geschossen befinden sich eine Vorhalle und ein Dienstleistungsblock mit einer Speisegaststätte für 150 Personen, einem Service, einem Informationsbüro und Räumen zum Abstellen von Hausratsgegenständen. In der Nähe des Einganges liegen die Räume für Kinderwagen, Bastelräume und ein Fotolabor.

Die Ein-, Zwei- und Dreizimmerwohnungen sind mit beweglichen Raumteilern und Anbaumöbeln ausgestattet. Für gelegentliches Kochen ist eine eingebaute elektrische Küchenanlage vorhanden, die aus einem elektrischen Kochherd, einem kleinen Kühlschrank, Ausguß und Geschirrschrank besteht. Zu den eingebauten Vorrichtungen der Wohnungen gehört auch ein „Transistorkomplex" (Fernsehapparat, Rundfunkempfänger, Tonbandgerät und Plattenspieler).

Der mit der Kinderkrippe kombinierte Kindergarten mit 216 Plätzen für Tages- und Wochenaufenthalt besteht aus drei pavillonartigen, zweigeschossigen Bauten, die untereinander durch eine Galerie verbunden sind. Jeder Pavillon nimmt vier Gruppenräume auf. In einem Pavillon sind

11 Modellaufnahme des zentralen Teils eines Wohnkomplexes für 6000 Einwohner



Wirtschaftsräume und ein Musik- und Gymnastiksaal untergebracht.

Im zentralen Gebäude des Wohnkomplexes ist ein Wintergarten mit einem zeltförmigen Stahlbetondach angelegt. Nach drei Seiten schließen sich an den Wintergarten eine Mehrzweckhalle, ein Hallenbad, Klubräume, ein Geschäft, ein Café und Räume für wirtschaftliche und soziale Dienstleistungen an.

Der zweigeschossige Schulkomplex ist eine Kombination zweier Gebäudegruppen, sie besteht aus Saalbauten, die um einen großen Hof angeordnet sind und den älteren Schülern dienen, und einem separaten Block für jüngere Schüler. Bei der funktionellen Konzeption des Schulkomplexes wurde die Einbeziehung von Lehrkabinetten und technischen Lehrmitteln für die 5. bis 10. Klasse berücksichtigt. Zum Schulkomplex gehört weiter ein zehngeschossiges Internatsgebäude mit 450 Plätzen.

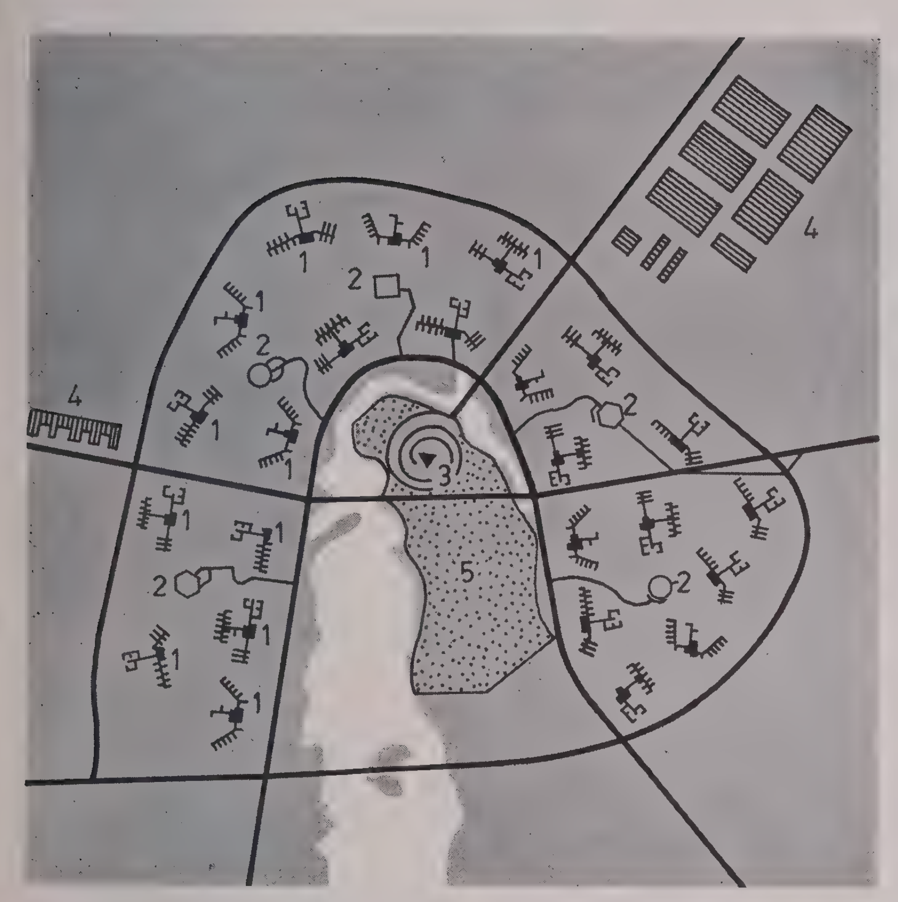
Wohnkomplex für 6000 Einwohner

Der Komplex besteht aus einem 82- bis 90geschossigen Wohnhochhaus mit insgesamt 2248 Wohnungen für drei Wohngruppen von je rund 2000 Personen. Zum Wohnkomplex gehören weiter ein gesellschaftliches Zentrum, ein Vorschulkinderkomplex mit 648 Plätzen für Tages- und Wochenaufenthalt, ein Feierabendheim mit 300 Plätzen sowie ein wirtschaftlich-technischer Block.

In jedem 28. Geschoß des Wohnhochhauses befindet sich ein Dienstleistungsbereich. Ein solcher Bereich umfaßt eine elektrifizierte Küche, einen Speiseraum mit 150 Plätzen, der mit der zentralen Küche im 1. Geschoß durch Aufzüge verbunden ist, sowie Klubräume. In den zwischenliegenden Geschossen sind weitere technische Einrichtungen für die allgemeine Nutzung angeordnet.

Zum Wohnkomplex gehören in Höhe des ersten Geschosses ein Wintergarten, eine Mehrzweckhalle, ein Hallenbad, Klubräume, ein Geschäft, ein Speiseraum mit 160 Plätzen, ein zentraler elektrifizierter Küchenblock sowie Räume für wirtschaftliche und soziale Dienstleistungen.

Das eingeschossige Oberschulgebäude mit 1200 Plätzen und ein Internat sind entsprechend den modernsten pädagogischen Anforderungen hinsichtlich der Lehrmittel (Fernseh-, Tonbandgeräte u. a.) eingerichtet. Im Unterschied zu den traditionellen Typen gewährleistet die funktionelle Struktur des Schulgebäudes ein differenziertes Unterrichtssystem, das heißt selbständige individuelle Übungen mit Hilfe von technischen und gedruckten Lehrmitteln, Klassenunterricht in spezialisierten Fachkabinetten und Vorlesungen in Auditorien für mehrere Parallelklassen. Infolgedessen ist der gesamte Schulkomplex in funktionelle Blocks unterteilt, die um das technische Zentrum herum angeordnet sind. Dabei wird der altersmäßige Unterschied der Schüler von der 5. Klasse an berücksichtigt.



12 Schematischer Plan einer Stadt mit 240 000 Einwohnern, die sich aus Wohnkomplexen für 10 000 Einwohner zusammensetzt

1 Wohnkomplex für 10 000 Einwohner
2 Gesellschaftliches Zentrum eines Wohnbezirks für 40 000 bis 70 000 Einwohner
3 Stadtzentrum
4 Industrie
5 Park

Diese hochtechnisierten Wohnkomplexe – Wohnhochhaus umgeben von sechs bis zehn Gebäuden – sind inmitten der natürlichen Landschaft am Rande von Autobahnen zu errichten. 30 bis 40 dieser Komplexe, die 300 bis 500 m voneinander entfernt in die Landschaft eingebettet sind, bilden eine Stadt von etwa 200 000 Einwohnern.

Worin bestehen die sozialökonomischen Vorzüge dieser Wohnkomplexe vom kollektiven Typ (Großwohneinheiten)? Auf welche Weise fördern sie die Lösung des Hauptproblems – die Befreiung der Menschen von der mühseligen Haushaltsarbeit und die Schaffung von Bedingungen für eine aktive Teilnahme aller Mitglieder der Gesellschaft an der gesellschaftlich-nützlichen Arbeit und für die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit? Was für ökonomische Vorzüge haben die kollektiven Komplexe im Vergleich zu den traditionellen Wohnkomplexen?

Um diese Frage zu beantworten, muß man bauökonomische, funktionelle und sozialökonomische Kriterien beachten.

Ein Vergleich der Volumenkennziffern der Versuchskomplexe mit traditionellen Typen – bezogen auf die gleiche Anzahl von Einwohnern und die gültigen städtebaulichen Normen – zeigt die bedeutenden ökonomischen Vorzüge der neuen Bebauung. Die ökonomischen Aufwendungen, die durch die Vergesellschaftung der wichtigsten Alltagspflichten – wie etwa der Nahrungszubereitung oder der Kindererziehung – und der wirtschaftlichen Dienstleistungen entstehen, sind gegenüber den traditionellen Typen trotz höheren Komforts und des daraus folgenden zusätzlichen Raumbedarfs geringer, da das Gesamtbauvolumen des experimentellen Wohnkomplexes für etwa 10 000 Einwohner (683 000 m³) um 9 Prozent und das des Komplexes für rund 6000 Einwohner (438 870 m³) um 5,6 Prozent geringer ist.

Wie die Berechnungen gezeigt haben, beträgt die Gesamtsumme der jährlichen Funktionskosten im Bereich der kulturell-sozialen Dienstleistungen des experimentellen Wohnkomplexes für 10 000 Einwohner 1 980 000 Rubel, während sie nach den jetzigen städtebaulichen Normen 874 000 Rubel ausmachen. Diese höheren funktionellen Kosten erklären sich aus der beachtlichen Erhöhung der Dienstleistungen, insbesondere der gastronomischen Dienstleistungen (Erhöhung auf das Siebenfache der bisherigen Ausgaben), Verdopplung der Ausgaben für vorschulische Erziehung, den Internaten, Feierabendheimen, Kultur-, Bildungs- und Sporteinrichtungen. Andererseits steigt der Umsatz der Dienstleistungsbetriebe, so daß sich der Mehraufwand außerordentlich schnell amortisiert. Im Ganzen erhöhen sich die jährlichen funktionellen Kosten, bezogen auf einen Einwohner, um 100,5 Rubel im Vergleich zur traditionellen Bebauung. Der Hauptteil dieser Summe (70,5 Rubel je Einwohner) wird durch zusätzliche Einkünfte gedeckt. Der Rest kann aus gesellschaftlichen Fonds kompensiert werden, da der Reingewinn bei der Vergesellschaftung der Hauswirtschaften die Mehrkosten wesentlich übersteigt.

Der wichtigste sozialökonomische Effekt bei der Vergesellschaftung der Hauswirtschaft ist die Einsparung an Zeit, die von den in der Hauswirtschaft Tätigen sowie vom Personal der kulturell-sozialen Dienstleistungen aufgewandt wird. Dieser Aufwand beträgt in einem traditionellen Wohnkomplex mit 10 000 Einwohnern 8 851 000 + 1 147 000 = 9 998 000 Stunden, dagegen in einem Versuchskomplex gleicher Größe 870 500 + 2 433 500 = 3 304 000 Stunden, das heißt, der gesamte gesellschaftliche Arbeitsaufwand wird um zwei Drittel verringert. Mit anderen Worten: Etwa 60 Prozent der Bevölkerung werden von der wenig produktiven Hausarbeit befreit. Das könnten 1300 Hausfrauen, 2200 berufstätige Frauen und 2500 berufstätige Männer sein. Allein in einem Wohnkomplex werden im Jahr 6 694 000 Stunden frei, was bei einem siebenstündigen Arbeitstag der Arbeitszeit von etwa 3200 Werktätigen gleichzusetzen wäre. Solchen Ausmaßes sind die Reserven, die durch das neue kollektive Wohnsystem freigelegt werden. Karl Marx schrieb über die Zukunft der kommunistischen Gesellschaft, daß die entwikkelte Produktivkraft aller Individuen ein wahrer Reichtum sei. Das Maß des Reichtums wird dann nicht mehr die Arbeitszeit, sondern die Freizeit sein. Die Einsparung an Arbeitszeit wird zur freien Zeit, das heißt zur Zeit für die allseitige Entwicklung des Individuums, was in Wechselwirkung wiederum zur Erhöhung der Produktivkraft führt.

Die große Aufgabe der Architektur einer Gesellschaft, die auf dem Wege zum Kommunismus ist, besteht in der Erhöhung des goldenen Fonds der Freizeit und in der Schaffung einer in funktioneller und ästhetischer Hinsicht vollkommenen Umgebung für eine harmonische Entwicklung des Menschen.

(Aus Architektura SSSR, Heft 2/1968)

Preisträger setzen neue Maßstäbe

Mit der Auszeichnung der Preisträger fand der „Architekturwettbewerb 1967" am 31. 5. 1968 seinen Abschluß.

Die Jury des Wettbewerbes, die unter Vorsitz des Vizepräsidenten des BDA Dipl.-Ing. Hans Gericke tagte, hat versucht, nicht nur die einzelnen Arbeiten möglichst objektiv zu beurteilen, sondern auch eine Einschätzung der an den 28 eingereichten Arbeiten ablesbaren Entwicklung unserer Architektur vorzunehmen. Das Fazit dieser Einschätzung: Der Wettbewerb dokumentiert auf einer Reihe von Gebieten ein steigendes Leistungsniveau. Insbesondere im Landwirtschaftsbau, bei gesellschaftlichen Bauten und bei Rekonstruktionsmaßnahmen in den Stadtzentren ist ein Qualitätsanstieg gegenüber den Vorjahren zu verzeichnen. Durch enge Zusammenarbeit mit Technologen und Nutzern sind bessere Funktionslösungen entstanden. Die ausgezeichneten Landwirtschaftsbauten zum Beispiel ermöglichen die Anwendung industriemäßiger Produktionsmethoden und sichern eine hohe Arbeitsproduktivität.

Die Gemeinschaftsarbeit mit den Baubetrieben trug dazu bei, einen hohen Nutzeffekt der Investitionen zu erreichen. Gutachten der Investträger bestätigen dies. Beispielhafte Arbeiten bewiesen dabei, daß die Rekonstruktion historisch wertvoller Bauten nicht nur eine große kulturelle Bedeutung hat, sondern auch ökonomisch sehr effektiv ist.

Aber auch in der Gestaltung wurden neue Wege zu einer vielfältigen und ideenreichen Architektur eröffnet. Die Starre und der Schematismus, die oft den industriellen Bauweisen zur Last gelegt wurden, weichen lebendigeren Formen, ohne Klarheit und Ordnung aufzugeben.

Das Ziel, eine kulturvolle räumliche Umwelt für die sozialistische Gesellschaft zu gestalten, tritt immer stärker in den Mittelpunkt des architektonischen Schaffens.

So konnte die Jury eine Reihe Arbeiten auszeichnen, die mit Recht als beste Bauwerke des Jahres gekennzeichnet werden können, Arbeiten mit denen die Preisträger neue Maßstäbe setzen. Dieser Wettbewerb sucht keine architektonischen Sensationen, sondern beispielhafte Lösungen für typische Bauaufgaben. Solche Arbeiten, die als Beispiele in die Breite wirken können, wurden hier anerkannt.

Der Wettbewerb machte aber auch deutlich, daß der Fortschritt noch nicht alle Gebiete erfaßt hat. So mußte sich die Jury nach lebhafter Diskussion entschließen, auf dem Gebiete des Wohnungsbaus keinen Preis zu vergeben, da die eingereichten Arbeiten nicht über das Niveau der im Vorjahr ausgezeichneten Bauten hinausgingen und auch nicht den bereits erreichten Stand im Wohnungsbau der DDR repräsentieren. Es scheint gerade beim Wohnungsbau – d. h. auf dem Gebiet, auf dem das industrielle Bauen seinen Ausgang nahm – besonders schwierig zu sein, eingefahrene Gleise zu verlassen. Aber auch ein Vergleich der Leistungen aus den einzelnen Bezirken ist nicht uninteressant. Bei den Architekturwettbewerben 1965, 1966 und 1967 nahm der Bezirk Rostock mit acht Preisen (davon vier 1. Preise) eine Spitzenposition ein. Ihm folgten die Bezirke Halle und Berlin mit je fünf Preisen. Andere Bezirke haben dagegen bisher keine Preise erringen können und zum Teil in drei Jahren nicht eine einzige Arbeit eingereicht. Über Ursachen und Schlußfolgerungen zu sprechen, könnte ein interessantes Thema für Mitgliederversammlungen in den Bezirksgruppen des BDA sein.

Der Bundesvorstand des BDA hat in seiner 6. Tagung das Ergebnis des Wettbewerbes beraten und alle Bezirksgruppen aufgerufen, diesen Wettbewerb künftig stärker zu unterstützen und ihn so zu einer jährlichen Leistungsschau zu entwickeln, die das Niveau unseres architektonischen Schaffens repräsentiert. G. K.

Architekturwettbewerb 1967

Die Mitglieder des Preisgerichtes

Dipl.-Ing. Hans Gericke (Vorsitzender)
Dr.-Ing. habil. Anita Bach
Bauing. Ronald Burger
Dr.-Ing. Ludwig Deiters
Dipl.-Ing. Bruno Flierl
Dipl.-Wirtschaftler Dietmar Hanke
Prof. Hermann Henselmann
Prof. Hanns Hopp
Dipl.-Ing. Eberhard Just
Dr. Gerhard Krenz
Dipl.-Architekt Hans Lewitzky
Dipl.-Ing. Ernst Pfrogner
Architekt BDA Hellmut Ullmann
Dr.-Ing. Wolfgang Urbanski

Industriebauten

Anerkennung
Förderturm Bernburg

Autorenkollektiv
Leitung: Architekt BDA S. Miersch
VEB Industrieprojektierung Magdeburg

In enger Zusammenarbeit mit der Bauausführung konnte für ein derartiges Bauwerk erstmals die Gleitbauweise erfolgreich angewandt werden. Dabei verdienen besonders die Einordnung aller Funktionen in einen gut gestalteten turmartigen Baukörper und die relativ kurze Bauzeit Anerkennung.



1. Preis

Flachkühlhaus Treuen

Autorenkollektiv
Koordinierung: Dipl.-Ing. Wolfgang König, Architekt BDA
VEB Industrieprojektierung Erfurt

Das Flachkühlhaus Treuen wurde zum Prototyp einer ganzen Reihe von modernen Kühlhäusern in der DDR. Die in Montagebauweise errichtete kompakte Anlage stellt eine Spitzenleistung im Kühlhausbau dar und zeichnet sich durch eine klare Gestaltung, hohe Wirtschaftlichkeit und kurze Bauzeit aus.

2. Preis

Kraftwerk Vetschau II

Autorenkollektiv
Leitung: Dipl.-Ing. Rainer Barth
VEB Industrieprojektierung Berlin I



Bei einem hohen Montageanteil und unter Einhaltung der strengen technologischen Bindungen wurden bei diesem Kraftwerksbau eine gute Gestaltung und Gliederung der Gebäudeteile erreicht. Durch den Kontrast von geschlossenen und verglasten Flächen, durch geschickte Materialwahl und klare Durchbildung der Details wurde bei wirtschaftlichem Aufwand eine anerkennenswerte architektonische Qualität erreicht. Die Baukosten des Kraftwerksblocks sind, bezogen auf die Kapazitätseinheiten, günstig zu bewerten.



Landwirtschaftsbauten

1. Preis

Stallanlage für 400 Milchkühe in Albertshof, Bezirk Frankfurt (Oder)

Autorenkollektiv
Leitung: Bauing. Peter Güttler
VEB Hochbauprojektierung Frankfurt (Oder)

Die Stallanlage Albertshof ist eine beispielhafte komplette Anlage für 400 Milchkühe, die die Anwendung industrieller Produktionsmethoden in der sozialistischen Landwirtschaft fördert. Die Anlage, die als Experimentalvorhaben in industrieller Bauweise und in relativ kurzer Bauzeit errichtet wurde, hat sich als sehr entwicklungsfähig erwiesen. Die gute funktionelle Zuordnung der einzelnen Baukörper, die Anordnung der Freiflächen und die Ausführung der gesamten Anlage lassen zugleich eine neue Qualität der Gestaltung des Arbeitsmilieus in der landwirtschaftlichen Produktion erkennen.



2. Preis

Schweinemastanlage Wilmersdorf, Kreis Angermünde

Autorenkollektiv
Leitung: Architekt BDA Karl-Heinz Birkholz
VEB Landbauprojekt Potsdam

Die als Experimentalvorhaben errichtete Schweinemastanlage des VEG Wilmersdorf ist beispielhaft für die Einführung industrieller Produktionsverfahren in der sozialistischen Landwirtschaft und wurde zum Prototyp für weitere Anlagen. Die klar gestaltete und in industrieller Bauweise errichtete Anlage zeichnet sich durch den hohen Grad der Mechanisierung und die dadurch erreichte hohe Arbeitsproduktivität aus.

Gesellschaftliche Bauten im Wohngebiet

2. Preis

Kombination Kinderkrippe/Kindergarten Cottbus

Dipl.-Ing. Peter Drogan
VEB Cottbusprojekt

Dieser Muster- und Experimentalbau zeichnet sich durch eine gute Gestaltung und Funktionsfähigkeit aus. Die Anwendung der leichten Geschoßbauweise führte zu einem günstigen ökonomischen Ergebnis.



Gesellschaftliche Bauten

1. Preis
Interhotel Warnow

Autorenkollektiv
Leitung: Architekt BDA Dieter Jastram
VEB Hochbauprojektierung Rostock

Dieses neue Interhotel in Rostock zeichnet sich durch eine gute städtebauliche Einordnung, durch eine vom Nutzer anerkannte funktionelle und ökonomische Lösung, insbesondere aber auch durch eine einprägsame architektonische Gestaltung aus. Die Anwendung einer Montagebauweise und die Gestaltung der Außenwand mit Ziegeln sind als ein gelungener Versuch anzusehen, architektonische Traditionen mit modernen Mitteln aufzunehmen und damit eine für Rostock charakteristische Architektur zu schaffen.

1. Preis
Gaststätte „Universum“ Guben

Architekt BDA Eberhard Kühn
VEB Cottbusprojekt

Diese moderne Gaststätte ist mit ihren vielfältigen Einrichtungen funktionell günstig zu einer architektonisch geschlossenen Anlage zusammengefaßt. Durch eine interessante und differenzierte Innengestaltung, sorgfältige Anwendung von Material und Farbe sind mit wirtschaftlichen Mitteln Räume mit einer angenehmen und abwechslungsreichen Atmosphäre entstanden. Der Nutzer hebt vor allem die hohe Funktionstüchtigkeit und die Einhaltung der ökonomischen Kennzahlen bei hoher architektonischer Qualität hervor.





2. Preis
Fichtelberghaus

Autorenkollektiv
Leitung: Architekt BDA Konrad Reimann
VEB Hochbauprojektierung Karl-Marx-Stadt

Die Verbindung des horizontalen Baukörpers der Gaststätte mit dem Aussichtsturm führt zu einer guten Einfügung des gesamten Bauwerkes in die Landschaft, was durch die Anwendung charakteristischer Materialien, wie Naturstein und Holz, weiter betont wird. In enger Zusammenarbeit mit bildenden Künstlern ist es gelungen, den Gasträumen eine stimmungsvolle Atmosphäre zu geben.



Anerkennung
Eissporthalle Karl-Marx-Stadt

Architekt Conrad Merkel, Karl-Marx-Stadt

Die Eissporthalle in Karl-Marx-Stadt ist ein Beispiel für die architektonische Bewältigung einer Leichtbaukonstruktion, das besondere Anerkennung verdient.

Rekonstruktion und Denkmalpflege



1. Preis
Stadtbibliothek Görlitz

Architekt Dr.-Ing. Bernhard Klemm
Bauwirtschaft: Bauingenieur Paul Pahler

Das frühere Wohngebäude in der Peterstraße in Görlitz wurde als Stadtbibliothek ausgebaut. Diese Rekonstruktion ist beispielhaft für die Nutzbarmachung historisch wertvoller Bausubstanz. Unter strenger Einhaltung denkmalpflegerischer Gesichtspunkte wurde mit außerordentlich geringen Kosten eine gute architektonische Lösung für die neue Funktion des Gebäudes gefunden. Besondere Anerkennung fand die Gestaltung der Innenräume.

1. Preis

Häuser Mühlenstraße 21 und Badenstraße 12 in Stralsund

Architekt Jürgen Schütt





Mit dieser Rekonstruktion wurden Beispiele für die Erneuerung von historisch wertvollen Gebäuden innerhalb eines unter Denkmalschutz stehenden Stadtbereiches geschaffen. Es ist gelungen, die zu erhaltenden, architektonisch wertvollen Bauteile mit der erneuerten Substanz im Innern des Gebäudes zu einer neuen Einheit, mit neuen Funktionen zusammenzuführen.

2. Preis

Hotel Gewandhaus Dresden

Autorenkollektiv
Leitung: Dipl.-Ing. Kurt Haller
VEB Dresdenprojekt



Dieses Bauwerk demonstriert in beispielhafter Weise die Möglichkeiten für die moderne Nutzung wertvoller historischer Bausubstanz. Durch diese Leistung wurde dem Stadtzentrum von Dresden ein wertvolles Bauwerk erhalten, das mit dazu beiträgt, den spezifischen Charakter des neuen Zentrums zu prägen. Hervorzuheben sind dabei auch die Einbeziehung wertvoller Architekturdetails, wie des Dinglingerbrunnens an der Westseite des Gebäudes, und die relativ günstigen Kosten, bezogen auf die Kapazitätseinheit.

Anerkennung

VVN-Ehrenmal in Zwickau

Autorenkollektiv
Leitung: Architekt Wolfgang List
und Johannes Haueisen

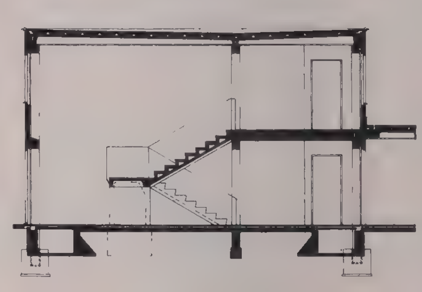


Die würdige Gestaltung der Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus in Zwickau wird als Gesamtleistung anerkannt. Die Umschließungsmauer hebt das Mahnmal wirkungsvoll aus dem Park hervor und schafft einen Raum feierlichen Gedenkens. Die Lösung der Details und die bildkünstlerische Gestaltung bleiben jedoch hinter der Ausdruckskraft der Gesamtanlage zurück.

Kinderkrippe/ Kindergarten Cottbus

Dipl.-Ing. Peter Drogan, BDA
VEB Cottbusprojekt

1



2

Projektierung: VEB Cottbusprojekt, Abteilung Neue Technik
Kollektive Leitung: Dipl.-Ing. Kästner, BDA

Entwurf: Dipl.-Ing. Drogan, BDA
Bauingenieur Patschorke

Statik und Konstruktion: Dipl.-Ing. Fröchtenigt

Kostenplaner: Bauingenieur Brandhof
Bauingenieur Dittrich

Flächige Wandgestaltung der Gruppenräume: 3. Studienjahr der Hochschule für Bildende Künste Dresden unter Leitung von Professor Gerhard Bonzin und Professor Jutta Damme

Funktionelle Gliederung

Der M- und E-Bau Kombination Kinderkrippe/Kindergarten 64/144 Plätze im WK VI Cottbus ist Bestandteil des F- und E-Themas „Leichte Geschoßbauweisen" und gliedert sich in einen zweigeschossigen Krippentrakt, einen zweigeschossigen Kindergartentrakt und einen eingeschossigen Wirtschaftstrakt mit Vollküche, der zwischen den beiden Baukörpern angeordnet ist.

Die Gruppenstärke beträgt für die Kinderkrippe 16 Plätze und für den Kindergarten 18 Plätze. Jede Gruppe bildet eine in sich geschlossene Funktionseinheit. Zu der Funktionseinheit Kinderkrippe gehören Gruppenraum, Schlafraum, Wasch- und WC-Raum und Übergabe, zu der Funktionseinheit Kindergarten gehören Gruppenraum, Garderobe, Waschraum, WC-Raum und Raum für Liegen.

Alle Gruppenräume sind nach Osten orientiert. Die erdgeschossigen Gruppenräume besitzen direkte Verbindung zu den vorgelagerten Terrassen.

Gestaltung

Die Außenhaut erhielt einen Vorsatz aus weißem Marmorsplitt (Brüstungsplatten) und Rollkies (Giebelwände). Innerhalb des Fensterbandes besteht die Glasfläche vor den Stützen aus einem in lichtem Gelb gehaltenen Glas; Stege und Rahmenleisten sind in gelbgrünem Ton abgesetzt.

Die Unterdecke im Obergeschoß ist mit Glagitplatten auf Sparschalung verkleidet. Die Gruppenräume sind mit Spannteppich als Fußbodenbelag, mit Nesselgardinen und Deckenschalen als Beleuchtungskörper ausgestattet.

Die Innenräume sind entsprechend der künstlerischen Wandgestaltung in Pastelltönen gehalten, die Türen abgetönt, die Möbel (Typenmöbel) zum Teil farbig. Die Baderäume sind hellblau, die Küchenräume weiß gefliest, die Restflächen beider Räume weiß gekalkt. Das Rahmenholz der Glastrennwand ist zum Teil mit dunklem Blau abgesetzt. Die Unterdecken der Flure sind dunkler gehalten als der Wandton.

1 Blick von Osten

2 Schnitt durch ein Treppenhaus 1 : 200

3 Obergeschoß 1 : 500

4 Erdgeschoß 1 : 500

Legende zu 3 und 4

Kindergartentrakt

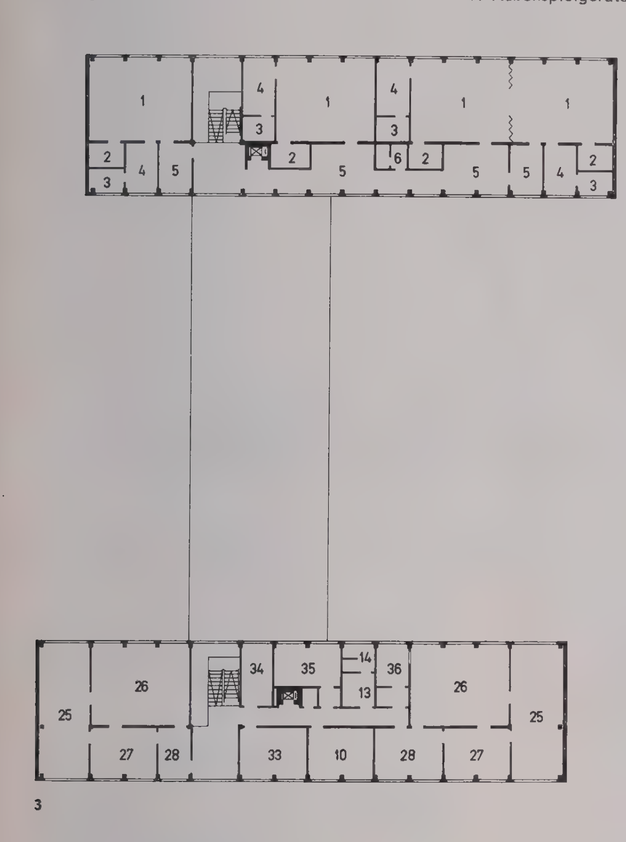
1 Gruppenraum
2 Liegenraum
3 WC
4 Waschraum
5 Garderobe
6 Personal-WC und Reinigungsgeräte
7 Windfang
8 Leiterin
9 Isolierzimmer mit Schleuse
10 Personalaufenthaltsraum
11 Außenspielgeräte
12 Lehrmittel
13 Personalumkleideraum
14 Personalwaschraum
15 Elektroanschlußraum

Wirtschaftstrakt

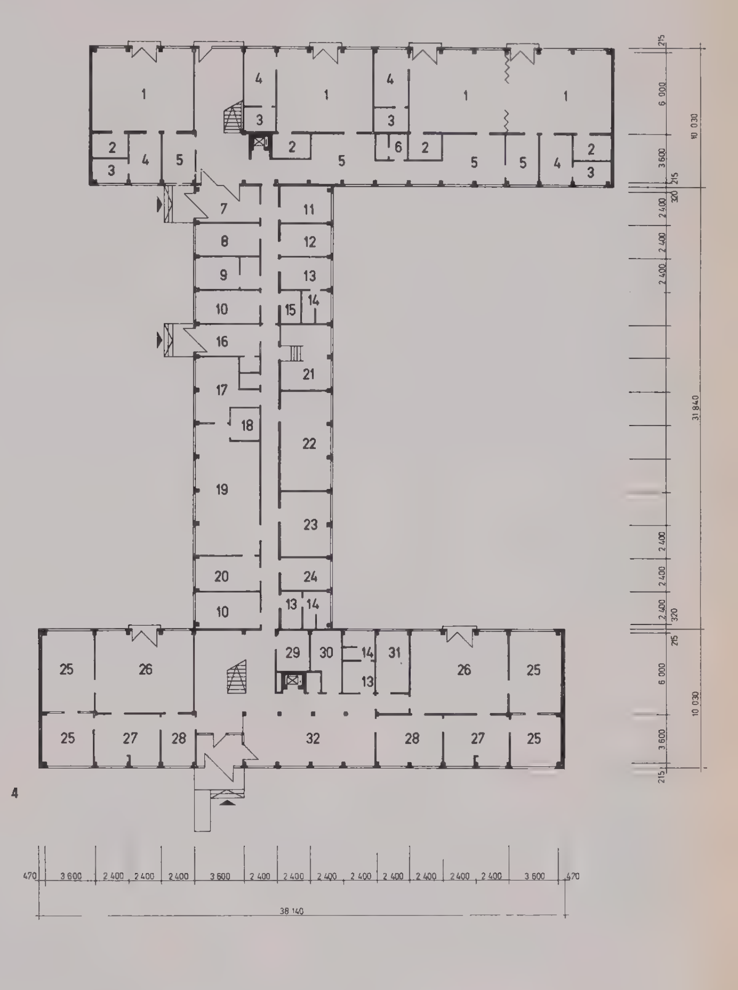
16 Warenannahme
17 Gemüsevorräte
18 Topfspüle
19 Küche
20 Geschirrspüle
21 Hausanschlußraum
22 Naßvorräte
23 Trockenvorräte
24 Lager

Kinderkrippentrakt

25 Schlafraum
26 Gruppenraum
27 Wasch- und WC-Raum
28 Übergabe
29 Eigenbedarf
30 Außenspielgeräte
31 Milchküche
32 Abstellfläche für Kinderwagen
33 Leiterin
34 Raum für saubere Wäsche
35 Windelspüle
36 Isolierraum mit Schleuse



3



4

Die Räume des Personals wurden betont farbiger ausgeführt.

Bauweise und Konstruktion

Die Kindereinrichtung ist in einer industriellen Montagebauweise errichtet, bei der Außenwand-, Dach- und Skelettkonstruktion eine relativ geringe Flächenmasse aufweisen und die tragenden Bauteilgruppen des Geschoßbaus, die Decken-, Wand- und Skelettkonstruktion, in einem Bausystem austauschbar vereinigt sind, so daß die Vorzüge der Wand- und Skelettbauweise gleichermaßen genutzt werden können. Durch eine besondere geometrische Systematik bei der Einordnung der Bauelemente in den Raster wird eine weitreichende Flexibilität erreicht, und das Elemente- und Formensortiment werden eingeschränkt.

Für die Kindereinrichtung wurde bei allen Gebäudeteilen das Längswandprinzip mit Außenskelett und quer ansteigenden Trennwänden angewandt. Das Elementesortiment besteht aus 91 unterschiedlichen Bauelementen, die sich in 15 verschiedenen Formen fertigen lassen. Mit Ausnahme der Rohrleitungskanäle, der Streifenfundamente, des Unterbetons und der Aufzugsschächte wurde das Gebäude montiert.

Die Vielseitigkeit des Systems ermöglicht den Bau aller gesellschaftlichen Folgeeinrichtungen des komplexen Wohnungsbaus, wie zum Beispiel auch Schulen, Versorgungseinrichtungen und Ambulatorien, in Montagebauweise. Den Beweis dafür lieferte eine Entwurfsuntersuchung für das Zentrum des Wohnkomplexes IX in Hoyerswerda der TU Dresden, Lehrstuhl für Bauten der Wohngebiete, Professor Dr.-Ing. habil. Helmut Trauzettel.

Das Bauwerk wurde nicht auf der Grundlage eines Angebots-, Typen- oder Wiederverwendungsprojektes errichtet. Es ist als Muster- und Experimentalbau in der leichten Geschoßbauweise projektiert und ausgeführt.

Kennzahlen (Preisbasis 1967)

Kapazität:	64 Krippenplätze 144 Kindergartenplätze Vollküche
Baukosten:	1 067 000 Mark
Umbauter Raum:	4 946 m³
Baukosten/Platz:	5 129 Mark
Baukosten/m³ umbauter Raum	215,70 Mark
Bauzeit:	Nach Technologie 8 Monate
Auftragnehmer:	VE Wohnungsbaukombinat Cottbus, Produktionsbereich Cottbus

Bei beiden Projekten entstehen durch die notwendige Anwendung des ZB 80 W anstatt des Rapid III Mehrkosten in Höhe von rund 100 Mark je Platz.

5

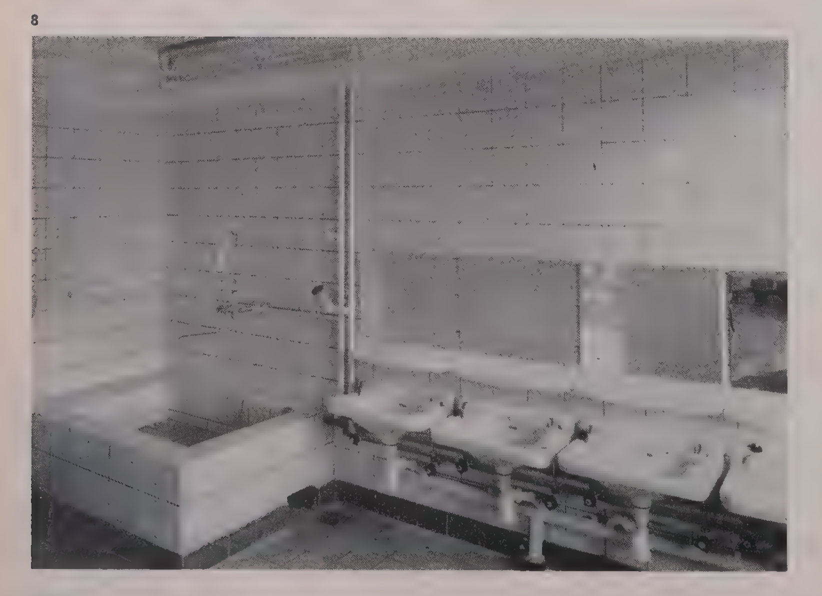
6



7



8



5 Blick von Südosten,
im Vordergrund der Kindergartentrakt

6 Gruppenraum des Kinderkrippentraktes

7 Gruppenraum des Kindergartentraktes

8 Waschraum



1 Gesamtanlage, im Vordergrund Sandkästen und Wasserbassin

Kindergarten Weimar

Dipl.-Arch. Gottfried Mempel
VEB Hochbauprojektierung Erfurt,
Bereich Weimar

Wiederverwendungsprojekt: Architekt Walter Schmidt
VEB Hochbauprojektierung Erfurt,
Bereich Nordhausen
Örtliche Anpassung: Dipl.-Arch. Gottfried Mempel
VEB Hochbauprojektierung Erfurt,
Bereich Weimar
Mitwirkender Künstler: Bildhauer Steindorf, Weimar

Funktionelle Gliederung

Der Kindergarten liegt an der William-Shakespeare-Straße und ist Bestandteil des Wohnkomplexes Kirschbachtal in Weimar. Er besteht aus einem zweigeschossigen Baukörper mit Teilunterkellerung für Eigenheizung und wird durch zwei vorgelagerte Treppenhäuser mit je einem Eingang erschlossen. Die Eingangsseite ist nach Norden gelegen; die Gruppenräume sind nach Süden orientiert.

Im Erdgeschoß befindet sich an jeder Giebelseite ein Gruppenraum für 25 Kinder. Im Obergeschoß sind vier Gruppenräume für je 18 Kinder angeordnet.

Eine Gruppeneinheit gliedert sich in den Spiel-Gruppenraum, Garderobe, Waschraum mit Waschbecken, eine Doppeldusche und WC. Kommen die Kinder vom Spielen im Freien, führt der Weg über die Garderobe und den Waschraum in den Gruppenraum. Umgekehrt ist es beim Abholen der Kinder am Abend. Beim Empfang der Kinder am Morgen gelangen sie über die Garderobe direkt in den Gruppenraum.

Im Obergeschoß sind jeder Gruppeneinheit noch ein Schlafraum und ein Liegen-Aufbewahrungsraum zugeordnet. Der Schlafraum kann auch als Spiel- oder Musikraum genutzt werden.

Die jeder Gruppeneinheit zugeordnete Sanitärzelle enthält 4 Waschbecken, 2 Kinder-WC und eine Doppeldusche. Dabei wurde davon ausgegangen, daß die Kinder an die selbständige Benutzung der Wasch- und WC-Anlagen gewöhnt werden. Die Kindergärtnerin kann vom Gruppenraum aus die Sanitärzelle überblicken.

Von der etwa in der Mitte des Erdgeschosses liegenden Essenausgabe werden die Mahlzeiten über einen Mittelflur auf Wagen zu den einzelnen Gruppen gefahren. Zum Obergeschoß gelangen die Speisen über zwei am Mittelflurende liegende Elektro-Aufzüge.

Der Wirtschaftsteil im Erdgeschoß liegt etwa in Gebäudemitte zwischen den beiden Treppenhäusern, ist nach Norden orientiert, über einen separaten Lieferanteneingang erreichbar und hat eine Achsenteilung von 2 × 7,20 m, 2 × 3,60 m. Zum Wirtschaftsteil gehören: Küche mit gasbeheizten Kochkesseln, Spüle, Gemüseputzraum, Kartoffel- und Gemüselager, Trockenvorräte, Anlieferung mit Waage, Wäscheraum, Windelspüle, Leergut und Sozialräume.

Der Personalteil im Erdgeschoß umfaßt die notwendigen Sozialräume, Wasch-, Umkleide-, Ruhe- und Aufenthaltsraum sowie den Raum der Leiterin und den Arztraum.

Eine Treppe zur Heizung im Kellergeschoß liegt in einem besonderen Raum, der vom Vorraum eines Treppenhauses aus zugänglich ist. Kohlenbunker, 1000-l-Warmwasser-Boiler und Heizeraufenthaltsraum mit Sanitärteil sind im Kellergeschoß untergebracht.

Konstruktion

Die für das Gebäude angewandte 2-Mp-Wandbauweise entspricht dem Grundraster 1200 mm.

Dem konstruktiven System liegt die Querwandbauweise zugrunde. Das Gebäude besteht aus neun tragenden Schottenwänden, auf denen die Deckenelemente auflagern. Die Deckenelemente in den Längen von 3600 mm und 7200 mm bilden steife Scheiben und übertragen die Horizontalkräfte in Längsrichtung auf die aussteifenden Innenlängswände. Die Windkräfte quer zum Gebäude werden über die Deckenscheiben in die Schottenwände übertragen.

Die senkrechten Lasten werden in die Streifenfundamente abgeleitet. Bei der Variante Eigenheizung wird der seitliche Erddruck durch Stahlbetonwände aufgenommen, die auch als Auflager für die Kellerdecke dienen. Die Kellergeschoßdecke wurde als Wenkodecke ausgeführt.

Die Decke über dem Obergeschoß bildet zugleich die Dachdecke. Das Warmdach ist als Bitumendämmdach mit Innenentwässerung ausgebildet.

Die Betonelemente haben keine vorgefertigten Putzflächen, Innen- und Außenwandflächen sind daher nachträglich verputzt.

Die Treppenhäuser haben Rahmenelemente mit längsgespannten, vorgefertigten Treppenelementen, auf denen die Podeste

und Trittstufen liegen. Die Flächen zwischen den Rahmenstielen sind mit Betonfenstern versehen.

Gestalterische Gesichtspunkte

Die gestalterische Aussage entspricht der industriell gefertigten Wandbauweise unter Berücksichtigung der funktionellen und konstruktiven Gesichtspunkte.

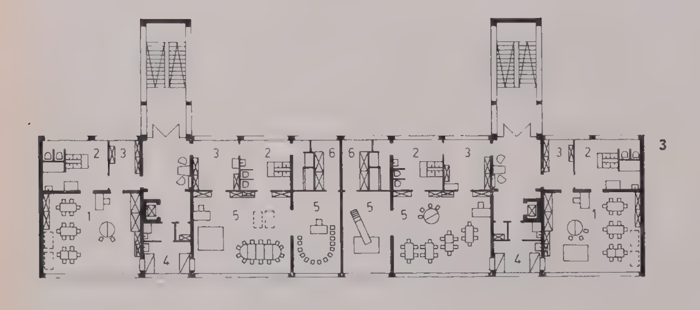
Die konstruktiv notwendigen Schottenwände ergeben die im Fugenschnitt gegliederten Giebelansichten.

Die nach Süden liegenden Gruppenräume im Erdgeschoß sind durch großflächige Glaswände über die ganze Raumlänge zur Terrasse geöffnet. Markisen bieten ausreichend Schutz gegen zu starke Sonneneinstrahlung. Die Gruppenräume im Obergeschoß haben innere Sonnenschutzrollos. Die Fenster der Wirtschaftsräume im Erdgeschoß und die Sanitärräume im Obergeschoß sind durch höhere Brüstungen gegen Einsicht von der Straße her geschützt. Die natürliche Lüftung der Gruppenräume ist ausreichend.

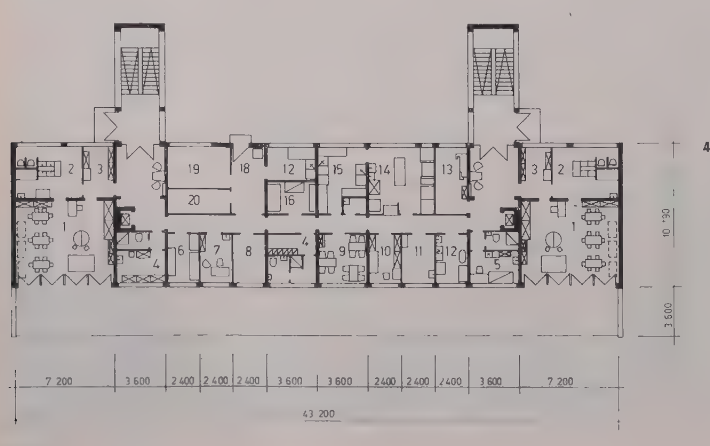
Als Einzelobjekt ermöglichte der Kindergarten in bezug auf Himmelsrichtung und Zuordnung der Freiflächen eine günstige städtebauliche Einordnung in die vorhandene Bebauung.

Die dem Kindergarten zugeordnete Freifläche ist mit gedeckten Gruppensitzgelegenheiten, Planschbecken, Sandkästen, Schaukeln, Kletterpyramiden und gärtnerischen Anlagen versehen.

2



3



4



5

2 Treppenhaus

3 Obergeschoß 1 : 500

1 Spielen und Schlafen
2 Bad und WC
3 Garderobe
4 Isolierzimmer
5 Gruppenraum
6 Liegenraum

4 Erdgeschoß 1 : 500

1 Spielen und Schlafen
2 Bad und WC
3 Garderobe
4 Wasch- und Umkleideraum (Personal)
5 Instrumente
6 Konserven und Naßgemüse
7 Leiterin
8 Leergut
9 Aufenthaltsraum
10 Wäsche
11 Schmutzwäsche
12 Windelspüle
13 Boilerraum
14 Warme Küche
15 Weiß- und Schwarzspüle
16 Vorräte
17 Kartoffel- und Gemüseputzraum
18 Warenannahme
19 Kartoffel- und Gemüselager
20 Elektroanschlußraum

5 Querschnitt 1 : 500

6

7



6 Hauptansicht

7 Blick in einen Gruppenraum

Kennzahlen:

Kapazität:	122 Kindergartenplätze
Bebaute Fläche:	506 m^2
Umbauter Raum:	4079 m^3
Umbauter Raum/ Platz:	33,44 m^3
Baukosten:	748 050 Mark einschließlich Erstausstattung und Außenanlagen
Baukosten/ Platz:	6132 Mark
Baukosten/m^3 umbauter Raum:	183,50 Mark
Bauzeit:	11 Monate
Hauptauftragnehmer Bau:	VE Wohnungsbaukombinat Erfurt, Betriebsteil Sömmerda



1

2

Wohnhochhäuser Frankfurt (Oder)

Bauingenieur Hans Tulke
VEB Hochbauprojektierung Frankfurt (Oder)

Projektierung: VEB Hochbauprojektierung Frankfurt (Oder), Produktionsabteilung 3

Entwurf und Projektverantwortlicher: Bauingenieur Hans Tulke

Mitarbeiter: Bauingenieur Ernst Kussatz
Bauingenieur Dieter Fuchs
Bauingenieur Rita Sperlich
Sanitätsingenieur Georg Hertel
Heizungsingenieur Rudolf Niemetz



Funktionelle Gesichtspunkte

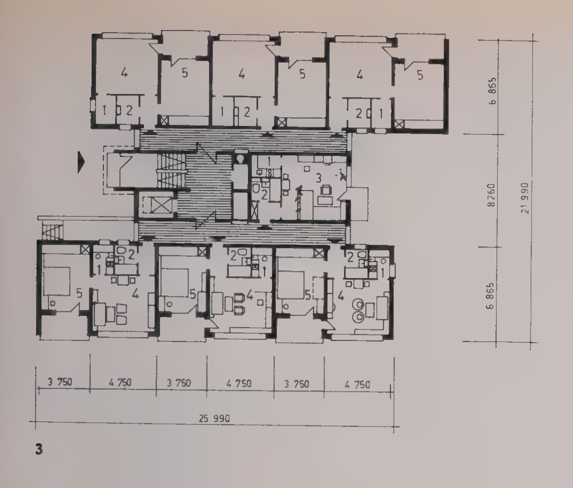
Das Programm für den Bau der Wohnhochhäuser sah vor, Zweiraumwohnungen zu schaffen, die besondere Wohnanforderungen erfüllen und damit den Wohnraumbedarf für zeitweilig Beschäftigte des Halbleiterwerkes und des Kleisttheaters abdecken. Aus diesem Grunde wurden die Flächen für Küchen, Bäder und Abstellräume sehr gering bemessen und dafür die Wohn- und Schlafräume größer gehalten.

Das Charakteristische der Grundrißlösung ist die Aufteilung in zwei symmetrische und gegeneinander verschobene Wohnteile. Das Verbindungsglied zwischen diesen beiden Wohnteilen nimmt den Verkehrskern und je Geschoß eine zusätzlich angeordnete großzügige Einraumwohnung für zwei Personen auf. Diese Anordnung bietet eine günstige Erschließung der einzelnen Wohnungen innerhalb des Gebäudes und mindert die Lärmbelästigung von Aufzug und Treppenhaus auf ein Minimum.

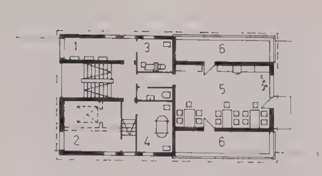
Die beiden Längsflure garantieren eine einwandfreie Querlüftung der Wohnungen und eine ausreichende Belichtung durch Tageslicht für den gesamten Verkehrskern. Im Normalfall ist ein Kellergeschoß angeordnet, das alle Räume für die technische Gebäudeausrüstung, die Waschküche mit Trockenraum, Fahrradkeller und die Mieterkeller aufnimmt. Im Dachgeschoß befindet sich neben den Maschinenräumen ein Hausgemeinschaftsraum mit seitlichen Terrassen (Freisitz). Diese Anordnung wirkt sich besonders bei den Hochhäusern im Wohnkomplex Weinbergweg günstig aus, da von den Terrassen aus die gesamte Stadt zu überblicken ist.

Bauausführung

Da für den Wohnungsbau in Frankfurt (Oder) erst ab 1969 Plattenwerke zur Verfügung stehen, mußte eine Mischbauweise angewandt werden. Alle Wände sind in Mauerwerk ausgeführt, Decken, Stürze, Treppen und Dachkonstruktionen bestehen aus getypten Bauelementen. Beim Innenausbau sind weitgehend standardisierte Bauelemente, wie Fußböden, Türen und Fenster (außer Wohnraumfenster), Gelän-



3



4

1 Südansicht

2 Westansicht

3 Erdgeschoß 1 : 500

1 Kochnische
2 Bad
3 Wohn-Schlaf-Zimmer
4 Wohnzimmer
5 Schlafzimmer

4 Dachgeschoß 1 : 500

1 Antennen, Abstellraum
2 Maschinenraum
3 Müllschlucker
4 Boiler, Entlüfter
5 Hausgemeinschaftsraum
6 Terrasse

der, Balkonbrüstungen, verwendet worden. Der Innenausbau der Kleinküchen und der gesamte Hauseingangsbereich sind individuell gelöst.

Städtebauliche Einordnung

Die städtebauliche Einordnung der Gebäude in beiden Wohnkomplexen weist unterschiedliche Merkmale auf. Während im Komplex Weinbergweg die Hochhäuser eine dominierende Rolle für die Silhouettenbildung spielen, markiert und betont die Konzentration der drei Gebäude im Komplex Südring das Wohngebietszentrum. Die starke Plastizität, die sich aus dem Grundriß ergibt und durch die Anordnung von Loggien und Balkonen erhöht wird, ist charakteristisch für die Gebäude als Wohnhäuser und kontrastiert zu der umliegenden vier- und fünfgeschossigen Wohnbebauung.

Grundlagen in Form von Angebots-, Typen- oder Wiederverwendungsprojekte lagen nicht vor, so daß eine individuelle Projektierung erfolgte.

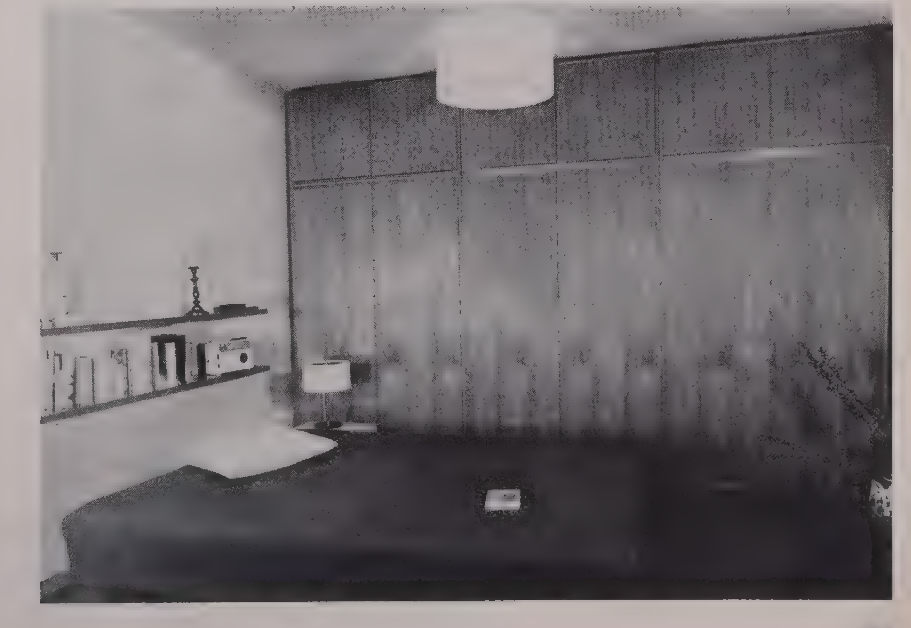


5

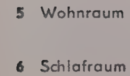
Kennzahlen für ein Wohnhochhaus

Kapazität:	60 Zweiraumwohnungen (43,09 m²) 10 Einraumwohnungen (31,87 m²)
Umbauter Raum:	15 427 m³
Baukosten:	1 529 700 Mark
Baukosten/Wohnung:	21 853 Mark
Baukosten/m³ umbauter Raum:	99,50 Mark
Bauzeit Komplex Weinbergweg:	15 Monate
Bauzeit Komplex Südring:	13 Monate
Hauptauftragnehmer Bau:	VE Wohnungsbaukombinat Frankfurt (Oder), Betriebsteil Süd

6



5 Wohnraum



6 Schlafraum

Neue Städte in Großbritannien

René Elvin, Watford



1 Lage der neuen Städte in Großbritannien

Die neuen Städte, die nach dem Kriege in Großbritannien erbaut wurden, verkörpern eine Konzeption, die sich von der der Trabantenstädte, die im gleichen Zeitraum in vielen Ländern entstanden sind, unterscheidet. Während es sich bei den Trabantenstädten in erster Linie um „Schlafstädte" handelt, die dem Wohnraummangel in den großen Städten, dem auf Grund der wachsenden Industrie und des sich daraus ergebenden Bevölkerungszustromes nicht mehr beizukommen ist, abhelfen sollen, stellen die neuen Städte in Großbritannien den Versuch dar, dieses Problem auf die Weise zu lösen, daß in den neuen Städten Arbeiten und Wohnen vereint sind.

Die neuen Städte sind so gelegen und so angelegt, daß sie günstige Voraussetzungen für die Ausdehnung der Industrie und das Leben der dort Beschäftigten bieten. Die dieser Konzeption zugrunde liegende Absicht besteht darin, die allmähliche Verlagerung von Industrie und Bevölkerung aus übervölkerten Städten in neue Gebiete zu fördern, die von vornherein so geplant sind, daß sie als völlig selbständige Städte mit angemessenen Dienstleistungseinrichtungen funktionieren können.

Es handelt sich hierbei um die Umkehrung der seit der industriellen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts beobachteten Tendenz mit ihrem Übergang von den Heimindustrien zur Konzentration in den Fabriken und Werken, die sich in erster Linie in den Städten befanden. Als der Arbeitskräftebedarf der sich entwickelnden Industrie immer mehr Menschen veranlaßte, vom Lande in die Städte abzuwandern, verwandelte sich die zuvor in erster Linie ländliche Bevölkerung in wachsendem Maße in eine Stadtbevölkerung:

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts lebten noch 78 Prozent der Bevölkerung auf dem Lande, um 1900 bereits über 80 Prozent in den größeren Städten, und gewaltige Zusammenballungen von Städten wurden zur vorherrschenden Art des britischen Gemeinwesens. Eine durch bessere Transportmöglichkeiten begünstigte Tendenz des 20. Jahrhunderts war die Ansiedlung von immer mehr Fabriken in den weniger übervölkerten Stadtrandgebieten und der zunehmende Bau von Wohnhäusern in den Vorstädten. Die Anzahl der Einwohner in den Stadtzentren hat eine sinkende Tendenz gezeigt, und viele Arbeiter, insbesondere solche, die in den rasch anwachsenden Dienstleistungsindustrien beschäftigt sind, sowie Büroangestellte sind jetzt „Zeitkarteninhaber", die täglich beträchtliche Entfernungen zu ihren im Zentrum gelegenen Arbeitsplätzen zurücklegen müssen.

Das ist in den Außenbezirken der Gruppen zusammengewachsener Städte in Merseyside und in den West Midlands der Fall, wo diese Entwicklung besonders sichtbar ist, vor allem aber im Gebiet um London, in dem ein breiter, fast ununterbrochener Siedlungsgürtel die Hauptstadt umgibt und in dem sich an jeder größeren, von London kommenden Eisenbahnstrecke oder Hauptverkehrsstraße ausgedehnte Siedlungen entlangziehen. Diese Erscheinung, die mit Zeitverschwendung und unökonomischem Einsatz der Transportmittel – Überfüllung in den morgendlichen und abendlichen Spitzenzeiten, unzulängliche Auslastung während der übrigen Tageszeiten – einher-

Der Autor dieses Beitrages besuchte mehrmals die DDR. In der Zeitschrift „Industrial Architecture" (4/68) gab er u. a. diese Eindrücke wider:
„Erstaunlicherweise wurde die DDR durch ein wirtschaftliches Wunder, das nicht weniger bemerkenswert ist als das von Westdeutschland, zum 5. Land in Europa und zum 9. in der Welt in der industriellen Produktion, das eine Wachstumsrate verzeichnet, um die wir sie nur beneiden können ... Wie kam es zu diesem neuen Wirtschaftswunder? Die Antwort, die ebenso augenscheinlich wie einfach ist, kann in sehr wenigen Worten zusammengefaßt werden: Angestrengte Arbeit, hohe Disziplin und gute Leitung ... Die Arbeitsproduktivität stieg schneller als der Lohn – eine unerläßliche Bedingung für den Fortschritt, durch dessen Fehlen England seit 20 Jahren von Krise zu Krise taumelt ...
Nach den vollbrachten Leistungen zu urteilen, muß die Planung erstklassig sein ...
Ich hatte Gelegenheit, eine Reihe verantwortlicher Architekten in der DDR kennenzulernen. Sie sind nicht nur außerordentlich einflußreich in ihrem Beruf, sondern auch bemerkenswert gut informiert über Fragen der Gestaltung und den technischen Fortschritt im Westen so gut wie im Osten. Sie sind darüber hinaus begeistert und unermüdlich in ihrer Arbeit."

geht', bildete einen der Hauptgründe für die Herausgabe der Gesetze über die Städte- und Landplanung und der Gesetze über den Bau neuer Städte. Diese Gesetzgebung ermächtigt den Minister für Wohnungsbau und lokale Selbstverwaltung und den Minister für Schottische Angelegenheiten, den Minister für Walisische Angelegenheiten sowie den Minister für die Entwicklung Nordirlands, nach Rücksprache mit den zuständigen örtlichen Behörden jede Fläche an Grund und Boden als Gelände für eine vorgeschlagene neue Stadt zu bestimmen und eine aus höchstens neun Mitgliedern bestehende Entwicklungsgesellschaft zu ernennen, die dafür die Verantwortung übernehmen soll. Sobald der Bau einer Stadt im wesentlichen abgeschlossen ist, wird die Entwicklungsgesellschaft aufgelöst, und ihre Aktiva und Passiva werden der vom Minister für Wohnungsbau und lokale Selbstverwaltung eingesetzten Kommission für die neuen Städte übergeben.

Vierundzwanzig neue Städte

Seit 1946 ist in Großbritannien der Bau von 24 neuen Städten, deren Kern in den meisten Fällen bereits bestehende Dörfer oder Ortschaften bildeten, vorgesehen worden. Einige sind gerade erst in Angriff genommen worden, andere nähern sich bereits ihrer Fertigstellung. Crawley, Hatfield, Hemel Hempstead, Stevenage und Welwyn haben den in den Bebauungsplänen vorgesehenen Entwicklungsstand erreicht.

Die neuen Städte in England und Wales sind Basildon und Harlow in Essex; Hemel Hempstead, Stevenage, Hatfield und Welwyn in Hertfordshire; Crawley in Sussex; Bracknell in Berkshire; Milton Keynes in Buckinghamshire; Corby in Northhamptonshire; Newton Aycliffe, Peterlee and Washington in Durham; Skelmersdale in Lancashire; Dawley in Shropshire; Runcorn in Cheshire; Redditch in Worcestershire und Cwmbran in Monmouthshire.

Bei den neuen schottischen Städten handelt es sich um Cumbernauld in Dunbartonshire, East Kilbride in Lanarkshire, Glenrothes in Fife, Irvine in Ayrshire und Livingston an der Grenze zwischen Midlothian und West Lothian.

Zwanzig dieser Städte sind „Dezentralisierungs"-Städte. Die in Entfernungen von 20 Meilen (rund 32 km) bis 80 Meilen (rund 130 km) in einem Ring um London angelegten zehn Städte sollen die Wohnraumsituation der Hauptstadt erleichtern. Dawley und Redditch, in der Nähe Birminghams, üben eine ähnliche Funktion für das übervölkerte Mittelengland aus; desgleichen Skelmersdale und Runcorn für Liverpool und Merseyside; Washington für Tyneside und die neuen schottischen Städte für Glasgow. Die restlichen vier, nämlich Corby, Newton Aycliffe, Peterlee und Cwmbran, bieten den in den bereits vorhandenen industriellen Zentren der einzelnen Gebiete beschäftigten Arbeitern Wohnungen.

Unter weiteren neuen Städten, durch deren geplanten Bau in erster Linie der Wohnraummangel in Großstädten behoben werden soll, befinden sich Erweiterungen von Ipswich und Northampton (für London); Warrington (für Manchester); großangelegte Vorhaben im Preston-Leyland-Chorley-Gebiet von Lancashire (für Liverpool) sowie in weiteren Gebieten um Wellington-Oakengates in der Nähe von Dawley (für Birmingham).

Zu weiteren Standorten, für die gegenwärtig Projekte in Erwägung gezogen werden, gehören der Bezirk Southampton-Portsmouth in Hampshire sowie der Bezirk um Ashford in Kent, die Gebiete der Flüsse Humber und Severn und der Bezirk Dundee in Schottland.

Außerdem ist beabsichtigt, Newton in Mittel-Wales auszudehnen, um dort das wirtschaftliche Wachstum zu fördern. In Nordirland, in der Nähe von Belfast, wird eine neue Stadt namens Craigavon gebaut. Antrim und weitere bereits bestehende Städte sollen zu neuen Städten ausgebaut werden.

Die Entwicklungsgesellschaften

Die Entwicklungsgesellschaften der neuen Städte sind staatlich eingesetzte Organe. Ihre Mitglieder kommen aus allen Berufen und wurden im Hinblick auf die besonderen Beiträge, die sie leisten können, beispielsweise gründliche Kenntnis der Örtlichkeit, benannt. Oftmals gehören dazu Mitglieder der örtlichen Behörden. Jede dieser Gesellschaften ernennt ihre eigenen Mitarbeiter, zu denen im allgemeinen Architekten, Ingenieure und Finanzbeamte gehören.

Die Entwicklungsgesellschaft ist für den Bebauungsplan der neuen Stadt verantwortlich, der in Absprache mit dem zuständigen Ministerium und den örtlichen Behörden in dem jeweiligen Gebiet aufgestellt wird. Die Bewohner erhalten die Möglichkeit, ihre Ansichten zu äußern, und es wird, wenn nötig, eine öffentliche Umfrage durchgeführt. Findet der Plan Zustimmung, arbeitet die Entwicklungsgesellschaft auf der Grundlage des Bebauungsplanes detaillierte Vorschläge für die einzelnen Stadtteile aus und unterbreitet sie dem zuständigen Minister zur Genehmigung, die, wenn sie nach Rücksprache mit den örtlichen Planungsbehörden erteilt ist, die Genehmigung des Stadtbebauungsplanes darstellt.

Die Entwicklungsgesellschaft ist befugt, auf Grund einer Übereinkunft oder eines Zwangskaufes jeden für ihre Zwecke benötigten Grund und Boden oder jedes für ihre Zwecke benötigte Eigentum zu erwerben; sie kann auch Häuser, Büroräume, Fabriken und andere wichtige Gebäude, durch diese Bodenparzellen führende Straßen, und, unter bestimmten Umständen, die für die Entwicklung der Stadt unentbehrlichen Hauptdienstleistungen zur Verfügung stellen.

Entwicklung

Ende 1966 wohnten in den neuen Städten insgesamt annähernd 770 000 Personen (Großbritannien zählt gegenwärtig rund 53 Mill. Einwohner – red.). Rund 160 000 neue Wohnhäuser, etwa 825 Fabriken, fast 500 Bürohäuser und Verwaltungsgebäude, mehr als 2800 neue Geschäfte und rund 320 neue Schulen sind gebaut worden. Es gibt viele speziell geplante Gesundheitszentren und Jugendklubs; Spielplätze und Parks sind über das ganze Gebiet der einzelnen Städte verstreut. Umfangreiche Arbeiten dienten dem Straßenbau, der Wasserversorgung, der Kanalisation sowie der zusätzlichen Gas- und Stromversorgung, um mit dem Haushalts- und Industriebedarf Schritt zu halten, und in wachsender Anzahl wurden Polizeiwachen, Feuerwehrwachen und Bushaltestellen sowie Post- und Telefondienste eingerichtet. Viele der Städte sind nach dem Prinzip der „Nachbarschaftseinheit" organisiert, wobei jedes Wohngebiet mit etwa 4000 bis 5000 Einwohnern über eine Grundschule und Geschäfte verfügt.

Die Stadtzentren, in denen es oftmals für den Fahrzeugverkehr gesperrte und nur dem Fußgänger vorbehaltene Bereiche gibt, wurden als Mittelpunkt, um den herum das Leben der Gemeinde pulsiert, und als Magnet für das umliegende Gebiet angelegt. In diesen Stadtzentren finden sich die wichtigsten öffentlichen Gebäude: das Rathaus, das Hauptpostamt, die zentrale öffentliche Bibliothek und das Gesundheitszentrum, Gerichte, das Polizeipräsidium und die Volkshochschule. Dazu kommen Geschäfte, Tanzgaststätten, Hotels, Sportstadien und andere Einrichtungen, sobald die Bevölkerung so stark angewachsen ist, daß deren Bau gerechtfertigt ist.

In vielen dieser Städte bietet das industrielle Gefüge eine beachtliche Berufsauswahl. Dort, wo ein Industriezweig dazu neigt, zu dominieren (beispielsweise der Flugzeugbau in Hatfield), werden Anstrengungen unternommen, um dieser Tendenz zu begegnen.

Die Entwicklungsgesellschaften versuchen, mehr Büroarbeitsplätze zu schaffen, die für junge Menschen der zweiten Generation interessant sind.

Die meisten der von den Entwicklungsgesellschaften gebauten Wohnungen werden vermietet, doch wird der Bau von käuflich zu erwerbenden Wohnungen gefördert. Angestrebt wird, mehr Möglichkeiten zu schaffen, damit ältere Verwandte der bereits in den neuen Städten lebenden Familien in deren Nähe wohnen können. Zu den Merkmalen einiger neuer Städte gehören für ältere Menschen bestimmte Viertel mit kleinen, aber komfortablen Häusern, die sich bereits ihrer Vollendung nähern, zum Beispiel in Hemel Hempstead.

Finanzen

Die größten der in den neuen Städten von den Entwicklungsgesellschaften und der Kommission ausgeführten Projekte werden aus einem Fonds finanziert, über den das Parlament abstimmt. Während in dem New Towns Act (1946) 50 Millionen Pfund vorgesehen waren, wurde dieser Fonds inzwischen stufenweise erhöht, und das Gesetz aus dem Jahre 1966 sieht nicht weniger als 800 Millionen Pfund vor. Die Kredite hatten Ende 1966 eine Höhe von fast 510 Millionen Pfund erreicht. Kreditbeträge sind binnen 60 Jahren aus den sich im Zusammenhang mit dem Eigentum ergebenden Einnahmen zurückzuzahlen. In jedem Jahr wird dem Parlament ein Finanzbericht vorgelegt.

Ein Defizit ist so lange unvermeidlich, bis sich Entwicklungen auswirken, die Gewinne abwerfen. Trotzdem haben die meisten früher gegründeten Gesellschaften jetzt einen Überschuß zu verzeichnen. Im allgemeinen kann man die neuen Städte als eine sehr erfolgreiche Form der Anlage staatlicher Mittel betrachten.

Im folgenden werden einige typische neue Städte vorgestellt.

Hemel Hempstead

Hemel Hempstead liegt 25 Meilen (40 km) nordwestlich von London. Obwohl aus den neuesten Bebauungsplänen hervorgeht, daß sie noch nicht vollendet ist, kann man, wie auch in anderen neuen Städten, an Hand des erreichten Stadiums bereits gut erkennen, wie sie aussehen wird, wenn die Einwohnerzahl durch natürliches Wachstum erwartungsgemäß auf etwa 80 000 gestiegen ist. Die gegenwärtige Anzahl von etwa 67 000 Einwohnern ist bereits mehr als dreimal so groß wie die Anzahl der Menschen, die vor zwanzig Jahren in der Stadt lebten. Ihre Aktiva und Passiva wurden schon am 1. April 1962 von der Kommission für die Neuen Städte übernommen, was, wie erwähnt, immer dann geschieht, wenn der Ort ein bestimmtes Entwicklungsniveau erreicht hat.

Das alte Hemel Hempstead war, als es zum Standort einer der neuen Städte bestimmt wurde, eine verhältnismäßig große Stadt mit einer bebauten Fläche von 2000 Acres ($8\ km^2$) im Vergleich zu den 6000 Acres ($24\ km^2$) der neuen Stadt und hat eine sehr alte Geschichte. Ein noch vorhandener Wall läßt darauf schließen, daß dieses Gelände bereits um 1700 vor unserer Zeitrechnung besiedelt war. Die St. Mary's Church (Marienkirche) wurde im Jahre 1139 an der Stelle erbaut, an der vorher ein noch älterer römischer Tempel gestanden hatte. Dem Ort wurde Anfang des 16. Jahrhunderts von König Heinrich VIII. das Privileg zum Abhalten von Märkten und Messen verliehen. Bis zum 19. Jahrhundert war Hemel Hempstead ein hübsches kleines Dorf, doch führte das spätere Wachstum zu einer wahllosen Ansammlung von Häusern, Läden und Fabrikgebäuden. Immerhin waren in der Hauptstraße einige ansehnliche Gebäude aus dem 17., 18. und 19. Jahrhundert erhalten geblieben, die auch im Bebauungsplan entsprechend berücksichtigt wurden.

2 Aus der Luft gesehen: Das Stadtzentrum im planmäßig zersiedelten Gelände

Der Plan stammt von Chefarchitekt Herbert K. Ablett. Er sieht ein großes Stadtzentrum vor, das von sieben „Nachbarschaftseinheiten" mit jeweils 4000 bis 12 000 Einwohnern, einer Gemeinschaftshalle, Läden, Kirchen, Schulen und anderen Einrichtungen umgeben ist. Ende 1966 wurde mit dem Bau einer achten und letzten „Nachbarschaftseinheit" begonnen, deren erster Teil mit etwa 600 Wohnungen 1970 fertiggestellt sein soll. Diese Art der Entwicklung ergab sich aus den topographischen Verhältnissen; steil ansteigende Höhen trennten die Nachbarschaftseinheiten voneinander und vom Zentrum. Das hügelige Gelände macht außerdem das Erreichen einer Nachbarschaftseinheit von der anderen aus mit dem Fahrrad oder zu Fuß beschwerlich. In Anbetracht dieser Tatsache mußten für jedes Haus Garagen oder Autoschuppen vorgesehen werden. Die Nachbarschaftseinheiten unterscheiden sich in Anlage und architektonischer Gestaltung voneinander und besitzen eigene Einkaufszentren und gesellschaftliche Zentren. Adeyfield, die größte Nachbarschaftseinheit, hat in ihrem Geschäftszentrum etwa 30 Läden und ein Restaurant, und zu ihrem gesellschaftlichen Zentrum gehören eine Bibliothek, eine Klinik, eine Kirche, ein Postamt und ein Jugendklub. Die Anlage von Highfield, einer anderen Nachbarschaftseinheit, stellt ein Experiment dar. Hier ist der Fahrzeugverkehr vom Fußgängerverkehr teilweise getrennt. Dieser Entwurf fand eine lobende Anerkennung in dem Wettbewerb des Ministeriums für „Gute Entwürfe im Wohnungsbau". Ein weiterer Bezirk, Leverstock Green, war immer eine kleine, von der Stadt deutlich getrennte dörfliche Siedlung. Dieser Charakter ist sorgfältig gewahrt worden. Der an den Dorfanger grenzende Grund und Boden wurde an einen Privatmann verkauft, der dieses Gebiet erschließen und dort Wohnhäuser bauen lassen will, die dann verkauft werden sollen. Die Kommission hat in diesem Bezirk etwa



3 Als „wichtige öffentliche Gebäude" wurden vier konkurrierende Banken an exponierter Stelle im Stadtzentrum architektonisch vereint



4 Skizze der Flächennutzung

Stadtzentrum

Wohngebiet

Industrie

Nachbarschaftszentrum

5 Der „Wassergarten" — ein Anziehungspunkt am Zentrum

6 Das Nachbarschaftszentrum Gadebridge, als Stimulus für Kontakte unter den sehr isoliert lebenden Bewohnern der neuen Stadt gedacht





600 Wohnungen gebaut, wobei sich durch die Errichtung einer ortseigenen Fernsehantenne die Silhouette wohltuend von dem andernorts anzutreffenden, recht unschönen Antennenwäldern unterscheidet.

Das Hauptzentrum der Stadt entspricht den regionalen und örtlichen Erfordernissen. Es besteht aus einer Straße mit Geschäften auf beiden Seiten. Besondere Straßen ermöglichen den Zugang zu den hinter den Geschäften gelegenen Höfen. Besonders attraktiv wirkt der Wasserpark, in den die Landschaftsgestalter auf geschickte Weise den Gade-Fluß einbezogen haben. Diese Anlage wurde vom Amt für Stadtplanung preisgekrönt.

Auf beiden Seiten der Hauptstraße, die den Namen „Marlowes" trägt, sind große Geschäfte und Warenhäuser gebaut worden, die in Höhe des ersten Geschosses durch Fußgängerbrücken miteinander verbunden sind. Ein von einem vierzehngeschossigen Turm beherrschtes Bürohaus erhebt sich jetzt dort über der Hauptstraße, wo sich vorher die Überführung einer Nebenbahn befand. Direkt daneben erhebt sich ein rundes Parkhaus. Hemel Hempstead ist als Einkaufszentrum eines großen Gebietes vor allem deshalb so beliebt, weil es viele Möglichkeiten für kostenloses Parken bietet. Jetzt können bereits 1800 Wagen untergebracht werden, davon 650 in drei mehrgeschossigen Parkhäusern.

Interessant in diesem Zentrum ist auch der den Fußgängern vorbehaltene, von zwei kleinen Läden flankierte Hof, über den man zu einer Reihe von Bänken mit Ausblick auf den Wasserpark gelangt. In der Nähe liegt der Bereich der städtischen Behörden mit dem Rathaus, einem Pavillon, in dem meistens Konzerte, Tanz- und andere Unterhaltungsveranstaltungen stattfinden, der Volkshochschule, einer öffentlichen Bibliothek, einem modernen Gesundheitszentrum, einem Polizeiamt und einem Amtsgericht.

Mit bemerkenswertem Erfolg wurden Büros in Hemel Hempstead konzentriert. Über 75 Prozent der 375 000 Quadratfuß (34 840 m^2) einnehmenden Büroräume im Stadtzentrum werden von Londoner Firmen genutzt. In diesen Büros sind etwa 1800 Menschen tätig. Noch bemerkenswerter ist das Anwachsen der Industrie: 1947 waren 6200 Menschen in der Fertigungsindustrie beschäftigt; 1968 betrug ihre Anzahl das Dreifache. Auf dem 171 Acres (69 ha) großen Industriegelände nordöstlich der Stadt wurden über 60 Fabriken gebaut, und zwar über 50 von der Entwicklungsgesellschaft und der Rest von den Firmen selbst. Die Größe der Fabrikanlagen ist unterschiedlich (2000 bis 300 000 Quadratfuß = 180 bis 28 000 m^2). In erster Linie handelt es sich um Betriebe der Leichtindustrie, die eine Vielzahl von Waren herstellen, darunter Ausrüstungen für wissenschaftliche Einrichtungen, Flugzeugteile, photographische und elektronische Geräte.

Besondere Aufmerksamkeit wurde der Landschaftsgestaltung gewidmet, und zwar sowohl bei der Ausarbeitung der Pläne für die Umgebung von neuen Stadtteilen als auch bei der Erhaltung vorhandener Bäume. Viele Tausende von Bäumen, Hekken- und Einzelsträuchern wurden gepflanzt sowie über 200 Acres (80 ha) Rasen angelegt. Während die Anpflanzungen erst in einigen Jahren voll zur Wirkung kommen werden, sind die Sträucher und die jungen Bäume schon so hoch, daß sie die strenge Silhouette der Backstein- und Betonbauten auflockern. Neue Experimente bei der Vorbereitung und Anpflanzung ausgewachsener Bäume brachten gute Ergebnisse. Für Spiel- und Sportplätze ist ebenfalls viel Freifläche vorgesehen; auf 1000 Einwohner kommen 10 Acres (4 ha) freie Plätze. Interessante Projekte sind jetzt das Ausfüllen des Tales zwischen den Nachbarschaftseinheiten Warners End und Gadebridge und die Anlage weiterer Spielplätze auf dem neugewonnenen Gelände.

Bisher wurden für Hemel Hempstead etwa 80 Millionen Pfund ausgegeben.



7 Weit außerhalb von London, auf weniger teuerem Bauland errichtet, aber doch im Wettbewerb mit der größeren Anziehungskraft der Mutterstadt: das Zentrum von Harlow

Harlow

Von allen neuen Städten in Großbritannien besaß nur Harlow keinen alten Stadtkern, obwohl es 3 Meilen (rund 5 km) östlich der Stadt ein Dorf gleichen Namens gibt. Das in diesem Fall vorgesehene, 6320 Acres (26 km^2) große Gebiet liegt 22 Meilen (35 km) nordöstlich von London und trägt einen besonders schönen landschaftlichen Charakter.

Der Bebauungsplan wurde von Frederick Gibberd, FRIBA, MTPI, ausgearbeitet, demselben Architekten, der die Gebäude des Londoner Flughafens Heathrow entworfen hat. Der Plan berücksichtigt die Gegebenheiten des Geländes. Die Landschaft blieb erhalten, und die für eine Stadt mit 80 000 Einwohnern (diese Anzahl wurde kürzlich auf 90 000 erhöht) erforderlichen Gebäude wurden in sie eingefügt. Die Form der Stadt paßt sich der Landschaft an, das sind die vorhandenen Wälder, Wege, Bäche, Hecken und Bäume.

Entsprechend dem Plan entstand etwa eine halbe Meile (800 m) von dem bereits vorhandenen Bahnhof, für den ein Umbau mit Erweiterung vorgesehen ist, und etwa anderthalb Meilen (2,5 km) von den für die beiden größten Industrieanlagen bestimmten Standorten entfernt das Stadtzentrum. Es besteht aus einem den Fußgängern vorbehaltenen Einkaufszentrum mit über 160 großen Läden (insgesamt sind etwa 200 vorgesehen), darunter zwei Warenhäuser.

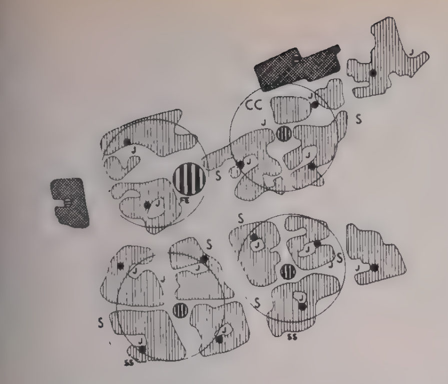
Hinzu kommen noch die Geschäfte in den Zentren der einzelnen Nachbarschaftseinheiten. Es gibt sechs Parkplätze für insgesamt 2000 Wagen. Vorgesehen ist eine Parkkapazität für insgesamt 5000 Wagen, die durch den Bau von mehrgeschossigen Parkhäusern erreicht werden soll.

Um das Stadtzentrum sind vier Wohnbezirke mit Schulen, Einkaufszentren, öffentlichen und kulturellen Einrichtungen, Sportanlagen und so weiter angelegt. Die Wohnbezirke sind durch breite Grünstreifen voneinander getrennt. Durch diese Grünstreifen führen die größeren Straßen in Richtung Stadtzentrum und zu den Industriegebieten. Nördlich der Stadt wurde ein Waldtal mit steilen Hängen zum Stadtpark umgestaltet, und ein anderes Tal im Nordwesten dient jetzt als Golfplatz.

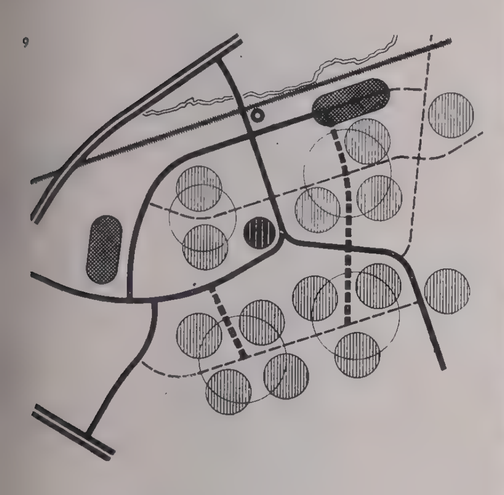
Im Wohngebiet befinden sich viele unterschiedliche Typen von Wohnhäusern, vor allem zweigeschossige Häuser mit zwei oder drei Schlafzimmern und einem kleinen privaten Gartengrundstück an der Rückseite, aber auch drei- bis fünfzehngeschossige Wohnblocks.

Die meisten Wohnhäuser – etwa 17 000 – sind vermietet (2 bis 7 Pfund wöchentlich), daneben gibt es etwa 1000 neue und weitere 1000 ältere Häuser in Privatbesitz. Im April 1968 betrug die Gesamtbevölkerung etwa 75 000 Einwohner, von denen die meisten – 80 Prozent der arbeitenden Bevölkerung – in der Stadt selbst arbeiten; 91 Prozent aller Männer im arbeitsfähigen Alter sind beschäftigt, fast alle von ihnen ganztägig. Da in Harlow vorwiegend junge Menschen leben – wie in den meisten neuen Städten überhaupt –, erwies es sich als notwendig, eine große Anzahl Schulen zu bauen: Es gibt jetzt 30 Grund- und 8 Oberschulen sowie eine Technische Hochschule, die einmal 7000 Studenten aufnehmen wird. Einige der Schulen zählen zu den schönsten Gebäuden in der Gemeinde.

Harlow hat eine Reihe neuer Gemeinschaftseinrichtungen, insbesondere ein Sportzentrum, das Ergebnis gemeinsamer Anstrengungen von örtlichen Behörden, Einwohnern, Betrieben und Sportlern ist. Es wird an allen sieben Tagen der Woche voll ausgenutzt und war bereits Schau-



Wohngebiet
Industriegebiet
Stadtzentrum
Nachbarschaftszentren
Kleine Nachbarschaftszentren
Industriegebiet
CC Hochschule
FE Volkshochschule
S Oberschulen
J Volksschulen



Autobahnen
Hauptstraßen
größere Verkehrswege
kleinere Verkehrswege
Industrie
Stadtzentrum
Wohngebiete
Eisenbahnstation

8 Verteilung der Funktionen

9 Schema der Erschließung



10 Mehrgeschossige Wohnbauten und Reihenhäuser
Bessere Wohnungen und Arbeitsmöglichkeiten sollen gutsituierte Bevölkerungsschichten aus London anlocken, um das nicht bewältigte Wachsen der Hauptstadt einzudämmen

11 Teppichsiedlung in Clarkhill: Der Versuch, einen Kompromiß zwischen der Vorstellung „My home is my castle" und der Baulandknappheit zu finden

12 Gebäude der Technischen Hochschule



platz zahlreicher nationaler und internationaler Veranstaltungen. 1961 wurde ein städtisches Schwimmbad eröffnet. Ein Theater wird gebaut werden, sobald die von der Regierung auferlegten Beschränkungen gelockert sind. 1963 wurde der Bau einer neuen Zentralbibliothek mit 30 000 Büchern und ansprechenden Ausstellungs- und Studienmöglichkeiten abgeschlossen. Die Harlower Entwicklungsgesellschaft wurde von der Regierung ersucht, einen Plan für den Fall eines eventuellen Anwachsens der Einwohneranzahl auf 130 000 (endgültige Grenze) auszuarbeiten, aber bis jetzt ist noch kein endgültiger Beschluß gefaßt worden. Sollte diesem Plan zugestimmt werden, wird vorgeschlagen, sechs zusätzliche Nachbarschaftseinheiten ohne Abänderung des ursprünglichen Bebauungsplans zu bauen.

Nahezu 100 Fabriken, in denen vorwiegend Leichtindustriebetriebe untergebracht sind, wurden hauptsächlich von der Entwicklungsgesellschaft gebaut. Die Tatsache, daß der Regierung im Laufe der Jahre über 4 Millionen Pfund Gewinn durch die industrielle und kommerzielle Entwicklung Harlows zugeflossen sind, ist ein Beweis für Harlows bemerkenswerten Erfolg in dieser Hinsicht.

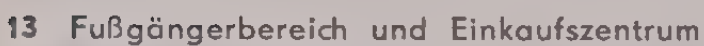
Stevenage liegt etwa 30 Meilen (etwa 48 km) nördlich von London und war bis zum Jahre 1964 eine kleine Landstadt mit rund 6000 Einwohnern, einer Anzahl alter Gebäude, etwa 100 Geschäften, 20 Gaststätten, einer im Jahre 1558 gegründeten höheren Schule und einer Pfarrkirche aus dem 12. Jahrhundert. Stevenage wurde als erste Stadt bereits 1946 für die Umgestaltung zu einer neuen Stadt vorgesehen, aber Meinungsverschiedenheiten, Rechtsstreitigkeiten und finanzielle Krisen verzögerten die Durchführung, so daß erst um 1950 mit dem Bau begonnen wurde. Selbst dann wurde der Bebauungsplan noch mehrere Male geändert; gegenwärtig ist er für eine bis 1975 auf 80 000 Menschen anwachsende Einwohnerschaft berechnet, die sich bis Ende des Jahrhunderts durch natürliches Wachstum auf 105 000 Menschen vergrößern wird. Er sieht ein Industriegebiet von etwa 400 Acres (162 ha) mit einem Reservegebiet von etwa 150 Acres für eventuelle Erweiterungen vor, ferner fünf Nachbarschaftseinheiten, von denen jede etwa 10 000 Menschen aufnehmen soll, wobei im alten Stevenage Wohnraum für weitere 10 000 Menschen geschaffen werden soll. Vier Nachbarschaftseinheiten sind jetzt fertiggestellt, und die Arbeit an der fünften geht voran. Jede Einheit besitzt ein Haupteinkaufszentrum mit 15 bis 30 Geschäften je nach Entfernung zum Stadtzentrum und zwei kleinere Zentren für den täglichen Bedarf, Gemeinschaftszentren, Grundschulen, Kirchen und Gaststätten, Arzt- und Zahnarztpraxen, Parks und Anlagen für die Erwachsenenerholung, Kinderspielplätze und andere Freiflächen. Alle Wohngebiete liegen in einem Umkreis von zwei Meilen vom Stadtzentrum entfernt.

Bisher hat die Entwicklungsgesellschaft 14 000 neue Wohnhäuser von über 100 verschiedenen Typen gebaut, so daß der Verschiedenartigkeit des Baugeländes Rechnung getragen und Eintönigkeit vermieden werden konnte. Die meisten Wohnhäuser sind zweigeschossig, haben drei Schlafzimmer und eine Grundfläche von 900 bis 1000 Quadratfuß (80 bis 90 m²).

Der Anteil der Mietwohnungen beträgt nur 10 Prozent. Bisher sind nur wenige mehr- oder vielgeschossige Wohnhäuser gebaut worden, aber die Gesellschaft beabsichtigt, mehr von ihnen zu bauen, hauptsächlich im Stadtzentrum, in dem eine größere Dichte und Höhe wünschenswert sind. Verschiedene Typen Bungalows für ältere Leute sind ebenfalls geplant.

Im Industriegebiet wurden Fabrikgebäude mit einer Gesamtnutzfläche von rund 330 000 m² fertiggestellt, hauptsächlich für große Werke. Diese Werke beschäftigen die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung der Stadt. Es gibt aber auch viele Betriebe, die zwischen 20 und 500 Menschen beschäftigen, verschiedene Forschungslaboratorien und Lagerhäuser und nicht zuletzt auch Werkstätten für Körperbehinderte und geistig Zurückgebliebene. Die Produktion ist vielseitig. Eine willkürliche Auswahl umfaßt ferngelenkte Waffen, Flugzeugteile, Hubwerke, Automatisierungs- und Steuerungsanlagen für den Produktionsprozeß, Schul- und Büromöbel, Schreibfedern und Bleistifte, Fotoapparate und Filme, Bücher und Zeitschriften, abgepackte Lebensmittel, Herrenbekleidung. Die Fabriken sind in Größe und Anlage sehr verschieden und wurden fast alle von der Gesellschaft gebaut und an die Benutzer vermietet.

Immer mehr Büroorganisationen suchen, wie in anderen neuen Städten auch, Räumlichkeiten in Stevenage. Gerade diese Auflockerung – einer der Hauptgründe, der beim Bau dieser neuen Städte und bei der Auswahl des Baugeländes maßgeblich war – ist für diese Organisationen günstig, da die Büromiete viel niedriger ist als im Zentrum von London, ebenso aber auch für die Büroangestellten, denen die Qual der täglichen Fahrt zum Arbeitsplatz und wieder heimwärts erspart bleibt und die im Ort selbst Häuser und Wohnungen finden können, die sowohl angenehmer als auch billiger als in der Hauptstadt sind. Neue Kräfte können aus den Hunderten von jungen Schulabgängern im Orte geworben werden. In den ersten Stadien der Entwicklung baute die Gesellschaft etwa 50 000 Quadratfuß (4660 m²) Büroraum in einem sechzehngeschossigen Gebäude mit



13 Fußgängerbereich und Einkaufszentrum

Restaurant und öffentlichem Ausschank sowie in einem siebengeschossigen Gebäude für ihre eigenen Büros. Abgesehen von den Grundschulen in den Nachbarschaftseinheiten wurden auch Oberschulen gebaut, die für Schüler aus allen Gebieten gedacht sind. Zusätzlich zu der höheren Schule für Knaben im alten Stevenage wurde eine Volkshochschule an markanter Stelle in der Nachbarschaft des Stadtzentrums gebaut mit einem Flügel für die Freizeitbedürfnisse junger Leute und mit Sälen, einer Turnhalle und einem Erfrischungsraum, die dieses Gebäude zu einem Mittelpunkt für Musik, Theater, Ausstellungen und Konferenzen werden ließen. Abgesehen von Tageslehrgängen und Fachstudien dient es als Hauptsitz der Abendschule, deren Unterricht auch in den Oberschulen durchgeführt wird.

Auch die Freizeit der Einwohner ist genügend berücksichtigt worden. Gegenwärtig stehen 140 Acres (54 ha) öffentlicher Erholungsplätze und Parks zur Verfügung, die für die wichtigsten Sportarten und Spiele bestimmt sind. Zwei Gemeinschaftszentren, zwei Gemeinschaftssäle und weitere Kirchen- und Schulsäle bieten Gelegenheit zu Veranstaltungen in geschlossenen Räumen. Im Stadtzentrum gibt es ein Hallenschwimmbad und einen großen Tanzsaal. Ein Filmtheater, ein Kunstklub und eine Sporthalle sind ebenfalls geplant.

Auf die Landschaftsgestaltung von Stevenage wurde besondere Sorgfalt verwendet. Bestehende Charakteristika, wie schöne Bäume, alte Hecken und Waldungen, werden nach Möglichkeit erhalten, und sobald die Bauarbeiten genügend vorangeschritten sind, werden auch neue ausgesät und angepflanzt. Gegenwärtig wohnen in der Stadt etwas über 60 000 Menschen. Ihre Anzahl steigt um 3000 jährlich. Wie in anderen neuen Städten ist die Mehrheit der Erwachsenen jünger als 40 Jahre, und die Altersgrenze bei den meisten Kindern liegt unter zehn Jahren. Die gegenwärtige Geburtenziffer beträgt etwa das Anderthalbfache des Landesdurchschnitts.

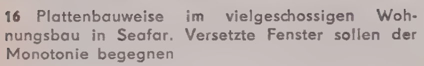
Das Stadtzentrum nimmt, wie es gegenwärtig geplant ist, eine Fläche von 55 Acres (22 ha) ein. Etwa die Hälfte hiervon benötigt das zentrale Einkaufszentrum, das von vier Verkehrsstraßen begrenzt wird und nur für den Fußgängerverkehr zugelassen ist. Zum Süden hin ist ein Gebiet für Gebäude der Grafschaft reserviert, von denen die Bibliothek, das Gesundheitszentrum und die Polizeiwache bereits fertiggestellt sind. Auch eine Klinik gibt es hier, aber das allgemeine, dem gesamten Bezirk dienende Krankenhaus mit einer Kapazität von 600 Betten wird dicht an der nördlichen Grenze der Stadt gebaut. Für über 1500 Autos wurden um den Stadtkern herum Parkplätze geschaffen.

Die Hauptgeschäfte, Banken und so weiter liegen am Stadtplatz, einer gepflasterten Fläche von rund 6700 m², auf der Gruppen hoher Bäume belassen wurden. Ein 60 Fuß (18 m) hoher Uhrturm steht in einem erleuchteten Bassin. Das Hauptpostgebäude, in dessen oberen Geschossen Verwaltungsbüros untergebracht sind, befindet sich in der südwestlichen Ecke des Platzes.

14 Fast schon ein Wahrzeichen: Der Uhrturm im Stadtzentrum

15 In Stevenage, wo man tagsüber ferngelenkte Waffen herstellt, wird auf Grünanlagen großer Wert gelegt. Nach Feierabend will man friedlich gestimmt sein





16 Plattenbauweise im vielgeschossigen Wohnungsbau in Seafar. Versetzte Fenster sollen der Monotonie begegnen

17 Dreigeschossige Reihenhäuser in South Carbrain





18 Lageplan

- • Haupt- und Mittelschulen
- ◦ Volksschulen
- ▦ Stadtzentrum
- ⦀ Industrie
- ■ Wohngebiete

Cumbernauld

Die neue Stadt Cumbernauld liegt 14 Meilen (etwa 22 km) nordöstlich von Glasgow. Für die Unterbringung jener Menschen bestimmt, die in Glasgow keine Wohnstätten mehr finden konnten (ein großer Teil der Bevölkerung Glasgows lebte in Elendsvierteln mit einer Bevölkerungsdichte bis zu 400 Personen je Acres = 4000 m²), soll diese neue Stadt 70 000 Menschen beherbergen, und zwar auf einer Fläche von 4150 Acres (1660 ha). Obwohl sie zu Groß-Glasgow gehört, ist sie völlig selbständig und so angelegt, daß sie als neues regionales Zentrum dient.

Die Pläne für die Stadt entstanden später als die für andere britische neue Städte, so daß die Erfahrungen beim Bau solcher Städte und vor allem die Entwicklungstendenzen des Autoverkehrs berücksichtigt werden konnten.

Der Gesamtplan beruht auf drei Grundgedanken:

Cumbernauld sollte eine Stadt werden, in der Arbeiten und Wohnen gut miteinander verbunden sind und die Kommunikationen gut organisiert sind. Die Stadt liegt in einer völlig unberührten Landschaft, die man überall vor Augen hat und die leicht erreichbar ist. Wohnhäuser, Schulen, Kirchen, „Kneipen", Geschäfte, Arbeitsstätten sind, wie geplant, auf kürzestem Wege

19 Die Luftbildaufnahme zeigt die weitläufige, anderen New Towns ähnliche Stadtanlage mit geringer Einwohnerdichte. Im inneren Stadtbereich wird jedoch eine Verdichtung angestrebt, um einer zerfließenden Stadt zu begegnen

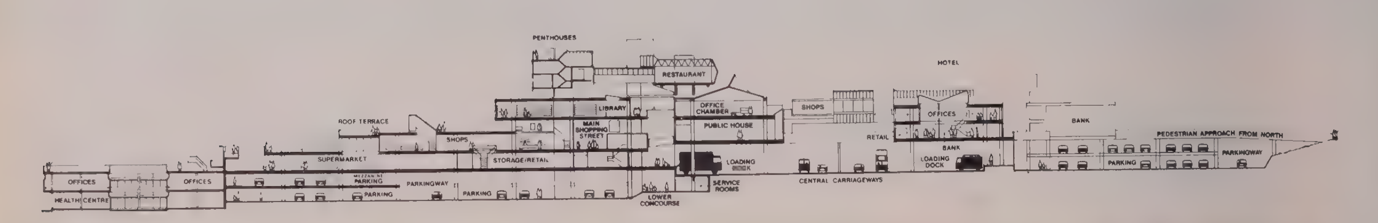
20 Ausdruck geplanter Isolierung der Menschen: Der Typenzaun vor oder hinter dem Haus soll individuelles Wohnen ermöglichen. Zukünftige Wohnbedürfnisse sind auch in Großbritannien ungeklärt

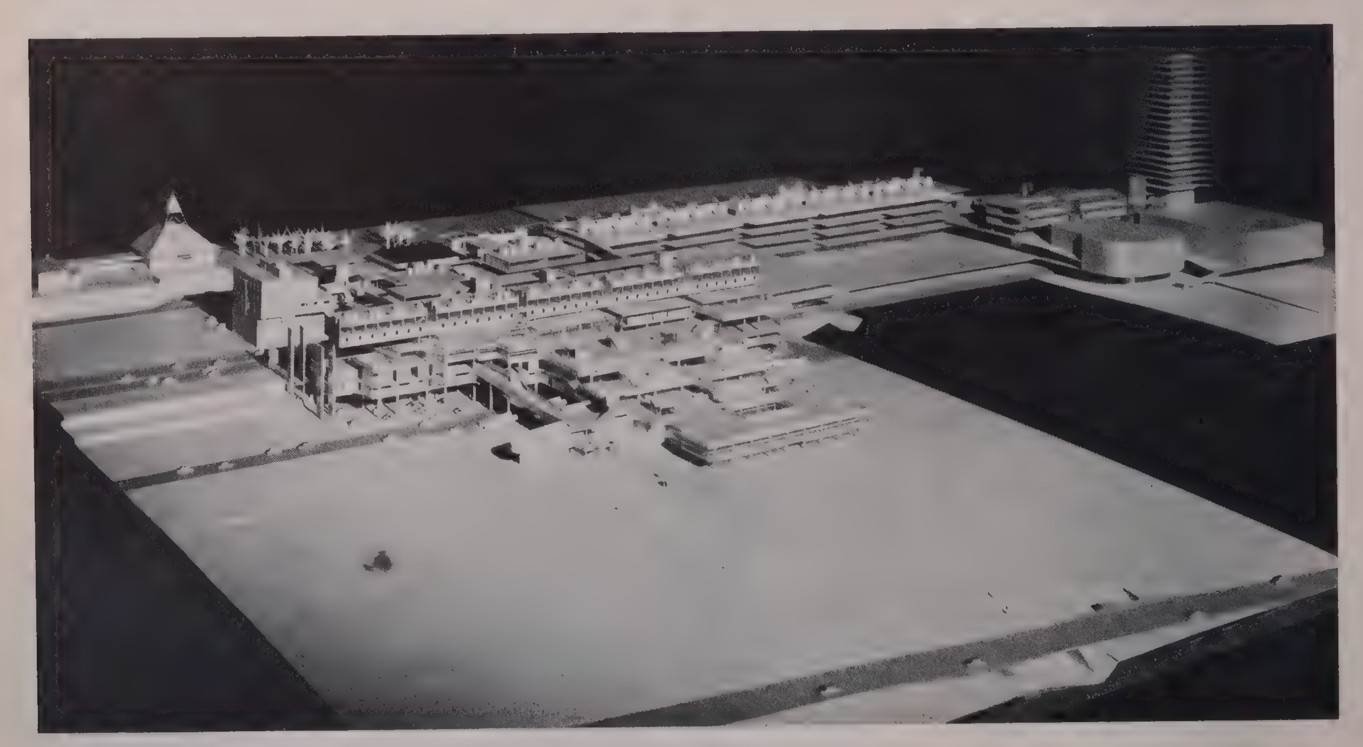
zu erreichen und durch Fußwege miteinander verbunden, die den Fußgängern völlige Sicherheit bieten.

Zweitens war man außerordentlich bemüht, des „geliebten Ungeheuers", des Kraftfahrzeuges, Herr zu werden. Obgleich für jede Wohnung in der Stadt Platz für einen Wagen vorgesehen ist, wird es dennoch keine Verkehrsstauungen geben, denn die Straßen ermöglichen durch ihre Anlage einen sicheren Verkehrsfluß, da motorisierte Verkehrsteilnehmer und Fußgänger gar nicht erst in Konflikt miteinander geraten können.

Und schließlich bringt es die gedrängte Anlage der Stadt mit sich, daß die meisten Einwohner das Stadtzentrum bequem zu Fuß erreichen können, das alle für die Bewohner notwendigen Einrichtungen des Handels, des Geschäftslebens, der städtischen Verwaltung und des Vergnügungssektors beherbergt. Im Stadtzentrum befinden sich Läden, Banken, Kinos und andere Unterhaltungsstätten, Gemeinschaftshalle, Sportzentrum, Schwimmbad, Polizei- und Feuerwehrwache, Hauptpostamt, Gesundheitszentrum, Technische Hochschule, Hotels und Restaurants, städtische und Verwaltungsbüros. Deshalb verfügt Cumbernauld im Gegensatz zu früher erbauten neuen Städten über keine Einkaufszentren in den einzelnen Stadtteilen. Abgese-



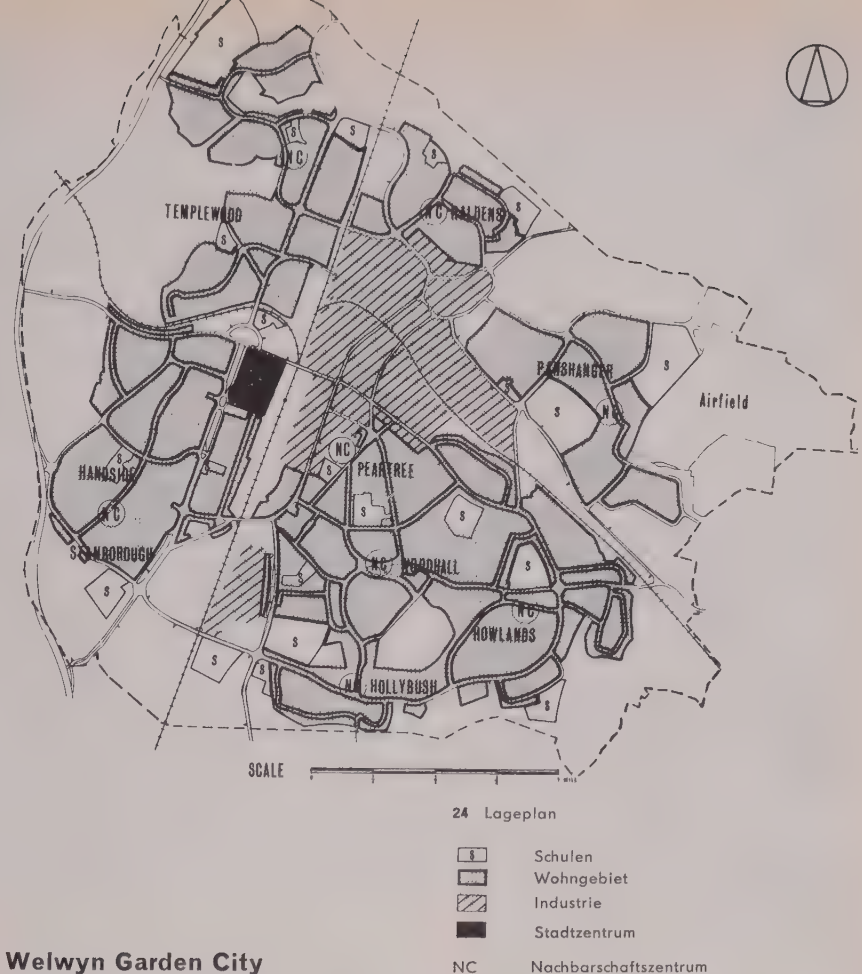

PENTHOUSES
RESTAURANT
OFFICE CHAMBER
LIBRARY
PUBLIC HOUSE
HOTEL
SHOPS
OFFICES
RETAIL
BANK
ROOF TERRACE
MAIN SHOPPING STREET
SHOPS
SUPERMARKET
STORAGE/RETAIL
LOADING DOCK
LOADING DOCK
PEDESTRIAN APPROACH FROM NORTH
PARKINGWAY
PARKING
OFFICES
OFFICES
PARKING
PARKINGWAY
PARKING
PARKING
HEALTH CENTRE
SERVICE ROOMS
LOWER CONCOURSE
CENTRAL CARRIAGEWAYS



21 Urbanität bisher noch auf der Wiese: Das Stadtzentrum von Cumbernauld

22 Querschnitt durchs Zentrum

23 Modellaufnahme
Das Zentrum wird mehrere Ebenen haben. Die unterste Ebene ist für den Verkehr vorgesehen und wird Parkmöglichkeiten für 5000 Personenkraftwagen bieten. Von dieser Ebene aus gelangt man mit Fahrstühlen, über Rolltreppen und Treppen zu einer Reihe von Fußgängerebenen, die um überdachte Einkaufsviertel führen



24 Lageplan

- S Schulen
- Wohngebiet
- Industrie
- Stadtzentrum
- NC Nachbarschaftszentrum

hen von kleinen allgemeinen Läden – jeweils ein Geschäft für 3000 Wohnungen – werden die Einkäufe der ganzen Stadt in ihrem Zentrum konzentriert sein. Das Zentrum dürfte zum größten Teil noch vor 1972 fertiggestellt sein. Bis dahin wird die Einwohneranzahl gegenüber 25 000 im Jahre 1968 voraussichtlich 40 000 betragen.

Auf Grund der Dichte wird man Cumbernauld als Stadt empfinden. Dennoch verbleibt genug Platz in der Stadt selbst und in ihrer Umgebung, um auch künftig eine ausreichende Trennung zwischen der Stadt und ihren wichtigsten Industriegebieten zu gewährleisten. Die Dichte wurde in Cumbernauld schwer erkämpft, da im Plan vorgesehen ist, daß mindestens 50 Prozent der Häuser Gärten haben. Das ist auch der Grund für die relativ niedrige durchschnittliche Einwohnerdichte von 17 Personen je Acres (43 EW/ha) im ganzen Gebiet.

Die industrielle Entwicklung Cumbernaulds hatte von Anfang an einen entscheidenden Vorteil: Die Stadt liegt in einem „Entwicklungsgebiet", so daß die dorthin kommenden Firmen in den Genuß der bedeutenden finanziellen Vorteile gelangen, die die Regierung zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums von Schottland bietet, das seit langem hinter dem Südenglands und des Gebietes von Groß-London zurückgeblieben ist. Die Entwicklungsgesellschaft bietet auch zusätzliche Erleichterungen an, und zwar in Form von komplett eingerichteten Betrieben in der Größe von 2000 bis zu 60 000 Quadratfuß (180 bis zu 5600 m²), so daß neue Industriezweige sofort die Produktion aufnehmen können. Es gibt auch Baugelände, auf dem Industrielle ihre für einen bestimmten Zweck vorgesehenen Betriebe errichten können. Alle diese Maßnahmen und das Vorhandensein vieler Arbeitskräfte haben dazu geführt, daß nahezu 40 Firmen Betriebe erwarben; viele von ihnen haben sich seit ihrer Ansiedlung in Cumbernauld beträchtlich vergrößert.

Welwyn Garden City

Der geistige Vater von Welwyn Garden City ist Sir Ebenezer Howard, der nach dem Bau seiner ersten Gartenstadt in Latchworth im Jahre 1919 eine Gesellschaft gründete, um in der Nähe des Dorfes Welwyn in Hertfordshire, etwa 20 Meilen (32 km) nördlich von London gelegen, ein ähnliches Unternehmen zu starten. Trotz vieler Schwierigkeiten erwies sich dieses Experiment damals als erfolgreich, und 1939 wurde es weithin als ein Beispiel für eine moderne Städteplanung gefeiert. Die Zersiedelung amerikanischer Städte nach dem Prinzip des grünen Gürtels ist auch auf ihn zurückzuführen, denn Präsident Franklin Roosevelt selbst stellte fest, daß bei ihrem Bau Howards Prinzipien maßgeblich waren.

Als 1946 das Gesetz über den Bau neuer Städte (New Towns Act) angenommen wurde, gingen die Vermögenswerte der Entwicklungsgesellschaft von Welwyn Garden City in die Hände der Kommission für die Neuen Städte über. Der ursprüngliche Plan sah vor, daß sich die Stadt über eine Fläche von etwa 4300 Acres (etwa 1075 ha) erstrecken und 36 500 Einwohner haben sollte, aber im November 1954 wurde die Einwohneranzahl auf 50 000 erhöht. Gegenwärtig leben in der Stadt 42 000 Einwohner, und es wird erwartet, daß der Endzustand in den siebziger Jahren erreicht wird.

Die Stadt wird durch die Eisenbahnstrecke London–Edinburgh und die Nebenlinien nach Tuton und Hertford in vier Sektoren unterteilt. Der südwestliche Sektor wurde als erster entwickelt, und hier befindet sich auch das Stadtzentrum; der größte Sektor ist der südöstliche; hier stieg die Einwohneranzahl von 9800 im Jahre 1948 auf 21 000 an; der nordöstliche Sektor ist seit 1948 fertiggestellt. Das Industriegebiet befindet sich östlich der Haupteisenbahnlinie. Hier haben sich über 100 Firmen angesiedelt, unter ihnen ein so großer Konzern wie Imperial Chemical Industries, der dort sein Hauptbüro und die Forschungsorganisation seiner Plasteabteilung hat. Der zweitgrößte Unternehmer ist der Rundfunkkonzern Rank Bush Murphy Ltd., der seinen Betrieb in der Gartenstadt aufnahm und jetzt eine neue Fabrik auf einer Fläche von über 300 000 Quadratfuß (28 000 m²) besitzt. Insgesamt sind etwa 18 000 Menschen in der Industrie in Welwyn Garden City beschäftigt, unter anderem in der Leichtindustrie, im grafischen Gewerbe und in der Schokoladenherstellung. Außerdem haben verschiedene, im Landesmaßstab bekannte Firmen dort ihre Hauptverwaltungsbüros. Die meisten Fabriken sind von den Firmen selbst entsprechend ihren eigenen Bedürfnissen gebaut worden.

Welwyn besitzt den Vorzug, der Ort zu sein, in dem in England nach dem Kriege das erste allgemeine Krankenhaus gebaut wurde. Es wurde im Juli 1963 eröffnet und verfügt über 315 Betten und eine zusätzliche psychiatrische Abteilung mit 100 Betten. Die Stadt besitzt auch drei Gesundheitszentren, verfügt über 20 Schulen, vom Kindergarten bis zu einer Volkshochschule im Stadtzentrum, und über Einrichtungen für soziale, Erholungs- und kulturelle Zwecke. Etwas ungewöhnlich ist ihr Digswell-Kunst-Zentrum in einem Landhaus, in dem Studios mit Wohngelegenheit eingerichtet wurden, in denen etwa 20 Künstler wohnen. Eine weitere Besonderheit ist die Digswell-Lake-Gesellschaft, die ein Gebiet von etwa 17 Acres (rund 7 ha) einschließlich eines natürlichen Sees als Naturschutzgebiet und Schongebiet gepachtet hat. Das Gebiet wird durch die Beiträge der Mitglieder unterhalten.

Insgesamt 1507 Acres (rund 600 ha), was etwa 30 Acres je 1000 Einwohner entspricht, sind freien Flächen vorbehalten, hauptsächlich in Form von Spielplätzen, Parks, Wald und einem Golfgelände mit 18 Löchern. Es gibt ein Freibad und ein Stadion für Leichtathletik. Pläne für weitere Sporteinrichtungen liegen vor.

25 Auf billigem Bauland, 9 Meilen von Glasgow entfernt, entstand das Zentrum von East Kilbride

26 Lageplan





East Kilbride

East Kilbride ist die erste neue Stadt in Schottland. Im Jahre 1947 geplant, wuchs sie von 2500 Einwohnern im Jahre 1950, als die ersten neuen Wohnhäuser fertiggestellt waren, auf 53 000 Einwohner im Jahre 1967 an. In diesem Zeitraum wurden 14 000 Wohnhäuser, 120 Fabriken, 141 Läden, 14 Schulen und 11 Kirchen erbaut. Die Entwicklungsgesellschaft wird auch weiterhin das schnelle Wachstum der Stadt fördern, indem sie hier neue Industrien und noch mehr Menschen ansiedelt, bis die Anzahl der Einwohner auf 70 000 gestiegen ist. Danach wird die Stadt weiterwachsen, bis sie 100 000 Einwohner hat und damit eine der größten Städte Schottlands sein wird.

Das Zentrum von East Kilbride liegt rund 9 Meilen (etwa 14,5 km) vom Zentrum Glasgows entfernt, mit dem es durch ein gutes Straßen- und Eisenbahnsystem verbunden ist. Die Stadt liegt im Durchschnitt 550 Fuß (rund 170 m) über dem Meeresspiegel und ist völlig frei von Verunreinigungen durch Rauch und Nebel, worunter große Teile Mittelschottlands zu leiden ha-

27 Einkaufszentrum



ben. Um zu gewährleisten, daß der grüne Gürtel, der die Stadt von Glasgow trennt, erhalten bleibt, wurde ein größeres Gebiet als nötig durch den Plan erfaßt. Von den laut Plan erfaßten 10 250 Acres (4100 ha) werden lediglich 3500 Acres (1400 ha) bebaut; der Rest wird zum überwiegenden Teil auch weiterhin landwirtschaftlich genutzt.
Die Anlage der Stadt folgt dem Bebauungsplan, der ausgearbeitet wurde, als der erste Vorschlag für die neue Stadt erörtert wurde. Es handelt sich um eine Zwischenlösung von Gartenstadt, die manchmal als Vergeudung von Grund und Boden betrachtet wird, und dichter Besiedlung, die den meisten englischen Familien offensichtlich mißfällt.
Die Stadt ist etwa dreieckig angelegt und in drei Hauptgebiete unterteilt:
Das Stadtzentrum hat eine Fläche von rund 55 Acres (22 ha) und enthält das Haupteinkaufsviertel (nur für Fußgänger), Handelsbüros, Hotels, Restaurants, städtische Bauten und Vergnügungsstätten.
Die Wohnbezirke liegen um das Zentrum. Ursprünglich waren sie für 45 000 Menschen bestimmt, im Jahre 1960 wurde jedoch beschlossen, die Einwohneranzahl auf 70 000 heraufzusetzen. Deshalb befindet sich nunmehr ein fünfter Wohnbezirk im Bau, und ein sechster ist zur Unterbringung der Familien der zweiten Generation geplant. Jeder Wohnbezirk verfügt über Grundschulen, örtliche Einkaufszentren, Arzt- und Zahnarztpraxen, Kirchen, Säle, kleine Cafés und Restaurants sowie über Freiflächen und Spielplätze für die Einwohner.
Zur Zeit bestehen vier Industriegebiete.
Zu etwa einem Drittel befinden sich die Wohnungen in gruppenweise angeordneten drei- und viergeschossigen Wohnblocks, die meisten anderen in kurzen Häuserreihen auf ansteigendem Gelände. Diese Reihen sind oft unterbrochen, so daß jedes Haus als Einzelgebäude erscheint.
Die Lage der Blocks auf Anhöhen akzentuiert den Wechsel in der Höhe. Das äußere Erscheinungsbild der Stadt wird weiterhin durch das Verbot von Außen-Fernsehantennen (überall ist kabelgebundenes Fernsehen installiert) und durch die Tatsache positiv beeinflußt, daß sämtliche Telefon- und Elektrizitätskabel unterirdisch verlegt sind.
Die Wohnungen werden beträchtlich subventioniert und die billigsten je nach Familiengröße zugewiesen. Die Skala reicht von kleinen Wohnungen und Bungalows für ältere Menschen bis zu Häusern mit fünf Schlafzimmern für größere Familien. Wohnungen mit mehr Komfort werden nicht so bewirtschaftet; die Mieten sind zwar merklich höher, doch gibt es in mehr oder weniger starkem Maße Zuschüsse. Die jetzigen Pläne sehen auch Platz für mindestens eine Garage je Wohnung vor, dazu kommen abseits von der Straße gelegene Parkflächen. Der Privatbesitz wird gefördert, um das gegenwärtige Wohnungsdefizit der Entwicklungsgesellschaft zu senken.
Des weiteren wurden kürzlich neun fünfzehngeschossige Wohnblocks mit recht luxuriösen Wohnungen gebaut, die sich bei einzelstehenden Personen und kinderlosen Ehepaaren, für die sie bestimmt sind, großer Beliebtheit erfreuen.
Wie in allen neuen Städten überwiegen auch hier die jungen Familien. Das bedeutete zeitweilig eine besonders große Anzahl von Kindern im Grundschulalter. Diese Kinder erhalten ihren Unterricht in speziell entworfenen hölzernen Klassenzimmern, die den normalen Ansprüchen genügen. In der Stadt bestehen alle Möglichkeiten der Schulbildung bis zu dem für ein Universitätsstudium erforderlichen Bildungsstand, und die Regierung plant den Bau eines Instituts für Technologie der Werkzeugmaschinen in der Stadt.
Die elf neuen Kirchen zeigen interessante architektonische Besonderheiten. Für die römisch-katholische St. Bride's Kirche erhielt der Autor, J. Coia, mehrere Preise. Die Kirchen sind im allgemeinen gut besucht und spielen im gesellschaftlichen Leben der Stadt eine beachtliche Rolle, da sie von vielen örtlichen Organisationen für ihre Aufgaben genutzt werden.
Das sich durch gute landschaftliche Gestaltung auszeichnende Hauptgeschäftsviertel wurde als Brennpunkt der Stadt angelegt, der wegen seiner gebührenfreien Parkmöglichkeiten auch Einkaufslustige aus benachbarten Städten anlocken soll. Unterführungen unter den Hauptstraßen und an den Straßenkreuzungen, elektrisch beheizte Fußwege zur Verhinderung von Eisbildung, große Baldachine und überdachte Wege – all das trägt zur Freude und zur Sicherheit beim Einkaufsbummel bei. Eine 5 Acres (20 000 m²) große Kaufhalle mit Klimaanlage, geplant für die vierte Seite des zentral gelegenen Platzes, wird die erste ihrer Art in Großbritannien sein. Ein Kino mit 1000 Plätzen und ein Luxushotel mit 40 Zimmern befinden sich zur Zeit im Bau.
Neben dem Geschäftsviertel befindet sich das Zentrum der städtischen Behörden. Es umfaßt das Rathaus und die Ämter der Stadtverwaltung, die Gerichte, die Polizeiwache und die Feuerwehrwache. Geplant sind ferner eine zentrale Bibliothek und eine Kunstgalerie und eventuell auch ein städtisches Theater. Ganz in der Nähe liegt der Zentralpark mit einer Schwimmhalle, einem Jugendzentrum und einem Teich mit Booten.
East Kilbride übte eine ganz besondere Anziehungskraft auf die Industriekonzerne aus.
Bisher haben 120 Gesellschaften in der Stadt ihren Sitz genommen. Die größte unter ihnen ist Rolls-Royce Ltd., deren 636 000 Quadratfuß (rund 60 000 m²) großes Werk 3650 Menschen beschäftigt. In diesem Unternehmen werden Düsentriebwerke hergestellt. Ein anderes großes Unternehmen – BSR Ltd. –, das Grammophonteile produziert, begann mit rund 70 Beschäftigten und hat nunmehr bereits mehr als 1000 Angestellte. Die Standard Telephones & Cables Ltd., die Anlagen für Fernmeldetechnik herstellt, gehört ebenfalls zu den wichtigen Unternehmen. Insgesamt sind die Industrieviertel von 100 000 Quadratfuß (9000 m²) im Jahre 1948 auf 3 800 000 (342 000 m²) im Jahre 1967 angestiegen und auch weiterhin im Wachsen begriffen – nicht zuletzt deshalb, weil die Regierung (wie in Cumbernauld) Beschäftigungsprämien in Höhe bis zu 30 Schilling je Neueingestellten zahlt. Daneben gibt es noch andere ansehnliche Zuwendungen für Investitionszwecke, und zwar bis zu 45 Prozent der Kosten für Maschinen und Anlagen und 25 bis 34 Prozent der Kosten für Gebäude.

28 Im Jahre 1967 fertiggestellte Standardhäuser in East Kilbride



29 Von der Regierung mit Steuergeldern angelockt: Ein neues Automobilwerk bei East Kilbride



Methodische Probleme einer Standortvariantenuntersuchung

Dipl.-Ing. Johannes Schattel
Deutsche Bauakademie
Institut für Städtebau und Architektur

Die Ausarbeitung von Generalbebauungsplänen als planerische Grundlage für die Umgestaltung der räumlich gebauten Umwelt entsprechend den Erfordernissen des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus hat immer mehr an Bedeutung gewonnen. Eines der komplizierten Probleme dabei ist – da im komplexen Entwicklungsprozeß der Städte vielfältige und zum Teil entgegenwirkende Erscheinungen auftreten –, die größte gesellschaftliche Wirksamkeit und Effektivität der geplanten Maßnahmen unter Berücksichtigung der zeitlichen Abläufe zu erzielen.

Im nachfolgenden Beitrag soll versucht werden, Wege zur Lösung eines wichtigen Teilproblems der Generalbebauungsplanung, der Ermittlung rationeller Wohnungsbaustandorte, aufzuzeigen. Die dafür zugrunde gelegten Erfahrungen basieren auf konkreten Untersuchungen, auf deren Darstellung zugunsten methodischer Aspekte verzichtet wird.

Zielstellung

Ausgehend von den Ausführungen des Genossen Walter Ulbricht zu Fragen der Generalbebauungsplanung auf der Rationalisierungskonferenz in Leipzig,

„... Reserven der Stadt aufzudecken und rationelle Angebote für Standorte der Industrie, des Wohnungsbaues, der Versorgung und der Kultur zu unterbreiten ..." (1),

wurde die Zielstellung für eine Untersuchung zur Ermittlung der rationellsten Standorte für den Wohnungsbau festgelegt. Dabei sollte insbesondere erreicht werden:

- geringste standortbedingte laufende und Investitionskosten,
- minimaler Zeitaufwand für die Bevölkerung zur Erreichung des Zentrums, der Arbeitsstätten- und Erholungsgebiete,
- sparsamste Verwendung des Baulandes,
- Sicherung einer rationellen Reihenfolge der Investitionsvorhaben und Vermeidung von Investitionsspitzen und hohen Anfangsinvestitionen,
- Sicherung einer günstigen Wohnlage unter Berücksichtigung von Störfaktoren, klimatischen, topographischen und sonstigen Bedingungen sowie einer strukturgerechten Entwicklung der Gesamtstadt.

Grundlagen der Untersuchung

Die Untersuchung baut auf folgende Vorgaben zur Stadtentwicklung auf:

Bevölkerungsentwicklung

Der Bevölkerungsentwicklung der Stadt bis zum Jahre 2000 wurden zwei Größen – ein minimales und ein maximales Entwicklungsprogramm – zugrunde gelegt.
Die Differenz der beiden Entwicklungsprogramme beträgt 60 000 Einwohner und entspricht der Einwohnerzahl einer Mittelstadt. Sie stellt also eine Größenordnung dar, die nicht ohne weiteres überall flächenmäßig abzudecken ist.
Diese Bedingung erfordert, für beide Entwicklungsprogramme Varianten zu entwickeln und sie so aufeinander abzustimmen, daß die Standortwahl für beide Entwicklungsprogramme einen gleich hohen ökonomischen Effekt gewährleistet.

Wohnungsbestand und Wohnungsbedarf

Gegenüber dem Durchschnitt der DDR und vieler anderer Sädte ist in der untersuchten Stadt der Anteil an vorhandenen Wohnungen mit geringem Baualter und in gutem Bauzustand günstiger, wenngleich mehr als die Hälfte instand gesetzt oder modernisiert werden muß. Gegenwärtig sind die Wohnungen durchschnittlich mit 3,6 Einwohnern belegt, der DDR-Durchschnitt beträgt 2,9 EW/WE. Je Einwohner stehen durchschnittlich 10,6 m^2 Wohnfläche zur Verfügung, in der DDR sind es etwa 17,0 m^2/EW. Vorläufige Grobeinschätzungen der bebauten Kerngebiete auf der Grundlage von Analysen der generellen Stadtplanung haben ergeben, daß im Ergebnis einer Umgestaltung bis zum Jahre 2000 wegen der derzeitigen Überbelegung und der erforderlichen Verkehrsbauten, gesellschaftlichen und zentralen Einrichtungen, Freiflächen und anderem keine größere Anzahl von Einwohnern auf diesen Flächen unterzubringen sein wird.

Unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung und der Auflockerung im Kerngebiet ergibt sich bis zum Jahre 2000 ein Wohnungsbaubedarf von rund 50 000 Wohnungen bei dem maximalen und von rund 32 000 Wohnungen bei dem minimalen Entwicklungsprogramm. Die Aufgabe besteht darin, dafür im wesentlichen neue Flächen zu ermitteln.

Arbeitsplatzverteilung

Weiterhin stellt die Vorgabe der Verteilung der Arbeitsplätze für die Auswahl der rationellen Wohnstandorte eine entscheidende Bedingung dar. Neben der Erweiterung vorhandener Arbeitsstättenkomplexe und dem damit verbundenen Arbeitskräftezuwachs an diesen Standorten wird sich insbesondere die neu anzusiedelnde Industrie und somit der Zuwachs an Arbeitskräften an einem Standort konzentrieren. Entsprechend den beiden Entwicklungsprogrammen für die Bevölkerung auf Grund des biologischen Wachstums und der Entwicklung der Zweige wurde die Arbeitsplatzverteilung von den zuständigen Organen vorgegeben.
Weitere Grundlagen der Untersung sind:

- Festlegungen der örtlichen Organe zur Richtung der territorialen Entwicklung der Stadt,
- der Generalverkehrsplan der Stadt.

Zur Methode der Untersuchung

Ermittlung von Reserven

Die Untersuchung begann mit einer Analyse zur Ermittlung von Reserven. Anschluß- und Erweiterungsmöglichkeiten sollten insbesondere erschlossen werden bei

- den Hauptgewinnungs-, Übertragungs- und Erzeugungsanlagen sowie Hauptnetzen der gesamten stadttechnischen Versorgung und
- den Anlagen und Netzen des öffentlichen Personennahverkehrs,

um durch Ausschöpfung etwaiger Reserven den Erschließungsaufwand möglichst gering zu halten. Es wurden deshalb insbesondere die Anlagen und Hauptnetze hinsichtlich Kapazität, Leistungsfähigkeit, Alter, Zustand, Restnutzungsdauer, Reserven und Erweiterungs- oder Anschlußmöglichkeiten untersucht.

Hierfür wurde durch die zuständigen Versorgungsbetriebe auf der Grundlage einer den genannten Analysenkriterien entsprechenden Aufgabenstellung wertvolle Zuarbeit geleistet.
Weiterhin wurden in die Analyse zur Ermittlung von Reserven gesellschaftliche Einrichtungen zur materiellen und kulturellen Betreuung der Bevölkerung einbezogen.

Die Analyse der gesellschaftlichen Einrichtungen zeigte jedoch, daß in der untersuchten Stadt keinerlei Reserven an derartigen Einrichtungen vorhanden sind, so daß sich von diesem Aspekt aus – im Interesse der Nutzung etwaiger Reserven – keine Bindungen für die Auswahl neuer Wohnungsbaustandorte ergaben.

Ermittlung von Baugebietsflächen

Die Ermittlung der für eine Bebauung geeigneten Standorte erfolgte nach einem international üblichen (2 bis 7), auch in der Richtlinie (8) und im gültigen Standard (9) zum Planwerk Generalbebauung enthaltenen Ausscheidungsverfahren von Flächen, die infolge physisch-geographischer, baulicher, gesetzlicher und weiterer Nutzungsbeschränkungen nicht für eine Bebauung in Frage kommen. Dazu dienten Gutachten über Baugrund, Mikroklima, Stadthygiene und anderes.

Nach einer Unterteilung der für eine Bebauung geeigneten Flächen in Wohn- und Industriegebietsflächen wurden 20 Standorte festgelegt, die auf Grund ihrer Lage zur Stadt, ihrer Beziehungen zu Arbeitsstätten und Wohngebieten – insgesamt auf Grund einer sinnvoll erscheinenden

Tabelle 1 Zusammenstellung der möglichen Standorte für den Wohnungsbau

Standort	Größe	Ansiedlungsmöglichkeit (Kapazität)			
		bei 320 EW/ha		bei 400 EW/ha	
Nr.	ha	WE	EW	WE	EW
1	70,8	7 080	22 600	8 850	28 300
2	48,0	4 800	15 300	6 000	19 200
3	19,6	1 960	6 260	2 450	7 800
4	86,8	8 200	26 200	10 250	32 800
5	35,6	3 560	11 400	4 450	14 200
6	168,4	16 400	52 500	20 500	65 500
7	44,0	4 400	14 100	5 500	17 600
8	56,0	5 600	17 900	7 000	22 400
9	140,0	14 000	44 800	17 500	56 000
10	112,1	11 210	35 900	14 050	44 800
11	34,8	3 480	11 100	4 350	13 900
12	148,4	14 200	45 400	17 750	56 700
13	78,0	7 400	23 700	9 250	29 600
14	65,2	6 200	19 800	7 750	24 800
15	72,8	7 280	23 300	9 100	29 100
16	87,2	7 700	24 600	9 620	30 800
17	49,6	4 960	15 900	6 200	19 800
18	78,4	7 400	23 700	9 250	29 600
19	161,2	15 700	50 200	19 600	62 700
20	88,4	8 800	28 200	11 000	35 200
21	46,4	4 640	14 800	5 800	18 500
22	50,0	5 000	16 000	6 250	20 000
23	56,0	5 600	17 900	7 000	22 400
24	36,8	3 680	11 800	4 600	14 700

und möglichen Stadtstruktur – für die weitere Untersuchung Bedeutung haben können und die auch für eine sehr weite perspektivische Entwicklung völlig ausreichen. Sie lassen auch die Kombination unterschiedlicher Standorte in Varianten zu. Dabei handelt es sich vorwiegend um Standorte mit landwirtschaftlicher und gärtnerischer Nutzung, zum Teil mit dörflicher Substanz.

Weiterhin wurden in die Untersuchung vier bebaute Standorte – Randsiedlungen – mit geringer Einwohnerdichte (bis 50 EW/ha) und mit zum Teil älterer Bausubstanz und unzureichender ingenieur-technischer Erschließung einbezogen. Das heißt, die Untersuchung bezog sich insgesamt auf 24 Standorte mit einer Gesamtfläche von rund 1800 ha. Zur Abdeckung des maximalen Entwicklungsprogramms der Bevölkerung war jedoch effektiv nur etwa der vierte Teil dieser Gesamtfläche erforderlich.

Wie aus der Tabelle 1 ersichtlich ist, wurde die Größenordnung der Standorte so gewählt, daß ein Standort mindestens eine Versorgungseinheit im Sinne eines Wohnkomplexes ergibt. Weiterhin fanden bei der Abgrenzung der Größe und des Zuschnitts der Standorte Einzugsradien für die Haltepunkte einer möglichen Erschließung durch öffentliche Personennahverkehrsmittel Berücksichtigung.

Bewertung der Baugebietsflächen

Diese insgesamt 24 für eine Bebauung geeigneten Standorte wurden einer ökonomischen Bewertung unterzogen. Als Maßstab für die Bewertung galt der Umfang der standortbedingten Investitionen je Hektar, der bei Bebauung des jeweiligen Standortes erforderlich wird.

Diese Bewertung wurde nach folgenden Kriterien durchgeführt:

- Entschädigung (Gebäude, bauliche Anlagen, Aufwuchs)
- Bodenpreis (als derzeitiger Verkaufspreis)
- Abbruch und Ersatzbau
- Verlagerung
- Verkehrserschließung
- Erschließung mit technischer Versorgung
- Besonderer Aufwand für Gründung und Grundwasserabsenkung
- Beseitigung von Störfaktoren

Für jeden der 24 Standorte wurde dabei eine volle Erschließung durch Verkehr und Stadttechnik zugrunde gelegt, wobei die Aufteilung der standortbedingten Investitionen für Anlagen und Netze, die mehrere Standorte versorgen, proportional dem Bedarf der einzelnen Standorte erfolgte.

Als Längen der Hauptleitungen oder Trassen wurden die Entfernungen von den Versorgungsanlagen oder von den möglichen Anschlußpunkten bis zum Schwerpunkt des jeweiligen Standortes in Ansatz gebracht. Wie aus den genannten Kriterien zur Ermittlung der standortbedingten Investitionen hervorgeht, handelt es sich dabei nicht nur um Investitionen des mittelbaren Bereiches, sondern zum Teil auch um Grundinvestitionen und Investitionen des unmittelbaren Bereichs, soweit diese standortbedingt sind, das heißt, soweit diese durch Wahl unterschiedlicher Standorte Veränderungen unterworfen werden. Grundlage für diese Bewertung bilden zwei Arten von Daten:

- Daten, die die konkreten Sachverhalte der Standorte nach den genannten Kriterien aufzeigen.
- Daten, die diese Sachverhalte meßbar und vergleichbar machen.

Während zur Ermittlung und Quantifizierung der konkreten Sachverhalte eines jeden Standortes eine Erfassung erforderlich war, konnten zum Messen und zum Vergleichen vorliegende, aus der Praxis gewonnene Kostenkennwerte herangezogen werden.

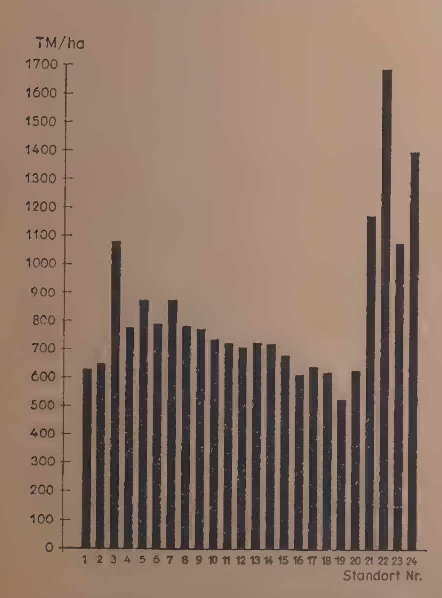
Die Ermittlung der Ausgangsdaten für die Bewertung der einzelnen Standorte erfolgte auf Grundlage
von Erhebungen,
der Volks- und Berufszählung,
der Wohnraumzählung,
der generellen Stadtplanung,
der Grundmittelumbewertung,
der Analyse zur Ermittlung von Reserven.

Dieser Prozeß der Datenermittlung und das „Umformen" der Daten in vergleichbare Aufwandsgrößen sind die zeitaufwendigste Phase der gesamten Untersuchung. Zur Ermittlung des Erschließungsaufwandes der einzelnen Standorte für Verkehr und stadttechnische Versorgung mußten beispielsweise Netzkonzeptionen erarbeitet werden, auf deren Grundlage der Aufwand für Neubau, Erweiterung und Rekonstruktion von Anlagen, Hauptleitungen, Trassen entsprechend dem Bedarf der vorgegebenen Ansiedlungskapazität berechnet wurde. Dabei wurden die durch die Analyse ermittelten Reserven in Anlagen, Netzen und Trassen zur Deckung des Bedarfs einbezogen.

Die Abbildung 1 spiegelt die beträchtlichen Unterschiede in den standortbedingten Investitionen je Hektar der einzelnen Standorte wider, die zum Teil aus dem Abbruch und dem Ersatz vorhandener Altbausubstanz und aus sehr aufwendigen Verkehrsbaumaßnahmen resultieren.

Es schwanken die standortbedingten Investitionskosten bei einer angenommenen Einwohnerdichte von 400 EW/ha
zwischen 525 TM/ha (Fläche Nr. 19)
und 1690 TM/ha (Fläche Nr. 22).

Dieses Bewertungsverfahren (10) stellt ein wertvolles Hilfsmittel dar, um für endgültige Vergleichsrechnungen möglichst sinnvolle Varianten, die den erforderlichen Wohnungsbaubedarf abdecken, zusammenstellen zu können.



1 Standortbedingte Investitionen je Hektar (bei 400 EW/ha)

Aufstellung von Varianten

Die ökonomische Bewertung der einzelnen Standorte ermöglicht eine Einschränkung hinsichtlich der Anzahl der aufzustellenden Varianten. Auf dieser Grundlage können bereits Standorte aus der weiteren Betrachtung ausgeschieden werden. Es wird aber auch dadurch zu einer zweckmäßigen Kombination von Standorten innerhalb der einzelnen Varianten beigetragen.

Für die zu untersuchende Stadt wurden acht Standortvarianten (1 bis 8) für die vorgegebene maximale Entwicklung der Stadt und fünf weitere Varianten (A bis E) für eine minimale Entwicklung der Stadt zusammengestellt.

Nach Berechnung dieser insgesamt dreizehn Varianten konnte eine Synthesevariante (S) ermittelt werden, die sowohl eine rationelle Standortverteilung für den Wohnungsbau bei einer minimalen als auch maximalen Stadtentwicklung ermöglicht und ein weiteres rationelles Wachstum der Stadt zuläßt.

Berechnung von Varianten

Der Berechnung der Varianten wurde eine einheitliche Einwohnerdichte zugrunde gelegt. Deshalb brauchten für den Variantenvergleich auch nur die standortbedingten Kosten in Betracht gezogen werden. Die standortunabhängigen Kosten des reinen Hochbaus und der unmittelbaren Erschließung wurden nicht in Ansatz gebracht, da sie bei einer einheitlich gewählten Dichte zur Ermittlung der günstigsten Standorte keinen Aufschluß geben.

Ermittlung der standortbedingten Investitionskosten

Die Ermittlung der standortbedingten Investitionskosten für die einzelnen Varianten erfolgte nach den bereits genannten Kriterien zur ökonomischen Bewertung der Baugebietsflächen. Zusätzlich wurden die Kosten für den Transport von Fertigteilen von der vorhandenen Produktionsbasis zu den einzelnen Standorten in Ansatz gebracht. Der Bau einer neuen Produktionsbasis, die den Neubaugebieten zugeordnet ist, könnte in einigen Fällen vorteilhafter sein.

Für jede Variante wurde das Netz der technischen Versorgung und der Verkehrserschließung entwurfsmäßig neu konzipiert, desgleichen erforderlichenfalls die Standorte für die stadttechnischen Anlagen.

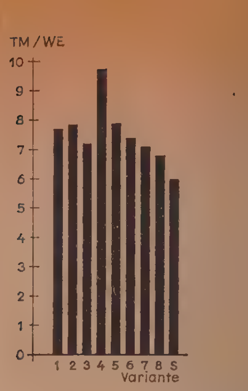
Aus der unterschiedlichen Lage und Größe der Standorte innerhalb der Varianten ergeben sich zwangsläufig unterschiedliche Anforderungen an Länge und Dimension der Leitungen, Kapazität und Lage der Anlagen der technischen Versorgung, für den Verkehr unter Umständen den Einsatz anderer Verkehrsmittel, andere und neue Netze und Anlagen. Das heißt, es treten bei der Variantenberechnung konstante und variable Daten auf. Während sich die konstanten Daten – bezogen auf den einzelnen Standort – aus Entschädigung, Abbruch, Ersatzbau, Verlagerung, Bodenpreis und besonderem Gründungsaufwand zusammensetzen, werden die variablen Daten aus den verbindenden Systemen der Standorte des Verkehrs und der technischen Versorgung entsprechend der Kombination der Standorte innerhalb jeder einzelnen Variante ermittelt.

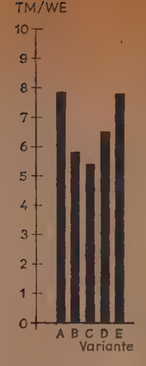
Da aber in der untersuchten Stadt der Aufwand zur Erschließung der Standorte durch Verkehr und technische Versorgung über zwei Drittel der gesamten standortbedingten Investitionen ausmacht, wurde die Variabilität in diesen Bereichen nicht vernachlässigt. So beträgt beispielsweise der Aufwand im Bereich der technischen Versorgung für die Erschließung des Standortes 16
in der Variante 3 rund 4,7 Mill. Mark,
in der Variante S rund 6,1 Mill. Mark.

Die Tabelle 2 gibt einen Überblick über die erforderlichen standortbedingten Investitionen der einzelnen Standorte je Variante. Die Differenz der standortbedingten Investitionen eines Standortes in unterschiedlicher Kombination mit anderen Standorten entsprechend den gewählten Varianten beträgt bis zu ± 42 Prozent. Es treten also erhebliche Abweichungen auf, die bei Nichtbeachtung zu Fehlschlüssen führen können.

Die daraus resultierende, für jede Variante erforderliche neue Bearbeitung von Netzkonzeptionen, verbunden mit neuen Datenermittlungen, ist relativ arbeitsaufwendig. Dieser Arbeitsaufwand kann gesenkt werden, wenn bei der Bearbeitung von einer Grundnetzkonzeption ausgegangen wird, die entsprechend der jeweiligen Variante zu modifizieren ist.

Allein für die Planung der Erschließung der Standorte durch die sechs Systeme der technischen Versorgung (Wasser-, Abwasser-, Elektro-, Gas-, Fernwärme- und Fernmeldeversorgung) in den 14 Varianten waren 84 Netzkonzeptionen zu erarbeiten, um die wesentlichen ökonomischen Größen aus der unterschiedlichen Netzbildung und den veränderten Standorten der Anlagen berücksichtigen zu können.





2 Standortbedingte Investitionen je Wohnung

Bei den einzelnen Varianten schwanken die durchschnittlichen standortbedingten Investitionen zwischen 5350 und 9750 M/WE (Abbildung 2). Die Höhe der standortbedingten Investitionen der einzelnen Standorte innerhalb der Varianten hat jedoch noch einen wesentlich größeren Schwankungsbereich. Er liegt zwischen 4600 und 15 300 M/WE (Tabelle 2).

Vergleichbare Werte wurden nach den methodischen Grundlagen zur Ausarbeitung von Mikrostandortangeboten (11) im Rahmen des Planes Wissenschaft und Technik durch Büros für Städtebau ermittelt. So betragen beispielsweise die standortbedingten Investitionen für ausgewählte Standorte der Städte

Eisenach 1300···4000 M/WE
Gotha 1250···6000 M/WE
Schwerin 5000···7000 M/WE

Es zeigt sich also, daß derartige Untersuchungen für die Lokalisation des Wohnungsbaus von außerordentlicher ökonomischer Bedeutung sind.

Einfluß des Verlaufs standortbedingter Investitionskosten auf die Bewertung von Varianten

Neben der absoluten Höhe der standortbedingten Investitionen je Variante ist die zeitliche Verteilung der Investitionen, der Investitionsverlauf, von erheblicher Bedeutung für die Beurteilung von Varianten.

Durch die Bebauung eines jeden neuen Standortes werden insbesondere durch Vorleistungen für die Verkehrserschließung und die technische Versorgung oder durch die gewählte Art der Umgestaltungsmaßnahmen bei bebauten Gebieten erhebliche Investitionen erforderlich, deren Verlauf in Höhe und zeitlicher Verteilung sehr unterschiedlich sein kann. Es können also „Investitionssprünge" (12) auftreten, die auf die Volkswirtschaft und insbesondere auf die Bauwirtschaft wesentlichen Einfluß haben. Derartige „Investitionssprünge" stellen erhöhte Anforderungen an die Bereitstellung von Investitionen und Baukapazitäten in bestimmten Zeitabschnitten. Sie können vorzeitig Investitionen auslösen und binden – und somit ihre Effektivität senken. Der Investitionsablauf sollte deshalb so gewählt werden, daß die Investitionen verhältnismäßig gleichmäßig bleiben oder die größten „Investitionssprünge" erst am Ende des betrachteten Zeitraumes oder noch später erforderlich werden, solange für diesen Zeitraum noch andere, wirtschaftlichere Möglichkeiten gefunden werden können.

Im Interesse der Erreichung einer hohen Wirtschaftlichkeit ist es deshalb zweckmäßig, die Varianten hinsichtlich des Verlaufes der standortbedingten Investitionen zu untersuchen. Von erheblicher Bedeutung für einen günstigen Verlauf der standortbedingten Investitionen ist die gewählte Reihenfolge der zu bebauenden Standorte innerhalb der einzelnen Varianten.

Grundlage für die Wahl der ökonomisch günstigen Reihenfolge der zu bebauenden Standorte je Variante sind

- Analyse zur Ermittlung von Anschlußmöglichkeiten und Reserven in Netzen, Trassen und Anlagen der technischen Versorgung und des Verkehrs,
- Bewertung der Baugebietsflächen,
- Ermittlung der standortbedingten Investitionskosten je Variante,
- Netzkonzeptionen für den Verkehr und die technische Versorgung.

Weiteren Einfluß auf die ökonomisch günstigste Reihenfolge der zu bebauenden Standorte hat bei Sicherung voller Funktionstüchtigkeit der einzelnen Standorte der etappenweise Ausbau der Netze und Anlagen des Verkehrs und der technischen Versorgung. Wenn auch die Höhe der standortbedingten Investitionen der einzelnen Standorte sowie die Diagramme der entsprechenden Investitionsverläufe (Abbildung 3) eine relative ökonomische Bewertung der Varianten zulassen, so ist jedoch daraus noch nicht ablesbar, welchen absoluten Einfluß die unterschiedlichen Investitionsverläufe auf die Wertigkeit der Varianten haben. Es wurde deshalb der Versuch unternommen, die ökonomischen Auswirkungen der unterschiedlichen Investitionsverläufe der einzelnen Varianten zu berechnen.

Analog der Berechnung eines Kapitals nach Zinseszinsen wurden die standortbedingten Investitionen der einzelnen Standorte nach der Reihenfolge ihrer Bebauung in Ansatz gebracht.

Danach ergibt sich folgende Formel:

$$I_{sz} = \sum_{i=1}^{n} I_{si} \cdot q^{(a - a_1 - \ldots - a_{n-1})}$$

Dabei sind:

I_s	=	Standortbedingte Investitionen
I_{sz}	=	Standortbedingte Investitionen einschließlich Zinseszinsen entsprechend dem Investitionsverlauf
a	=	Erforderliche Bauzeit je Variante
$a_1 \ldots a_{n-1}$	=	Erforderliche Bauzeiten für die einzelnen Standorte innerhalb der jeweiligen Variante
q^a	=	Aufzinsungsfaktor
q	=	$1 + \frac{p}{100}$
p	=	Zinssatz

Es werden also für jede Variante die standortbedingten Investitionen der einzelnen Standorte nach Reihenfolge ihrer Bebauung mit einem Aufzinsungsfaktor multipliziert und die sich daraus ergebenden Produkte addiert. Der Zinssatz zur Bestimmung des Aufzinsungsfaktors wurde mit 6 Prozent angenommen. Die Verzinsung ist abhängig von der Bauzeit je Variante insgesamt und den Bauzeiten für die Bebauung der einzelnen Standorte je Variante. Die Ermittlung der Bauzeiten erfolgt nach der Formel:

$$a = \frac{K_s}{K_B}$$

Dabei sind:

K_s = Standortkapazität bzw. die Kapazität aller Standorte einer Variante (in WE)

K_B = Baukapazität (in WE/Jahr)

Entsprechend der Reihenfolge der Bebauung der einzelnen Standorte werden die dazu erforderlichen Bauzeiten von der Gesamtbauzeit je Variante subtrahiert und die sich daraus ergebende Zeitdifferenz dem Aufzinsungsfaktor für die standortbedingten Investitionen der einzelnen Standorte je Variante zugrunde gelegt.

Die Zinseszinsen Z_{IS} der standortbedingten Investitionen unter Berücksichtigung des Investitionsverlaufes je Variante lassen sich dann wie folgt ermitteln:

Tabelle 2 Standortbedingte Investitionen der einzelnen Standorte je Variante

Standort	Standortbedingte Investitionen (TM/WE) der Varianten														Standortbedingte Investitionen Differenz	
Nr.	1	2	3	4	5	6	7	8	S	A	B	C	D	E	TM/WE	%
1	7,1	7,2	7,0	7,1	7,0	7,0	7,0	6,9	5,7	6,5	5,7	5,8		6,4	1,5	23
2	15,0	15,0	15,0	15,1	15,0	15,1	15,0	15,0		15,1				14,9	0,2	1,3
3	9,6	9,5	9,6	9,7	9,6	9,7	9,6	9,6		9,7				11,1	1,6	15
4	5,6	5,6	5,6	5,6	5,5	5,7	5,5	5,6		5,5				5,3	0,4	7,3
5	6,9	6,8	6,9	6,9	6,9	7,0	6,9	6,8		6,5					0,5	7,4
6															—	—
7		7,8													—	—
8		8,0													—	—
9															—	—
10	7,4														—	—
11	5,8	5,9		5,7	5,7	5,8	5,7		5,9		5,8	6,6	6,4	5,8	1,1	18
12								4,6				4,8			0,2	4,3
13					6,9				4,5						2,4	42
14									6,6				6,9		0,3	4,4
15			4,7						5,7		5,0		5,4		1,0	19
16			6,6						7,9		7,0		7,2		1,3	18
17							7,1								—	—
18															—	—
19							5,2								—	—
20						4,9									—	—
21						9,3									—	—
22				15,3	13,0										2,3	16
23				8,8											—	—
24				14,7											—	—

Tabelle 3 Vergleich der Varianten 1 bis 8 mit der Variante S

	S[1])	Varianten 1	2	3	4	5	6	7	8
Standortbedingte Investitionen (Mill. M)	305	+ 89	+ 95	+ 63	+ 216	+ 106	+ 77	+ 59	+ 41
Zinseszins der standortbedingten Investitionen (Mill. M)	502	+ 167	+ 160	+ 151	+ 238	+ 159	+ 148	+ 147	+ 132
Einsparung an Umgestaltungsmitteln durch Neubebauung alter Wohngebiete in Mill. M für 30 Jahre	0,6	— 1,6	— 1,5	— 1,6	— 13,9	— 7,1	— 5,4	— 1,3	— 1,2
Betriebskosten des öffentlichen Personennahverkehrs der wichtigsten Verkehrsbeziehungen in Mill. M für 30 Jahre	42	+ 39	+ 42	+ 21	+ 48	+ 33	+ 30	+ 21	+ 60
Ertragsausfall durch Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Nutzfläche in Mill. M für 30 Jahre	40	— 3,8	— 3,9	— 1,9	— 15,1	— 7,8	— 7,2	— 7,8	— 8,6

[1]) In der Spalte sind die absoluten Werte der Variante S enthalten. (+) Mehraufwand gegenüber Variante S, (—) Geringerer Aufwand gegenüber Variante S

$$Z_{I_S} = \sum_{i=1}^{n} I_{si} \cdot q^{(a-a_i-\ldots-a_{n-1})} - \sum_{i=1}^{n} I_{si}$$

Die Zinseszinsen der standortbedingten Investitionen können, wenn die standortbedingten Investitionen der einzelnen Varianten nur unwesentlich voneinander abweichen, aber deren Investitionsverläufe extrem unterschiedlich sind, ein entscheidendes Kriterium für die Wahl der ökonomisch günstigen Variante bilden. Die ermittelten Zinseszinsen der standortbedingten Investitionen untersuchter Varianten für das maximale Entwicklungsprogramm der Stadt sind in der Tabelle 3 enthalten.

Ermittlung der standortbedingten laufenden Kosten

Die Ermittlung der standortbedingten laufenden Kosten für die einzelnen Varianten erfolgte nach folgenden Kriterien:

- Betriebskosten des öffentlichen Personennahverkehrs der wichtigsten Verkehrsbeziehungen,
- Ertragsausfälle durch Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Nutzflächen,
- Einsparungen an Umgestaltungsmitteln durch Neubebauung alter Wohngebiete,
- Betriebskosten der technischen Versorgung (die Ermittlung wurde im konkreten Fall nicht durchgeführt).

Mit Erlaß der „Verordnung über Bodennutzungsgebühr" (13) ist die komplizierte Ermittlung des Ertragsausfalls nicht mehr erforderlich. Dafür ist jedoch die Bodennutzungsgebühr bei Inanspruchnahme land- und forstwirtschaftlicher Flächen als standortbedingte Investition in Ansatz zu bringen.

Die zu entrichtende Bodennutzungsgebühr bei Inanspruchnahme der einzelnen Standorte der untersuchten Varianten würde etwa das Doppelte der in Tabelle 3 ausgewiesenen laufenden Kosten des Ertragsausfalls für 30 Jahre betragen.

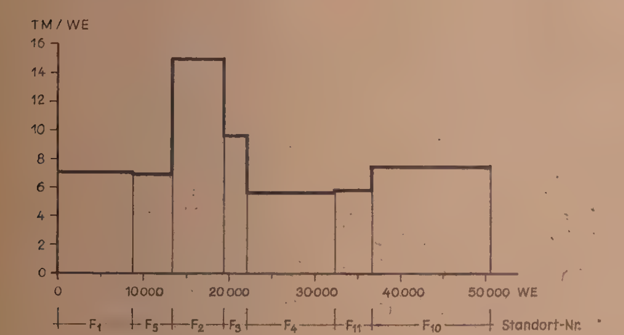
Zusammenfassung der ökonomischen Ergebnisse der Untersuchung

Wie aus den vorangegangenen Darlegungen hervorgeht, wurde die Variante S als günstigste Variante ermittelt, sie stellt deshalb die Vergleichsvariante dar. Ein Vergleich der ökonomischen Ergebnisse der Varianten 1 bis 8, bezogen auf die Variante S, ist aus der Tabelle 3 zu entnehmen. Der gegenüber den Varianten 1 bis 8 günstigste Investitionsverlauf sowie die absolut geringeren standortbedingten Investitionen der Vergleichsvariante ergeben einen beträchtlichen Nutzeffekt. Weiterhin können die Betriebskosten des öffentlichen Personennahverkehrs erheblich gesenkt werden. Der Mehraufwand hinsichtlich Ertragsausfall und Umgestaltung ist in diesem Fall dagegen unbedeutend.

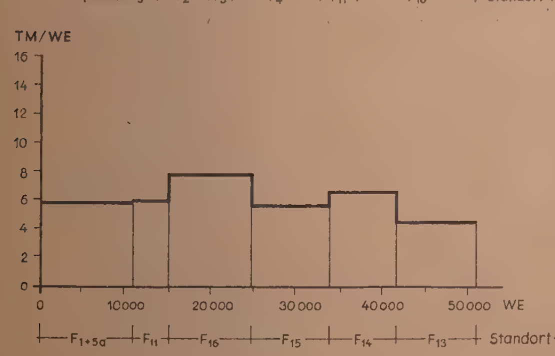
Die Ergebnisse der Variantenuntersuchung zeigen, daß es sich dabei um bedeutende ökonomische Größen handelt, die 6 bis 15 Prozent der Gesamtinvestitionen des Wohnungsbaus betragen. Nach sowjetischen Erfahrungen können etwa 10 Prozent des Investitionsfonds für den Industrie- und Siedlungsbau allein durch Territorial- und Stadtplanungen eingespart werden.

Die weitere wissenschaftliche Durchdringung derartiger Planungsprozesse wird mit der Umgestaltung der Städte um so bedeutender, da nur einige Prozente an eingesparten Mitteln bei einer einzelnen Stadt durch Verbesserung der Planung Einsparungen von vielen Millionen Mark für die Volkswirtschaft bedeuten können.

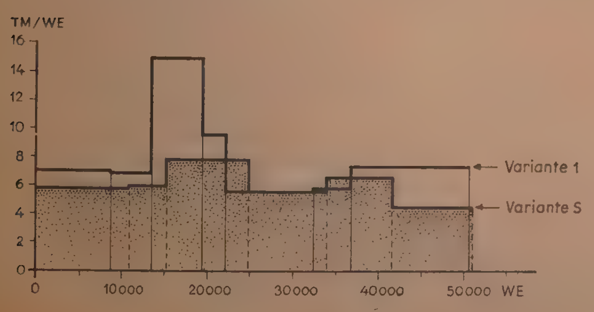
3 Investitionsverlauf



Variante 1



Variante 2



Überlagerung beider Varianten

Literatur

1 Ulbricht, W., Sozialistische Rationalisierung mit dem Menschen für den Menschen, „Die Arbeit", Zeitschrift für Theorie und Praxis der Gewerkschaft, Heft 7/8 1966

2 Sektion für Gebietsplanung und Städtebau der Ständigen Kommission Bauwesen des RGW, Empfehlungen zum Thema: Planung von Städten, Inhalt, Umfang, Darstellung von Generalplänen, Budapest, August 1965

3 Gosudarstvennij komitet sowjeta ministrov SSSR po delam stroitelstva, Instrukcija po sostaveleniju proektov planirovki i zastrojiki gorodow (SN 345—66), Moskva 1966

4 Breit, R., Beiträge zur Methodik der Stadtplanung, „Aufbau", Heft 7/1965

5 Hruska, E., Über die städtebauliche Gesetzgebung und die Aufstellung von Flächennutzungsplänen in der ČSSR, Raumforschung und Raumordnung, Heft 2/1965

6 Wurzer, R., Methoden der Stadtplanung, gezeigt am Flächenwidmungsplan Klagenfurt, „Österreichische Ingenieur-Zeitschrift" 5/62, Heft 2

7 Guttenberg, Albert F., A Multiple Land Use Classification System, Journal of the American Institute of Planners, XXV (Aug. 1959) 3

8 Richtlinie zur Ausarbeitung von Generalbebauungsplänen der Städte (Entwurf), Deutsche Bauakademie, Institut für Städtebau und Architektur, Berlin 1966

9 Planwerk Generalbebauung; Inhalt der Karten und Pläne, TGL 113—0369 Blatt 1 bis 10

10 Skoplje, Summary of the report on the master plan, Institute of town planning and Architecture, Skoplje 1965

11 Schattel, J., Mikrostandortangebote, Methodische Grundlagen zur Ausarbeitung, Schriftenreihe Städtebau und Architektur, Heft 2/1966

12 Malisz, B., Analyse der Entwicklungsmöglichkeiten von Städten am Beispiel der Wojewodschaft Lodz, Institut für Städtebau und Architektur, Warszawa 1963, Heft 71

13 Verordnung über die Einführung einer Bodennutzungsgebühr zum Schutz des land- und forstwirtschaftlichen Bodenfonds — Verordnung über Bodennutzungsgebühr — vom 15. Juni 1967, GBl. II Nr. 71 vom 4. 8. 1967

Zu einigen strukturellen Problemen der Beziehung Architekturtheorie und Architekturpraxis

Dipl.-Ing. Joachim Schulz, Berlin

Es ist aber selbstverständlich, daß die Kunstwerke unseres Jahrhunderts nicht in derselben historischen Betrachtungsweise behandelt werden können, in der die Kunst vergangener Jahrhunderte ... betrachtet wurde.
(M. W. Alpatow, Geschichte der Kunst, Bd. II, S. 470)

Ein Begriff

Ein Begriff geht um; er trägt die Bezeichnung „System". Ist er auch alt wie Methusalem, so zeugt er dennoch recht legitime Kinder; sie können sich sehen lassen: offenes System, inneres System, ergodisches System, multistabiles System, Teilsystem, entwickeltes gesellschaftliches System des Sozialismus und so weiter. Die Theorie von den Systemen, ein wichtiger methodischer Bestandteil der gesamten bisherigen Wissenschaftsentwicklung, hat mit der kybernetischen Systemtheorie eine wesentliche Bereicherung erfahren. Der wiederentdeckte Begriff des Modells, das „schöne", weil zugleich verallgemeinernde, wie pragmatische, aber auch zu Intuitionen anregende Kind dieser Theorie, schlägt nicht nur die notwendige Brücke zur Strukturforschung, sondern berechtigt unter diesem Aspekt auch die Kunstwissenschaft zu neuen Hoffnungen bei der Entwicklung ihrer methodologischen Grundlagen. In dieser Teil- und Wandelbarkeit ist der Begriff des Systems gefährlich wie eine neunköpfige Hydra. Gleichviel, er besitzt Sprengkraft – sein Organisationseffekt hat Produktivkraftcharakter. (1) Manche fürchten ihn, doch vielen ist er schon notwendige Hilfe, unentbehrliches Arbeitsmittel geworden.

Es sollte das unbestrittene Verdienst der Redaktion dieser Zeitschrift sein, in der „deutschen architektur" dem systemtheoretischen Denken in der architekturtheoretischen Diskussion einen breiten Raum gegeben zu haben.

Mit den Beiträgen von B. Flierl, K. Magritz, H. Ricken, H. Welser, aber auch mit denen von L. Kühne, W. Rietdorf, H. Schmidt und in anderen Aufsätzen, Reflexionen und Bemerkungen wurde die Diskussion um Probleme der Architektur und des Städtebaus aus dem Bereich der rein verbalen Auseinandersetzungen und von der Ebene der „Faustformeln" allen offensichtlich auf eine allgemeinere, gleichzeitig anschaulichere und exaktere Grundlage gestellt.

Diese Entwicklung kam nicht von ungefähr. Mit der zunehmenden Planbarkeit und Verwissenschaftlichung des architektonischen Schaffensprozesses mußte sich dieser Aspekt früher oder später auch in der Architekturtheorie durchsetzen. In Ansätzen geschah dies, wie die Studien von Hannes Meyer am Bauhaus Dessau beweisen (2), bereits vor Ausarbeitung der kybernetischen Denkweise. Spontan, aus den Erfordernissen der Praxis geboren und damit auch auf der Ebene der „Faustformeln", begannen „Architekten am Brett" immer wieder diesen Aspekt zu berücksichtigen. So erarbeitete Johannes Zabel, ehemaliger Schüler am Bauhaus Weimar, 1948 im Stadtbauamt Magdeburg ein Modell, um an ihm die Komplexität und Kompliziertheit städtebaulicher Planung darzustellen und in weitergehender Absicht die solcher Planung mit den sich verändernden sozialen, politischen, technischen und ökonomischen Zielstellungen notwendig innewohnende Dynamik und Prozeßhaftigkeit zu demonstrieren (Abb. 1).

In ähnlicher Weise modellierten Bernhard Geyer und Arno Schmid 1965 die unter Architekten weit verbreitete Auffassung von der Architektur als Einheit der sie bewirkenden Komponenten Funktion, Technik, Ästhetik und Ökonomie (3), die Bruno Flierl in seinen Betrachtungen über die Entwicklung der marxistischen architekturtheoretischen Forschung in der DDR bedauerlicherweise unvollständig wiedergegeben hat, indem er den Begriff der Ökonomie aus diesem Definitionsversuch kassierte. (4)

Zwei Fragen ...

Dieser Sachverhalt wirft nun zwei Fragestellungen auf:

- Inwieweit bilden die aus den praktischen Notwendigkeiten spontan und damit auf einer niedrigen Verallgemeinerungsstufe stehenden Erkenntnisse der praktizierenden Architekten, die sogenannten „Faustformeln", wichtige Kriterien für hochverallgemeinerte Theorien?
- Darf bei der Bestimmung der Wesensmerkmale der Architektur, vor allem hinsichtlich der Anwendung einer solchen Bestimmungsweise für die Praxis, der Begriff „Ökonomie", den man vermittelt auch als „Verteilungsweise" ausdrücken könnte, einfach fehlen?

Diese Fragestellungen resultieren aus der Beziehung architektonische Theorie – Architekturpraxis, stellen sich als strukturelle Probleme dar und müssen auch als solche und in Verbindung behandelt werden. Alle neueren Versuche, die den Begriff Architektur durch Komponenten bestimmen und die die Komponente „Ökonomie" schließlich unberücksichtigt lassen, fußen auf Vitruvs Begriffsstrio

firmitas, utilitas, venustas,

beispielsweise
Schädlich mit
Konstruktion, Funktion, Gestaltung (5);

Schmidt mit
Konstruktion, Funktion, Schönheit (6);

Norberg-Schulz mit
Technik, Bauaufgabe, Form (7);

Flierl mit
Herstellungsweise, Funktionsweise, Erscheinungsweise (8).

Der Vollständigkeit halber ist zu bemerken, daß Christian Schädlich die „zweilen" hinzugefügte Komponente „Ökonomie" in die Komponente Konstruktion einfließen läßt, während Hans Schmidt den Faktor „Ökonomie" keinesfalls beiseite lassen, ihn aber auch nicht als selbständiges Kriterium fassen möchte, sondern die Annahme vorschlägt: Er wirke bei jeder der drei Kriterien in entsprechender Form. (6)

... über Ökonomie

Vitruv, Schriftsteller und Kriegsbaumeister unter Cäsar und Augustus, fußte auf klassischer griechisch-römischer Tradition (Hauptwerk „Über die Baukunst" 16 und 13 vor unserer Zeitrechnung) und entwickelte seine Theorien unter der durch Klassenkämpfe stark erschütterten Sklavenhalterordnung. Grundlage der Produktion bildete die Arbeit der Sklaven, wobei deren Arbeitskraft einen äußerst geringen Wert darstellte. (9) Der hohe Stand der Wissenschaft, Kunst, Philosophie und vor allem auch der Architektur und Kriegsbaukunst basierte bei sehr niedriger Arbeitsproduktivität daher auf der räuberischen Ausbeutung der Masse der Sklaven und der massenweisen Vergeudung vergegenständlich-

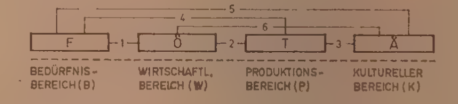


1 Johannes Zabel, Magdeburg, Versuch der Modellierung der städtebaulicher Planung und Gestaltung zugrunde liegenden Bedingungen, 1948

2a

ARCHITEKTUR

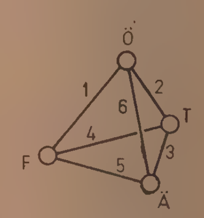
als Teilsystem und ihre inneren Bedingungen



als äußere Bedingungen vom Gesamtsystem

GESELLSCHAFT

2b



2a | 2b Teilsystem Architektur in Informationstheoretischer Schreibweise und in Form eines Tetraeder-Modells

ter und menschlicher Arbeit. Es kommt hinzu, daß die Herstellung eines Produktes, vor allem der Luxusgüter und der Bauwerke der Monumentalarchitektur, unter diesen gesellschaftlichen Voraussetzungen nicht so vordergründig unter dem Aspekt des Tauschwertes, sondern unter ganz besonderer Berücksichtigung des Gebrauchswertes erfolgte, worauf bereits Marx hinwies, und es ist daher nicht verwunderlich, wenn sich dieser Sachverhalt in den Theorien Vitruvs niederschlug und der Begriff der Ökonomie bei ihm daher keine so vorrangige Rolle spielen konnte.

Mit dem Übergang von der Naturalwirtschaft zur einfachen Warenproduktion, mit der Durchsetzung des Wertgesetzes als dem elementaren Regulator für die **Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit und den Austausch der Waren** entwickelte die Bourgeoisie im 17. Jahrhundert den Begriff der Politischen Ökonomie als Waffe gegen den Feudalismus und seine parasitäre Konsumption. Der Wert war zu einer historischen Kategorie geworden. Ökonomisch bedeutete: sparsam, rationell. Dieser Trend schlug sich auch in den ästhetischen Anschauungen der Bourgeoisie nieder. Goethe sprach von einem „Baumeister, der nur dann den Namen verdient, wenn er aus diesen zufälligen Naturmassen ein in seinem Geiste entsprungenes Urbild mit der größten Ökonomie, Zweckmäßigkeit und Festigkeit zusammenstellt". (10) Alle späteren bürgerlichen Architekturtheoretiker des 19. Jahrhunderts erweisen sich mit ihrem Bezug auf Vitruv als Eklektizisten.

... und Faustformeln

Christian Schädlich erwähnt 1958 die ganzheitliche Auffassung der klassischen Komponententheorie: Was nur als dialektischer Prozeß zu fassen sei, könne nicht aufgelöst werden in ein additives Nebeneinander. (11) Demnach könnte man die Architektur im Hinblick auf den Schaffensprozeß verstehen als die Gestaltung (G) gebauter räumlicher Umwelt unter integrativer Berücksichtigung der Komponenten: Funktionsweise (F), Herstellungsweise (Technik), Verteilungsweise (Ökonomie) und Erscheinungsweise (Ästhetik) als ganzheitlichen Prozeß sich gegenseitig bedingender Elemente eines Systems verschiedener Rückkopplungen in den Grenzen bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse (Ges) und unter den Bedingungen des jeweiligen Standes der Produktivkräfte (Prod) als dem historischen Aspekt.

$$G = \underset{\text{Prod}}{\overset{\text{Ges}}{C}} \; F;\text{Ö};T;\text{Ä}.$$

„C" bedeutet „Einheit von"

Die dieser Vorstellung zugrunde liegende Struktur dürfte jedoch nicht als Addition, nicht als linearer Prozeß etwa in dieser Form aufgefaßt werden

$F \rightarrow \text{Ö} \rightarrow T \rightarrow \text{Ä}$,

die auf der Vorstellung basiert: Ein Raumbedürfnis unter Berücksichtigung ökonomischer Parameter bestimmt die Anwendung ausgewählter Konstruktionssysteme und bringt so die sich aus diesem Prozeß ergebende formale Seite des Bauwerks hervor. (12) Im Gegenteil, sie könnte entsprechend den Vorstellungen Bruno Flierls nur als komplexe Struktur mit inneren und äußeren Bedingungen dargestellt werden: als Teilsystem Architektur entweder in der üblichen Schreibweise der Informationstheorie, oder „schöner" als Darstellung in Form eines Tetraeder-Modells (Abb. 2a und 2b)

Es bleibt zunächst dahingestellt, ob sich auch diese Vorstellung von der Architektur noch auf der Ebene der Faustformeln befindet. Der Autor sähe darin keinen Makel. Zu untersuchen wäre allerdings, ob bei diesem Definitionsversuch die vorgeschlagenen Begriffe sich auf gleicher Verallgemeinerungsstufe befinden und ob es in logischer Hinsicht schon unmittelbar oder nur mittelbar vergleichbare Begriffe sind. Inwieweit die von Kurt Magritz in Fortführung seines ersten in Aufsatzform erschienenen Vortrages (13) bisher leider nur in Vorträgen entwickelten Ideen zur Formalisierung der Hegelschen Logik, die interessante Gedanken zur räumlichen und zeitlichen Distanziertheit der menschlichen Wesenskräfte enthalten, geeignet sind, die Klarheit des hier verwendeten begrifflichen Apparates in logischer Hinsicht zu untersuchen, muß dabei einem abzuwartenden Versuch vorbehalten bleiben. Auf einen vermutlichen Mangel des Begriffsapparates vor allem bezüglich der angegebenen Darstellung der Struktur der Modelle kann hier jedoch schon hingewiesen werden.

Viele Begriffsapparate ...

Viele und vor allem ernst zu nehmende Begriffsapparate bedienten sich in ihrer Systematik einer mechanisch-linearen, hierarchischen und oft eindimensionalen Klassifikation. So wurde der Begrfif zum Etikett und der entsprechende Gegenstand entsprechend dem Schubkastenprinzip mechanisch eingeordnet. Solche Klassifikationen entsprechen nicht zuletzt nur einem Typ von Systemen, nämlich solchen von Massepunkten im Sinne der klassischen Mechanik. Dahingehend könnte auch das hier angegebene Tetraeder-Modell mit den Verknüpfungen seiner Elemente (F,Ö,T,Ä) verstanden werden, nämlich als Verknüpfung in Form wechselseitiger Gravitationskräfte, entsprechend der Newtonschen Idee momentaner zeitloser Fernwirkungen, die schon Leibnitz aus gutem Grund als Mystik bezeichnet hatte. Zwar wurde gerade mit diesem Modell und seiner räumlichen Struktur versucht, Vorstellungen vom mechanischen Determinismus mit seinen linearen Ursache-Wirkungs-Ketten hinsichtlich des architektonischen Schaffensprozesses überwinden zu helfen, jedoch könnte die Art der Darstellung den Betrachter geradezu veranlassen, den asymmetrischen Charakter der Kausalrelationen, so etwaige einsinnige Richtungen und die Nichtumkehrbarkeit und Nichteindeutigkeit von Kausalrelationen, zu übersehen. (14)

Die auf derartigen mechanistischen Vorstellungen basierenden und durch lineare Klassifikationen hervorgebrachten Begriffsetikette haben mitunter zu Widersprüchen besonders hinsichtlich ihrer Verwendbarkeit in der Praxis geführt und bei Praktikern eine weitergehende Systematisierung und theoretische Durchdringung der unendlichen Vielfalt der realen Erscheinungen in Mißkredit gebracht. Der ständige Umbau des Systems der Tiere auf Grund der sich vervollkommnenden Erkenntnisse über ihre Stammesgeschichte ist dafür ein beredtes Zeugnis. (15) Die moderne Methodologie geht daher von linearen Klassifikationen zu mehrdimensional verknüpften, theoretischen und pragmatischen Klassifikationssystemen mit verschiedenartig gelagerten Integrationsebenen über (16). Für das hier dargestellte Tetraeder-Modell ist es unzweifelhaft nötig, die Vorstellung von punktuellfixierten Begriffen mit fernwirkender Verknüpfung im Sinne der klassischen Mechanik zu verlassen und hinsichtlich der Darstellung gewählter Begriffe und ihrer strukturellen Verknüpfung, das heißt im Hinblick auf ihre Räumlichkeit, sich feldtheoretischer Vorstellungen zu bedienen, wie sie sich wiederum nicht nur in der Physik, sondern auch in anderen angewandten Wissenschaften, so der Medizin, als äußerst fruchtbar erwiesen haben. Unter diesen Aspekten wird es dem Leser leichter fallen, den hier dargestellten Architekturmodellen den Charakter von Faustformeln zuzuerkennen. Versuchen wir nun, ihren praktischen Nutzen zu untersuchen.

... und ein Dialog über Grundlagen ...

A.: Wenn man sagt, die Komponente „Ökonomie" wirke bei jedem der anderen Kriterien in entsprechender Form, so könnte man auch sagen, indem man die anderen drei Komponenten auf ihr ökonomisches Kriterium zurückführt, Architektur und Städtebau seien: 1. Ökonomie, 2. Ökonomie und 3. Ökonomie.

B.: Das ist einzusehen.

C.: Ja, ich halte sogar dafür, so könnte man vielleicht schneller zu handfesteren Parametern kommen.

B.: Hinsichtlich des Schaffensprozesses bestünde ich jedoch gern auf der vorzugsweisen Reihung F-Ö-T-Ä; ich halte dafür, die Beachtung dieser Reihenfolge hat sich besonders im Hinblick auf soziale Überlegungen in der modernen Architektur als besonders günstig erwiesen.

A.: Obwohl ich dies auf Grund meiner Erfahrungen bestätigen kann, möchte ich jedoch meiner Überlegung gern den Vorzug geben, da man so in der Lage sein

könnte, auf allgemeinerer Grundlage die Kriterien unmittelbar zu vergleichen.

B.: Das wäre unzweifelhaft ein Vorzug; nur bitte ich zu beachten, daß wir uns damit von den in der Praxis gebräuchlichen erlebnisnahen Begriffen noch weiter entfernen müßten.

C.: Darin sähe ich keinen grundsätzlichen Mangel, denn die größte Leistung der Newtonschen Mechanik beispielsweise bestand ja gerade darin, daß sie auf dem Gebiet der Wärmeerscheinungen die ursprünglich mehr phänomenologisch aufgebaute Physik auf eine zwar erlebnisfernere, dafür aber einheitlichere Basis zurückführte. (17)

A.: Da wir gleichzeitig von einer anderen Auffassung von der Architektur als „Einheit der sie bewirkenden Komponenten" hörten, frage ich mich, welche dieser drei Überlegungen wohl am fruchtbarsten sein könnte.

C.: Das hieße die Frage zu stellen: Wem gebührt der Kranz? Ich glaube nicht, daß dieser Weg zu einer befriedigenden Lösung führt. Ich meine vielmehr, daß es heute darauf ankommt, die aus der Praxis gewonnenen und sich mitunter widersprechenden, im einzelnen aber verifizierbaren Teilerkenntnisse zu einer neuen Einheit zusammenzufassen.

B.: Wie aber sollte das in unserem Falle möglich sein?

C.: Mathematisch ausgedrückt, durch Auffindung eines gemeinsamen Nenners; wobei zu beachten ist, daß sich in der Geschichte der Wissenschaften eine Vereinigung widersprechender Erkenntnisse am ehesten dort ergab, wo durch Analyse der räumlichen Struktur einzelner verbaler Aussagen und deren Vereinheitlichung in einer mitunter völlig neuartigen räumlichen Struktur die besten Erfolge erzielt wurden. – Nach unserem Tetraeder-Modell wäre die Architektur die Einheit der sie gleichzeitig bewirkenden vier Komponenten. Man könnte sie aber auch hinsichtlich ihrer drei ökonomischen Aspekte (1, 2 und 6) betrachten, falls man gewillt ist, die Komponente „Ökonomie" als selbständiges Kriterium anzuerkennen. Die vorzugsweise Reihung von F-Ö-T-Ä wäre durch die Beziehung 1,2,3 gegeben, die in das sehr statisch anmutende Modell eine Art Gerichtetheit hineintragen könnte, eine Art Bewegung, ohne dabei den ganzheitlichen Aspekt zu vernachlässigen. Durch diese neue räumliche Struktur wären unsere Teilerkenntnisse über die Architektur unter Vernachlässigung ihrer Einseitigkeiten und unter Hervorhebung ihrer Besonderheiten im doppelten Sinne aufgehoben.

... zur Integration der Wissenschaften

Die Schaffung von Begriffsapparaten auf einheitlicheren theoretischen Grundlagen und Analysen der Räumlichkeit verwendeter Begriffe werden sich meines Erachtens mit der notwendig werdenden Verflechtung verschiedener Wissenschaftszweige ergeben (Abb. 3).



Vereinfachtes Modell zur Integration der Wissenschaften, bezogen auf den Ort der Architekturtheorie; das praktische, moderne Wissenschaftssystem ist vieldimensional verknüpft und daher mit einer dreidimensionalen Struktur nicht zu erfassen

Dabei muß man nach G. Harig von der traditionellen, linear gerichteten Klassifizierung der Wissenschaften, der lediglich das Bedürfnis zugrunde liegt, neues Wissen zu schaffen, zur modernen Klassifizierung übergehen, die sich aus der qualitativ neuen Grundfunktion der Wissenschaft als unmittelbarer Produktivkraft ergibt. Dabei können verschiedene Wissenschaftszweige in Form eines Netzwerkes oder Gitters „horizontal" integriert sein, um entsprechend den volkswirtschaftlichen Schwerpunkten oder gesamtgesellschaftlicher Aufgabenstellungen konzentriert denselben Gegenstand von verschiedenen Seiten zu untersuchen. Dazu tritt die „vertikale" Integration, die gekennzeichnet ist durch zunehmende Verflechtung von Grundlagenforschung, angewandter Forschung und Entwicklung. (18) Dahingehend ist auch die Feststellung H. Leys zu verstehen, daß sich die technischen Wissenschaften vom unmittelbaren Produktionszweck lösen, ja, sie begännen erst dort, wo sie sich von der unmittelbaren Zwecksetzung entfernen und verallgemeinernd die möglichen Strukturen eines technischen Objektes untersuchen. (19) Das erfordert zweifellos die Verwirklichung der Forderung H. Laitkos, dem eindimensionalen Klassifikationsschema mit dem Prinzip des Übergangs vom Einfachen zum Komplizierten als zweite Dimension hinzuzufügen: das Prinzip des Übergangs vom Konkreten zum Abstrakten. (20) Die Berücksichtigung dieses Prinzips ist besonders für die Einführung einer dritten, der „historischen" Integrationsebene unerläßlich (21), da es sich zwischen Prognose und historischen Erfahrungen nur um weitestgehend verallgemeinerte, das heißt mehr und mehr abstraktere Zusammenhänge handeln kann. Es ist jedoch dabei weder die feine englische Art eines delikaten Stils noch der rauhe Ton der Faustformeln, weder eine erlebnisnahe Begriffswelt noch ein abstrakter Begriffsapparat allein, die uns bei unseren Architekturdiskussionen helfen, die breite steinige Straße zu jenem Paß zu erklimmen, der uns von den Notwendigkeiten der architektonischen Praxis als das zunächst erreichbare Ziel gestellt werden wird.

Literatur

1 Klaus, G., Schulze, H., Sinn, Gesetz und Fortschritt in der Geschichte, Berlin 1967, S. 160

2 „So wird Kunstlehre zur Systematik der Ordnungslehre und unentbehrlich jedem Gestalter", aus: Bauhaus und Gesellschaft, 1929; siehe auch Lehr- und Organisationspläne des Bauhauses nach 1928 (diese Periode des Bauhauses ist charakterisiert durch Vermehrung der exakten Wissenschaften im Lehrplan), in: Schnaidt, C., Hannes Meyer, Bauten, Projekte, Schriften, Teufen 1965, S. 46, 49, 106

3 Geyer, B., Schmid, A., Der gegenwärtige Stand und die Perspektive des Baukastensystems, in: „Deutsche Architektur", Heft 6/1965, S. 326

4 Flierl, B., Die Architektur im entwickelten System des Sozialismus, in: „Deutsche Architektur", Heft 6/1967, S. 565

5 Schädlich, Ch., Über sozialistischen Realismus in der Architektur, in: „Deutsche Architektur", Heft 11/1963, S. 655

6 Schmidt, H., Über die Notwendigkeit der Architektur und Architekturtheorie, in: „Deutsche Architektur", Heft 10/1963, S. 585

7 Norberg-Schulz, Chr., Logik der Baukunst, Berlin 1965, S. 104, Anmerkung 87 (Ullstein-Bauwelt-Fundamente)

8 Flierl, B., a. a. O., S. 566

9 Politische Ökonomie, Lehrbuch, Berlin 1955, S. 44 ff.

10 In: Goethe, J. W., Wilhelm Meisters Lehrjahre

11 Schädlich, Ch., a. a. O.; siehe auch Schädlich, Ch., L. B. Albertis Schönheitsdefinition und ihre Bedeutung für die Architekturtheorie, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, Heft 4/1957/58, S. 278

12 So Hannes Meyer: alle dinge dieser welt sind ein produkt der formel (funktion mal ökonomie). bauelemente organisieren wir nach ökonomischen grundsätzen zu einer konstruktionseinheit. so erstehen selbständig und vom leben bedingt die einzelformen, der gebäudekörper, die materialfarbe und die oberflächenstruktur, aus „bauen", 1928, in: Schnaidt, C., a. a. O., S. 94

13 Magritz, K., Der Gegenstand der Architekturtheorie – Aufbau eines Modells, in: „Deutsche Architektur", Heft 9/1967, S. 568 bis 569

14 Zu dem Problemkreis „Systeme von Massepunkten im Sinne der klassischen Mechanik" siehe Marxistische Philosophie, Lehrbuch, Berlin 1967, S. 266, 267, 168, 282

15 Siehe Crome, W., Stammesgeschichte und System der Tiere, in: Urania Tierreich, Wirbellose Tiere, Bd. 1, Leipzig 1967, 1. Aufl., S. 15 ff.

16 Siehe Pfefferkorn, F., Wissenschaftsplanung und Philosophie, in: „Deutsche Zeitschrift für Philosophie", Heft 4/1966, S. 469 bis 473

17 Siehe Infeld, L., Albert Einstein, Sein Werk und sein Einfluß auf unsere Welt, Berlin 1957, S. 156 bis 158

18 Siehe Pfefferkorn, F., a. a. O., S. 470

19 Ebenda, S. 471

20 Ebenda, S. 472 bis 473

21 Siehe hierzu Schulz, J., Über die soziale Determiniertheit der architektonischen Struktur, 1918 bis 1933, Methodologische Versuche zur Geschichte des Wohnungsbaus, in: „Deutsche Architektur", Heft 2/1968, S. 106

Wege und Umwege

Dr. Karl-Ludwig Harth, Potsdam-Babelsberg

Vom Wege abzukommen ist unstatthaft. Das gilt in jeder Hinsicht, sogar in wortwörtlicher. „Das Betreten der Grünanlagen ist verboten" – so die allgemein bekannte Formulierung. Wie mit allen häufigen und umstrittenen Erscheinungen hat sich mit ihr der Volkswitz beschäftigt: „Dieser Weg ist keiner, wer es dennoch tut, zahlt 5 Mark." Und unfreiwillige Komik liegt in der treuherzigen Aufforderung, die Bürger mögen doch ihre Anlagen schonen. Aber spätestens seit dem 5. Januar 1968 hat der Spaß ein Ende; an diesem Tage sprach die Geraer „Volkswacht" nicht mehr von Rasenlatschern und Pfadfindern, sondern von „Eselspfaden", die von entsprechendem Getier beschritten würden.

Ich halte dieses schwelende Problem einer Betrachtung für wert. Ist es ein nicht weiter motivierbares asoziales Verhalten, ist es Freude am Widerspruch und Undiszipliniertheit, die so viele Fußgänger dazu bringt, einen Fingerbreit und mehr vom Wege der Stadtplaner tagtäglich abzukommen? Sind die Architekten schlechthin und uneingeschränkt im Recht, wenn sie mit Schildern und Verboten die angestrebte („projektierte") Ordnung durchsetzen möchten?

Mich fasziniert das Problem schon seit Jahrzehnten.

Mein erstes nachhaltiges Erlebnis entstammt der Nachkriegszeit. Als in der Innenstadt ein zerbombter Häuserblock abgetragen worden war, liefen die Leute über den so entstandenen Platz, der immerhin größer war als ein Fußballfeld, kreuz und quer – wie ihr jeweiliges Ziel es ihnen nahelegte. Einige Jahre später kamen Gärtner, sie gruben den Boden um, säten Rasen und pflanzten vereinzelt Bäume. Wege wurden angelegt. Und nun konnte man nicht mehr auf kürzestem Wege über den Platz gelangen. Gewiß, es waren keine verschlungenen Wege angelegt worden, wie man sie in großen Parks antrifft. Es war vielmehr der annähernd rechteckige Platz durch vier schnurgerade Wege aufgeteilt, gewissermaßen randnahe Parallelen zu den vier umgebenden gepflasterten Gehsteigen. Es gab keine Diagonalen, keine Wege durch das gedachte Zentrum.

Damals war man dankbar für alles, auch für eine neue Grünanlage. Fast alle hatten so etwas wie Ehrfurcht vor dem zarten hellgrünen Rasen, der seiner Sache noch gar nicht sicher schien. Deshalb gingen wir auf den angelegten Wegen, auch wenn es uns nicht ganz recht war. Eines Nachts jedoch, und das ist die Pointe der Geschichte, war Schnee gefallen. Man sah nun keine Wege, keinen Rasen mehr. Und wie auf Verabredung gingen die Leute so über den Platz, wie es zweckmäßig war: Sie wählten die Gerade als die kürzeste Verbindungslinie zwischen zwei Punkten. Dabei gab es natürlich Individualisten. Insgesamt jedoch zeichneten sich im Schnee mehrere Hauptrichtungen ab. Das war für mich das Beeindruckende: die beiden Diagonalen vor allem und andere Wege, die das Zentrum schnitten. Eine unbewußte Dokumentation, eine Volksabstimmung sozusagen war entstanden. Oder ein Verbesserungsvorschlag? Man wußte ihn nicht zu deuten. – Soweit meine Erinnerung aus Leipzig.

Heute noch sieht man solch unglücklich angelegte große Rasenflächen in vielen Städten. Zum Beispiel als Platz der Einheit in Potsdam. Wer von den Straßenbahnhaltestellen zur Post will oder von der Bushaltestelle ins Café – immer läuft er „mit der Kirche ums Dorf". Sonntags ist das ja ganz nett. Die Woche besteht jedoch vor allem aus Werktagen. Da ist das reine Zeitvergeudung. Seitdem also achte ich mit Eifer auf die Zweckmäßigkeit von Straßen und Wegen.

Am Ausgang eines Großbetriebes am Stadtrand zum Beispiel biegen alle, die das Werk verlassen, nach links ab, weil sie nur so zur Stadt gelangen. Vor dem Werktor gibt es jedoch links wie rechts etwa zehn Meter tiefe Grünanlagen, in deren Mitte ein gepflasterter Zugang im rechten Winkel zur öffentlichen Straße führt. So mußte man statt der zweckmäßigen Hypothenuse (nach links) die beiden Katheten des denkbaren gleichseitigen rechtwinkligen Dreiecks ablaufen. Das aber taten die wenigsten. Links war der Rasen tief eingetreten von den zahllosen Spuren zielstrebiger Fußgänger. Daraufhin brachte der Betrieb ein Schild an (Text siehe oben) – es half rein gar nichts, obwohl dabei nur etwa 5 m gespart wurden! Da gab der Betrieb nach und legte links einen gepflasterten Weg an. Das hat mir imponiert. (Es ist übrigens mein Betrieb.) Es ging ihm nicht ums Rechtbehalten. Er kam der Auffassung der großen Mehrheit nach. Vielleicht hat er sich auch gedacht, daß man Menschen, die eben noch 8 Stunden lang rationell produziert haben, nicht unrationell heimlaufen lassen soll. Das wäre eine Verbindung von der Aufforderung, durch Rationalisierungsvorschläge mitzuregieren, und dem schlechten Umweltbeispiel unrationell angelegter Wege. Aber soviel Einsicht zeigt nicht jeder Befugte, deshalb schreibe ich ja.

Zur gleichen Zeit, als sich dieser stumme Zweikampf zwischen Theorie und Praxis vor meinem Betrieb abspielte, geschah irgendwo anders das folgende. (Wenn ich mich so unbestimmt ausdrücke, dann deshalb, damit sich die Beispiele nicht verselbständigen. Es geht nicht entfernt darum, eine einzelne Stadt „bloßzustellen"!) Bei der Neugestaltung eines durch den Krieg zerstörten Doppelplatzes mit einem inmitten gelegenen ausgebrannten historischen Gebäude war man nach jahrzehntelangen Überlegungen zu dem Entschluß gelangt, dieses riesige Gemäuer doch abzureißen. Dadurch ergaben sich für die Stadtplanung ganz neue Möglichkeiten, weil nun gewissermaßen drei Plätze zu einem zusammenfielen. Unter anderem wurde auch die Straßenbahn verlegt.

Da die Straßenbahnzüge ziemlich weit vom vorgesehenen Übergang entfernt hielten, schufen die Passanten Abhilfe und überquerten rechts die Fahrbahn oder links die Gegengleise an durchaus nicht vorgesehener Stelle. Daraufhin wurde zunächst zwischen den Gleisen ein Trennetz gezogen; als schließlich die Bürger der Stadt schon an ein Gewohnheitsrecht glaubten, wenigstens die rechte Seite rationell überqueren zu können, wurde dort auf der anderen Straßenseite durch Geländebarrieren gesperrt. Nun bleibt es nur noch den Jugendlichen überlassen, zu Zeiten, an denen der Verkehrsknotenpunkt nicht besetzt ist, durch kühne Flanken das neue Hindernis zu nehmen.

Der Grund für Undiszipliniertheiten solcher Art liegt also in der unzweckmäßigen Stadtplanung.

Die anderen Verkehrsteilnehmer laufen mehr oder weniger indigniert entgegen ihrem Ziel zurück, damit die Planung recht behält. Hier geht es nicht mehr um 5 m, hier stehen etwa 75 m auf dem Spiel. Auch das ist keine weltbewegende Strecke, wenn man sie aus der Erziehung und dem Hang der Menschen zur Vereinfachung, Einsparung und Abkürzung von Prozessen ausklammert. Und das eben ist der Fehler!

Wäre es nicht gescheiter, auch bei der Planung von Wegen und Straßen sozusagen „den ersten Schnee" abzuwarten, um durch den einen oder anderen Benutzertest die Hauptzielrichtungen zu ermitteln? Selbstverständlich werden die Wegbenutzer nur dorthin laufen können, wo sich Wegziele anbieten. Bei Plätzen in Städten sind das also die öffentlichen Gebäude und Warenhäuser. Man sollte eigentlich meinen, daß die Kenntnis dieser Ziele ausreicht, um auch ohne empirische Untersuchung eine passable Wegführung auszuknobeln. Dem wird wohl zumeist nicht die Einsicht entgegenstehen, sondern die Tradition zur Symmetrie. Deshalb wäre letzten Endes gegen die überlieferte Sucht zu sprechen, Wege als Umwege anzulegen, nur weil sie formalästhetisch schön sind.

Bei allen Dingen des täglichen Gebrauchs, von der Diesellok bis zum Fußgängerweg, ist mir aber das Zweckmäßigste das Schönste.

Im Jahre 1967 bekannte sich der sowjetische Forscher Witali Aleksandrow zu dieser Auffassung, daß „jede Ökonomie am Ende eine Ökonomie der Zeit und diese einer der höchsten Reichtümer der Gesellschaft" ist. Für unser Thema heißt das, auch ungewöhnlichen Lösungen bei der Projektierung den Vorzug geben, wenn sie statt formaler Ästhetik funktionelle Ästhetik bringen.

Der konkreten Forschung zuwenden

Kurt Wilde und Roland Wauer, Dresden

Im Heft 2/1968 dieser Zeitschrift erschien ein Artikel von Lothar Kühne, in dem der Autor „kritische Reflexionen" zum Verhältnis von Architektur und Kunst anstellt. Die in diesem Artikel enthaltenen Tendenzen veranlassen uns zu einer Stellungnahme.

Der Autor setzt voraus, daß der „theoretischen Wesensbestimmung der Architektur" in unserer Zeit eine besondere Bedeutung zukomme. So ist wohl auch sein Artikel als Beitrag zur Klärung dieser zweifellos wichtigen Frage aufzufassen. Wir sind völlig mit L. Kühne einverstanden, wenn er schreibt, daß die „auf der theoretischen und methodologischen Grundlage des Marxismus-Leninismus beruhende Architekturtheorie" sich „als Theorie einer revolutionären Praxis" begreift. (In diesem Zusammenhang betont der Autor besonders die normative Rolle der Theorie.) Sehr wichtig scheint uns auch seine folgende Aussage: „Die Festlegung des Ausgangspunktes der Arbeit an der sozialistischen Architekturtheorie beruht wesentlich auf einer Diagnose der bestehenden Praxis." Allerdings vermochten wir in den Ausführungen von L. Kühne zur „theoretischen Wesensbestimmung der Architektur" keine Ansätze zur Realisierung dieser vom Autor erhobenen nützlichen Postulate zu finden. Wo man, wenn schon keine Diagnose, so doch „Reflexionen" über die „bestehende Praxis" erwarten dürfte, verblüfft uns der Verfasser sofort mit der kühnen Behauptung: „Solange die Architektur nicht als eine besondere Seite der Wirklichkeit gegenüber den Künsten und den anderen Produkten der Arbeit begriffen wird", wird sich auch „die extreme Pendelbewegung zwischen einer gestalterisch-künstlerischen und einer technisch-praktizistischen Sicht ... gegen unseren Willen reproduzieren." Für L. Kühne liegt demnach die Ursache der Schwankungen in der Auffassung der Architektur (als Kunst oder als Nicht-Kunst) im einfachen Nichtbegreifen der Architektur als „besondere Seite der Wirklichkeit"! Wir sind allerdings der Meinung, daß die primäre Ursache dieser Erscheinungen nicht im ideellen Bereich zu suchen ist.

Ebenso apriorisch erscheint uns des Autors rigorose Verneinung jeglichen synthetischen Charakters der Architektur. Dabei wendet er sich gegen den Vorschlag von Bruno Flierl, die Architektur als die „ästhetisch gestaltete, auch künstlerisch gestaltbare, gebaute räumliche Umwelt des Menschen" zu bestimmen.

Worin besteht nun L. Kühnes eigene Auffassung vom Wesen der Architektur? Eine faßliche Antwort auf diese Frage haben wir nicht finden können. Allerdings trifft der Autor einige Bestimmungen, die auf eine Konzeption schließen lassen. So bemerkt er: „Der Architekt hat den wirklichen Lebensprozeß unmittelbar und ganzheitlich zum Gegenstande, alles andere sind seine Mittel. Er hat vor allem Probleme des praktischen Lebens in der für die Architektur bestimmenden Ebene zu lösen." Zunächst einmal wird nicht klar, in welchem Sinne vom „Gegenstand" des Architekten gesprochen wird; gewöhnlich unterscheidet man hierbei wenigstens zwischen dem Gegenstand der praktischen Einwirkung und dem Gegenstand der ideellen Widerspiegelung. Vermutlich meint L. Kühne den Gegenstand der Architektur gerade im ersten Sinne. Davon zeugen Formulierungen wie: „Die Architektur dient den Menschen unmittelbar zur räumlichen Organisation ihres Lebens." „Die Aufgabe der praktischen Funktionserfüllung ist für die Künste nicht spezifisch. Für die Architektur ist sie grundlegend."

Die Konzeption L. Kühnes besteht also darin, der Architektur die Fähigkeit der künstlerischen Widerspiegelung prinzipiell abzusprechen. Er entwickelt diese Linie durch die Herausarbeitung des „instrumentalen Bezuges" der Architektur, welcher für „die Bestimmung des spezifischen Charakters der Kunst ... unwesentlich" sei. Nach unserer Auffassung kann über den künstlerischen Aspekt der Architektur nicht entschieden werden, indem man verlangt, daß die Architektur „entweder in die Gruppe der Künste oder in die der Geräte und Gebrauchsgegenstände" einzuordnen sei, sondern es muß gefragt werden: Verhindert der zweifellos vorhandene instrumentale Bezug die Entfaltung künstlerischer Potenzen in der Architektur? Dafür gibt es bis heute wohl keine Beweise. Allerdings belegt die Baugeschichte die Existenz einer großen Reihe von Werken, denen man das Prädikat „künstlerisch" wohl schwerlich streitig machen kann und die trotzdem ihrer Funktion Genüge tun.

Offenbar wird bei L. Kühne die Frage nach dem „instrumentalen Bezug" eines Werkes zum Hauptkriterium dafür, ob es der Kunst zuzurechnen sei oder nicht. Wir hingegen meinen, daß das Hauptmerkmal eines Kunstwerkes seine künstlerische Aussage ist. Damit wird allerdings vorausgesetzt, daß nicht jedes Bauwerk gleichzeitig ein Kunstwerk ist, ja, daß nicht einmal jede Kategorie von Bauwerken die Voraussetzungen besitzt, überhaupt Kunstwerk zu werden. Ob ein Bauwerk ein Kunstwerk wird, das hängt von vielen Faktoren, unter anderem von der gesellschaftlichen Wertigkeit der Bauaufgaben, ab. Wir haben es hier mit einer komplizierten Frage zu tun, deren exakte Beantwortung noch ausführlicher Forschung bedarf.

Im Gegensatz zu L. Kühne stehen wir auf dem Standpunkt, daß der „instrumentale Bezug" durchaus nicht von vornherein als etwas der Kunst fremd oder feindlich Gegenüberstehendes zu werten ist. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, verwendet und modifiziert die Kunst überhaupt Mittel, die in der Wirklichkeit in anderen funktionalen Zusammenhängen existieren; die künstlerische Gestaltung beruht, von dieser Seite gesehen, darauf, diese Mittel (z. B. die Sprache) in einen neuen, ästhetisch bestimmten Zusammenhang zu bringen. Dabei beruht die Wirkung dieser Mittel im Kunstwerk weitgehend auf jenen ästhetischen Eigenschaften, mit denen sie sich in der Wirklichkeit bereits angereichert haben. Der „instrumentale Bezug" der Wörter in der Alltagssprache ist die Voraussetzung für ihre poetische Formierung. Der instrumentale Bezug ist im künstlerischen Bezug „aufgehoben".

Eine solche dialektische Aufhebung scheint uns auch in der künstlerischen Wirkungsweise der Architektur vorzuliegen und dringend der Untersuchung zu bedürfen. Allerdings ist die Art dieser Aufhebung eine etwas andere als zum Beispiel in der Literatur. Der „instrumentale Bezug" wirkt nicht nur als „Erinnerung" weiter, sondern er liegt der künstlerischen Gestalt real zugrunde. In diesem Sinne besitzt die Architektur tatsächlich eine Sonderstellung, was aber nicht heißt, daß sie „weder Kunst noch industrielle Technik" ist.

In seiner metaphysischen Trennung von „ästhetischem" und „künstlerischem" Gestalten ignoriert L. Kühne die in der Wirklichkeit vorhandenen Übergänge zwischen beiden Bereichen.

Wenn L. Kühne die Frage nach den künstlerischen Möglichkeiten der Architektur a priori verneint, so liegt es nicht in unserer Absicht, sie in ebensolcher Weise zu bejahen. Doch stellen wir fest, daß wir die Behauptung des Autors, die künstlerische Gestaltungsweise in der Architektur sei durch die Entwicklung der industriellen Produktionsmethoden aufgehoben, nicht für erwiesen halten. Wir erachten es sehr wohl für möglich, daß die „Gestaltstruktur" der Architektur im Sinne der Kunst organisiert wird (wie das auch in der Formulierung von B. Flierl zum Ausdruck kommt), daß, mit anderen Worten, die auf industriellen Standardelementen beruhende Architektur künstlerischer Aussage fähig ist.

Bemühungen in dieser Richtung halten wir durchaus nicht für eine „schädliche praktische Orientierung". Allerdings können die künstlerischen Möglichkeiten industrieller Bauweisen nur durch Erforschung der architektonischen Praxis und bewußte Experimente in diesem Sinne erkannt, nicht aber philosophisch deduziert werden.

Die Schwäche seiner Spekulation wird eklatant, sobald der Autor zur positiven Bestimmung der Architektur überzugehen sucht. Nachdem er die Architektur von der Produktgestaltung und den freien Künsten so nachdrücklich getrennt hat, vermag er sie mit ihnen nicht wieder zu vereinigen. Er schlägt vor, den Gestaltungsakt des Architekten „nicht als ästhetischen oder künstlerischen, sondern als architektonischen" zu charakterisieren, was der Autor wohl als wesentliche Neuerung empfindet.

Glaubt L. Kühne wirklich, mit einem solchen bloßen Wortspiel auch nur den geringsten Entwicklungsimpuls für unsere architektonische Theorie und Praxis gegeben zu haben? Meint er tatsächlich, durch die magische Formel von der „architektonischen Gestaltung" könne eine einzige wirkliche Gestaltungsfrage unserer Architektur geklärt werden?

Welchen konkreten Inhalt könnte der Begriff der „architektonischen Gestaltung" überhaupt besitzen? Wenn L. Kühne damit nicht die ästhetische oder künstlerische Seite der Tätigkeit des Architekten meint, dann kann dieser Begriff bei ihm nur die Gesamttätigkeit des Architekten bezeichnen. Wir meinen, daß damit der Begriff „architektonische Gestaltung" derart ausgeweitet wird, daß er jede Spezifik verliert und unbrauchbar wird; er ist dann mit dem sehr allgemeinen Begriff des „architektonischen Schaffens" identisch. Nach unserer Auffassung kann die Verwendung des Begriffs Gestaltung in bezug auf die Architektur nur sinnvoll sein, wenn damit die ästhetischen oder künstlerischen Bereiche im Schaffen des Architekten bezeichnet werden.

Die gegenwärtige Diskussion (den Artikel von L. Kühne nicht ausgenommen) läßt deutlich werden, daß die künstlerischen Probleme der Architektur nicht nur deshalb noch existieren, weil sie nicht bereits früher als Scheinprobleme erkannt worden wären, sondern weil sie objektive Züge der Praxis widerspiegeln. Mag man die Fragen des Künstlerischen auch per definitionem aus der Architektur verbannen, so stoßen wir doch in der architektonischen Praxis unvermeidlich wieder mit ihnen zusammen, und die Theoretiker haben die Pflicht, sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Nach unserer Auffassung ist heute auch völlig klar, daß der weitere Weg zur „Wesensbestimmung der Architektur" nur über die sachliche und praxisverbundene Forschung führt.

Wohnhochhäuser

Dr.-Ing. Silvio Macetti, Berlin

Mit der Herausgabe des beachtenswerten zweibändigen Werkes Wohnhochhäuser (Band I: Punkthäuser von Hans-Peter Schmiedel, Band II: Scheibenhäuser von Manfred Zumpe) hat der VEB Verlag für Bauwesen der weiteren Entwicklung des Wohnhochhauses in der DDR einen begrüßenswerten Dienst erwiesen. Damit wurde der erste Schritt unternommen, eine Lücke in unserer Fachliteratur zu schließen, die sich schon seit längerer Zeit bemerkbar machte.

Wie soll unser Wohnungsbau sich weiterentwickeln? Wie werden unsere Städte von morgen aussehen? Wie werden die Menschen in diesen Städten wohnen, arbeiten und sich geistig und physisch entwickeln?

Wie sollen wir heute bauen, damit unsere langlebigen Gebäude auch morgen den ständig wachsenden Anforderungen unserer sich dynamisch entwickelnden sozialistischen Gesellschaft gerecht werden? Dies sind Fragen, mit denen sich nicht nur die Architekten, sondern ein großer und sich ständig erweiternder Kreis von Menschen in der DDR lebhaft beschäftigt.

Die beiden Bände können als ein wesentlicher Beitrag zu dieser geistigen Auseinandersetzung betrachtet werden. Sie sind vor allem ein gutes Nachschlagewerk für alle Architekten, die sich in fast allen Städten der Republik mit dem Entwurf und dem Bau von Wohnhochhäusern beschäftigen.

Die Verfasser haben versucht, das Problem der Wohnhochhäuser allseitig zu behandeln und von verschiedenen Aspekten die Geschichte und den gegenwärtigen Stand ihrer Entwicklung in der Welt darzustellen. Dieser Versuch ist ihnen in vieler Hinsicht gelungen.

Als gelungen sind vor allem die technisch-funktionellen Aspekte und die Auswahl der Beispiele anzusehen, die ein zusammenfassendes Bild der gesamten Entwicklung bieten. Sowohl im Band I als auch im Band II sind Grundrißlösungen, Erschließungsformen, Treppen und Aufzüge, Fragen der Besonnung und die technisch-konstruktiven Aspekte der Wohnhochhausbebauung ausführlich und mit Klarheit behandelt worden.

Was aber den Entwicklungsprozeß, die Wirtschaftlichkeit, die städtebauliche Konzeption, die soziologischen Aspekte und die Perspektiven der weiteren Entwicklung des Wohnhochhauses anbetrifft, enthalten die beiden Bände meiner Ansicht nach manche mehr oder weniger strittigen Ansichten, von denen ich hier einige kurz berühren möchte.

Geschichtliche Entwicklung des Wohnhochhauses

Das Wohnhochhaus ist keine zufällige, sondern eine gesetzmäßige Entwicklungsstufe der Wohnhausform, die durch die komplexe Auswirkung einer Reihe von Faktoren sozialer, wirtschaftlicher, funktioneller, hygienischer und technisch-konstruktiver Natur bedingt und gefördert wurde, wobei zu bemerken ist, daß auf diese Entwicklung nicht allein Faktoren wie Bodenbeschaffenheit (Bd. I, S. 19), Repräsentationszwecke (Bd. I, S. 18) oder die spekulativ hochgeschraubten Grundstückspreise in kapitalistischen Städten Einfluß haben.

Die Entwicklung des Wohnhochhauses ist die logische Negation eines der größten Fehler des Städtebaus, nämlich der weitestgehend horizontalen Entwicklung des Wohnhauses. Diese Entwicklung hat eine Reihe von Nachteilen für das Leben der Menschen in der Stadt mit sich gebracht, von denen der wesentlichste die Raum- und Zeitverschwendung und die sich daraus ergebende Erschwernis und Verteuerung der kulturellen Betreuung und materiellen Versorgung der Stadt ist. Diese negativen Erscheinungen sind durch eine geringe Komplettierung mit vielgeschossiger Bebauung nicht zu überwinden. So sind allmählich die Voraussetzungen für die reale Entwicklung von Wohnhochhäusern herangereift.

Wirtschaftlichkeit

Beide Autoren haben mit Recht die Bedeutung der Wirtschaftlichkeit beim Bau von Wohnhochhäusern hervorgehoben. Hierbei darf meiner Meinung nach jedoch nicht außer acht gelassen werden, daß die sehr übliche Ermittlung des Kostenmehraufwandes für ein Wohnhochhaus gegenüber einem mehrgeschossigen Haus im Bereich der Aufzüge durchaus nicht einwandfrei ist. Das fünfgeschossige Wohnhaus ohne Aufzüge hat aller Wahrscheinlichkeit nach keine Zukunft. In vielen Ländern und vor allem in der Sowjetunion wird heute schon die Frage diskutiert, sogar die bestehenden fünfgeschossigen Wohnhäuser mit einem Aufzug auszustatten. Von diesem Standpunkt aus wird sich eine beachtenswerte Korrektur des Kostenmehraufwandes zugunsten des Wohnhochhauses ergeben, die für die künftige Entwicklung von Bedeutung ist.

Zwei weitere wesentliche Faktoren, denen bisher nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt wurde und die künftig immer mehr an Bedeutung gewinnen werden, sind der Unterhaltungsaufwand und der Benutzungsaufwand (Mittel und Zeit), von denen sich der zweite immer mehr zum entscheidenden Faktor entwickelt. Nur aus dieser komplexen Betrachtung kann man den Wirtschaftlichkeitsnachweis errechnen.

Soziale und soziologische Aspekte

Es ist zu begrüßen, daß die Autoren auf die sozialen und soziologischen Probleme bei der Entwicklung des Wohnhauses eingegangen sind. Es ist nicht zu leugnen, daß sich gerade auf diesem Gebiet die Entwicklung der Architektur und des Städtebaus der sozialistischen Gesellschaft grundsätzlich von der Entwicklung in der kapitalistischen Welt unterscheidet. Und das kommt in den beiden Bänden noch nicht genügend zum Ausdruck. Wir können durchaus auf die Frage, wie die Entwicklung der Wohnbebauung zur Lösung der herangereiften und künftigen soziologischen Probleme der sozialistischen Stadt beitragen kann, eine klare Antwort geben. Nehmen wir zum Beispiel die künftige Entwicklung der sozialistischen Lebensweise unter dem Aspekt der Ökonomie der Zeit und des Raumes oder die Wechselbeziehung zwischen allseitiger Entwicklung des Menschen und der Wohnweise oder die zwischen gesellschaftlichen Einrichtungen und der Wohnung unter dem Aspekt der Anforderungen des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus.

In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß man nicht nur als Architekt in der sozialistischen Gesellschaft, sondern sogar auch als progressiver Architekt in der kapitalistischen Welt mit der von Dr. Schmiedel zitierten Meinung von Prof. Bahrdt aus Hamburg nicht einverstanden sein kann, wonach sich der Architekt von den soziologischen Problemen fernhalten sollte.

Soweit kann Dr. Schmiedel zugestimmt werden, daß, wenn wir Architekten heute versuchen, das Problem der Entwicklung der Architektur aus der soziologischen Sicht zu behandeln, das in den meisten Fällen dilettantisch wird. Aber das ist kein Grund, die Finger davon zu lassen, im Gegenteil, das ist ein Beweis der ernsthaften Schwächen in der Ausbildung der Architekten der Gegenwart.

Der Architekt entwirft die gebaute Umwelt der Gesellschaft. Wie kann er diese Aufgabe erfüllen, wenn er mit den Entwicklungsbedingungen und Gesetzmäßigkeiten der Gesellschaft nicht vertraut ist?

In diesem Zusammenhang ist die Meinung von Dr. Schmiedel über das Problem der Emanzipation der Frau und die Haushaltsarbeit sehr bezeichnend. Er schreibt: „Ausschlaggebend ist letztlich das Resultat einer Rechnung, bei der das Arbeitsprodukt einer im Beruf stehenden Frau den Aufwendungen gegenübergestellt wird, die ihr diese Berufsarbeit überhaupt erst gestatten, bei der die Binnenarbeitsleistungen durch öffentliche Dienstleistungseinrichtungen ersetzt werden." (S. 62)

Dieser Anschauung liegen der heutige Zustand, bei dem die Frau in den meisten Fällen sich noch mit einer niedrigeren Berufsstufe begnügen muß, und die Vereinigung der Frau mit der Haushaltsarbeit zugrunde. Dr. Zumpe sieht einerseits, daß die Frau in zunehmendem Maße berufstätig wird, aber er hält ihr Einkommen nicht für ausreichend, die ständig teurer werdenden Dienstleistungskosten zu dekken, und findet einen Ausweg in der „Arbeit" der alten Eltern und Verwandten und Nachbarn. Gewiß, die Frauen bedienen sich damit einer Erscheinung, die historisch entstanden ist, die aber keineswegs in die künftige Entwicklung unserer sozialistischen Gesellschaft hineinpaßt.

Die Perspektiven der weiteren Entwicklung

Die Bemerkung von Dr. Schmiedel „Wohin die Entwicklung weiterführt, ist schwer abzusehen" (S. 18) läßt eine klare Perspektive vermissen. Auch die klaren Prognosen von Dr. Zumpe, daß die progressive Stadtplanung der Gegenwart eindeutig die Tendenz einer Erhöhung des Bebauungsverhältnisses und einer Vergrößerung der Wohndichte zeige, sind mir zu einseitig. Der Argumentation von Dr. Zumpe, wonach das Streben nach „Urbanität" oder „städtischer Atmosphäre" (S. 40 bis 45) als wesentlichstes Element des Trends nach einer höheren Wohndichte betrachtet wird, kann nicht zugestimmt werden.

Sowohl der sozialistische Städtebau wie auch progressive Kräfte des Städtebaus kapitalistischer Länder streben nicht schlechthin nach einer höheren Dichte, um eine höhere „Urbanität" oder „städtische Atmosphäre" zu erreichen, sondern sie verbinden die Notwendigkeit einer höheren Bebauung mit dem Hauptziel des sozialistischen und humanistischen Städtebaus, nämlich die besten Lebensbedingungen für den Menschen, für seine allseitige geistige und physische Entwicklung zu schaffen. Nicht nur die „Urbanität" und „städtische Atmosphäre", sondern auch eine prognostische Analyse der künftigen Entwicklung des relativen und absoluten Bedarfes an Freifläche und gebautem Raum in Verbindung mit den Anforderungen der künftigen Entwicklung der sozialistischen Lebensweise und demokratischen Entwicklung der Gesellschaft unter dem Aspekt der Ökonomie der Zeit und Ökonomie des Raumes entscheiden die optimale Dichte und die Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen Elementen der menschlichen Agglomerationen, die zu einer neuen Qualität führen werden.

Informationen

Bund Deutscher Architekten

Wir gratulieren

Architekt BDA Bauing. Friedrich Böhme, Rudolstadt,
2. August 1918, zum 50. Geburtstag

Architekt BDA Bauing. Erich Starke, Dresden,
3. August 1898, zum 70. Geburtstag

Architekt BDA Gerhard Mittag, Dresden,
8. August 1913, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Bauing. Walter Bolze, Halberstadt,
9. August 1913, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Dipl.-Arch. Werner Lonitz, Gera,
9. August 1913, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Bauing. Heinz Fleischer, Weimar,
12. August 1913, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Baumeister Fritz Misselwitz, Liebertwolkwitz,
13. August 1893, zum 75. Geburtstag

Architekt BDA Prof. Gustav Baterau, Weimar,
23. August 1908, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Bauing. Heinz Korschelt, Leipzig
28. August 1913, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Dipl.-Ing. Richard Zeidler, Plauen,
28. August 1898, zum 70. Geburtstag

Architekt BDA Josef Schade, Arnstadt,
29. August 1893, zum 75. Geburtstag

Architekt BDA Gartenbauing.
Werner Weise, Berlin,
31. August 1908, zum 60. Geburtstag

Diskussion über den Generalbebauungsplan der Stadt Gotha

Es ist zu einer guten Gewohnheit der BDA-Bezirksgruppe Erfurt geworden, die Sitzungen des erweiterten Vorstandes durch eine Hauptveranstaltung zu beginnen, in deren Mittelpunkt stets aktuelle Probleme von Städtebau und Architektur stehen.

Angeregt durch die Präsidiumssitzung des BDA in Erfurt zur Generalbebauungsplanung traf sich der Bezirksvorstand im April in der Stadt Gotha, um die Ergebnisse der Generalbebauungsplanung sowie den Stand der Vorbereitung des städtebaulichen Wettbewerbes zur Umgestaltung des Stadtzentrums von Gotha zu beraten. Einleitend gab Dipl.-Ing. Münch, Büro für Städtebau Weimar, einen Überblick zur Generalbebauungsplanung der Stadt und verglich an Hand der Flächennutzungs- und Verkehrspläne aus den Jahren 1942, 1953, 1963 und 1966 die Tendenzen in der Ausweisung von Wohnungsbau- und Industrieflächen sowie der diese Flächen verbindenden Verkehrswege und öffentlichen Nahverkehrsmittel.

Abgesehen von unrealen, der Entwicklung der Stadt widersprechenden Vorstellungen unter Vernachlässigung baueinschränkender Bedingungen (angestellte Planungsvorstellungen in der Zeit vor 1945) zeigen die nachfolgenden Planungen einen stets höheren Grad der Reife, wobei die notwendige Komplexität in dem vorliegenden Generalbebauungsplan erreicht wurde.

Die Generalbebauungsplanung von Gotha ist die erste Stadtplanung im Bezirk, die, ausgehend von einem ökonomischen Programm, die politische, ökonomische und technisch-gestalterische Entwicklung der Stadt unter Beachtung der Möglichkeiten und Erfordernisse der Standortverteilung der Produktivkräfte, der Ressourcen und Bedingungen des Stadtterritoriums sowie der engen Verflechtungen zum Umland umfassend betrachtet.

Das Programm wie auch das Planwerk sind das Ergebnis einer breiten Gemeinschaftsarbeit zwischen den Räten der Stadt und des Kreises Gotha, den ständigen Kommissionen und eigens für die Planung gebildeten Facharbeitsgruppen, die die Fachleute aus den Betrieben und Einrichtungen sowie die Bevölkerung einbezogen haben. So stellt die Generalbebauungsplanung eine solide Grundlage für die städtebauliche wie auch kommunalpolitische Entwicklung der Stadt dar.

Wesentlicher Bestandteil des Generalbebauungsplanes der Stadt Gotha sind die Untersuchungen zur Umgestaltung der Innenstadt. Grundlagen hierzu lieferten umfangreiche Untersuchungen der Deutschen Bauakademie, die bei der Bestandseinschätzung recht wirkungsvoll von der Ingenieurschule für Bauwesen Gotha unterstützt wurden. Jedoch konnten frühere Vorschläge aus dem Jahre 1960 den Anforderungen der sozialistischen Umgestaltung des in seiner Bausubstanz stark überalterten Stadtzentrums von Gotha nicht genügen. Es gelang beispielsweise nicht, die Neubauten mit der erhaltenswürdigen historischen Bausubstanz so zu verbinden, daß der Charakter der Innenstadt-Struktur erhalten bleibt und eine stadttypische städtebauliche Lösung erreicht wird.

Die Realisierung dieser Ideen hätte zu einer Herabwürdigung der Funktion des Stadtzentrums geführt. In ersten Untersuchungen durch das Büro für Städtebau Weimar wurden verschiedenartige Bebauungsvorschläge für die Schwerpunkt-Teilgebiete entwickelt, die vorerst dazu dienen, in Variantenvergleichen die Gestaltungsmöglichkeiten mit den damit verbundenen ökonomischen Bedingungen (Kosten, Bebauungsdichte) zu untersuchen.

Ausgehend von Ergebnissen der vorgenannten Untersuchungen, vom Generalbebauungsplan und von den Schlußfolgerungen des 4. Plenums des ZK der SED zu Fragen der Entwicklung von Städtebau und Architektur, wird die Umgestaltung des Stadtzentrums durch einen städtebaulichen Ideenwettbewerb vorbereitet, der im Herbst 1968 vom Rat der Stadt Gotha ausgeschrieben werden wird.

Der Vortrag der Ausschreibungsbedingungen durch den Kreisarchitekten, Ingenieur Backhaus, löste die anschließende Diskussion der zahlreichen Besucher aus. Es war erfreulich festzustellen, daß die in Gotha beheimateten Architekten, die in den verschiedenen Projektierungsbetrieben der Industrie und des Bauwesens sowie in der Ingenieurschule für Bauwesen beschäftigt sind, ein großes Interesse für die städtebauliche Entwicklung ihrer Stadt zeigen.

Es wurden Vorschläge zur Untergliederung des Wettbewerbes in zwei Stufen – analog dem Wettbewerb Jena – unterbreitet, und es wurde empfohlen, innerhalb der ersten Wettbewerbsstufe das dringlich zu erneuernde Gebiet zwischen Bürgeraue und Markt (westliches Umgestaltungsgebiet) gründlich bearbeiten zu lassen, um schnell die städtebaulichen und architektonischen Voraussetzungen für den Beginn der Umgestaltung zu schaffen.

Mit der Zusage, Möglichkeiten zur Teilnahme am Wettbewerb an der Ingenieurschule sowie in einem Planungskollektiv des Bundes Deutscher Architekten zu suchen, schloß die gelungene Veranstaltung.

Kurt Weinrich

Architekturstudenten gestalten die sozialistische Umwelt

Im Zusammenhang mit den Ergebnissen des 4. Plenums des ZK der SED zu Fragen des Städtebaus und der Architektur ist die öffentliche Verteidigung am 14. Februar 1968 an der Fachrichtung Architektur der Fakultät für Bauwesen an der Technischen Universität bemerkenswert, in deren Verlauf cand. arch. Helga Körner und cand. arch. Horst Lunk ihre Diplomarbeiten erfolgreich verteidigten. Die Arbeiten führten zu einer grundlegenden Verbesserung der bisherigen Projektvorstellungen der Auftraggeber. Die Ergebnisse fließen unmittelbar in den weiteren Verlauf der Investitionsvorhaben ein.

Frau Körner projektierte am Institut für Industriebau und Entwerfen, Prof. Dipl.-Ing. Schaarschmidt, eine Zentralküche für 4000 Essenteilnehmer mit Speisesaal im VEB Mineralölwerk Lützkendorf. Das Technische Büro des Betriebes hatte das Institut um Hilfe bei der Erarbeitung der TÖZ des für 1969 geplanten Vorhabens gebeten.

Frau Körner konnte auf dem beengten Baugelände bei beschränktem Baukostenlimit über mehrere Varianten eine vom Betriebsablauf her außerordentlich günstige bauliche Lösung entwickeln. Das Gebäude für den zentralen Verpflegungsbetrieb enthält im Erdgeschoß Vorbereitungsabteilungen für Kartoffeln, Gemüse, Fleisch, Fisch und Feinkostwaren, im Zwischengeschoß Dauerlager, Sozialräume

und Versorgungszentralen, im Obergeschoß Endküche und Speisesaal mit 500 Plätzen. Die Selbstbedienungsausgabe für 16 Wahlessen ist so ausgelegt, daß bei dem zu erwartenden stoßweisen Andrang der Essenteilnehmer in fünf Minuten eine Saalbelegung versorgt ist.
Die anwesenden Vertreter des Betriebes hoben die gute Zusammenarbeit mit dem Institut und der Diplomandin hervor. Sie teilten mit, daß die Diplomarbeit als Projektkonzeption übernommen wird.
Herr Lunk entwarf am Institut für Wohn- und Gesellschaftsbau, Lehrstuhl für Bauten der Wohngebiete, Prof. Dr.-Ing. habil. Trauzettel, das Wohnkomplexzentrum IVa in Weißwasser. Der Hauptinvestor hatte sich auf Grund einer ähnlichen, stark beachteten Arbeit für ein Wohnkomplexzentrum in Hoyerswerda an das Institut gewandt, zu einer vorliegenden Baukonzeption einen Gegenvorschlag bearbeiten zu lassen.
Herr Lunk erreichte eine architektonisch-räumlich reizvollere und sparsamere Komposition der Gebäude und Freiflächen. Durch Konzentration von drei getrennt angeordneten zweizügigen Oberschulen ließ sich ein musisch-polytechnischer Trakt für die gemeinsamen Spezialräume entwickeln. Weiterhin ließ sich ein zentraler Turnhallen- und Sportkomplex vorsehen. Durch die geschickte räumliche Zuordnung der Gebäude ergeben sich vielfältige Erlebnisbereiche. Die günstigsten Voraussetzungen zur Freizeitnutzung der Einrichtungen der Volksbildung durch die Bewohner des Wohnkomplexes tragen wesentlich zur Entwicklung des kulturellen Lebens bei. Das Ergebnis der Diplomarbeit wird als Grundlage für die spätere Projektlösung angesehen. Hans-Joachim Papke

Bücher

■

Erhard Schlechte

Festigkeitslehre für Bauingenieure

432 Seiten, 267 Abb., 23 Tafeln

VEB Verlag für Bauwesen, Berlin 1967

Leinen 39,– Mark

Unter dem Sammelbegriff des Bauingenieurwesens hat sich heute eine besondere Vielzahl von teils schon sehr unterschiedlichen Sachgebieten zusammengefunden. Dabei ist der konstruktive Ingenieurbau als der klassische Kern anzusehen. Der konstruktive Ingenieurbau hat seine wissenschaftliche Grundlage in den verschwisterten Wissensgebieten der Statik und Festigkeitslehre.
Während nun auf dem Gebiet der Statik (als der Lehre vom Gleichgewicht der an einem Körper angreifenden Kräfte) eine ganze Reihe von Gesamtdarstellungen erschienen ist, die die Wahl des Angemessenen für den einzelnen bereits schwierig macht, fehlte diese Vielfalt eigenartigerweise auf dem Gebiet der Festigkeitslehre (als der Lehre von den Beanspruchungen infolge der an den betrachteten Körper angreifenden Kräfte).
Ganz zweifellos wird mit dem vorliegenden Werk eine in letzter Zeit bereits spürbar gewordene Lücke in Studium und Praxis geschlossen. Das vorliegende Lehr- und Fachbuch dürfte in die weitgesteckten Erwartungen, die man an eine solche Gesamtdarstellung immer knüpft, voll erfüllen. Grundkenntnisse der elementaren Festigkeitslehre werden vermittelt. Darüber hinaus wird der Interessierte in neuere Probleme der Elastizitäts-, Torsions-, Plastizitäts- und Stabilitätstheorie eingeführt. So werden beispielsweise Ansätze für die experimentelle Spannungsanalyse gegeben, wird gezeigt, wie die Wölbkrafttorsion mit und ohne Schubverformung zu berücksichtigen ist, wird die Annahme von Fließgelenken zur Bestimmung von Traglasten betrachtet. Zusammenhängend mit dem Elementarstoff ist eine Reihe von aktuellen Fragen, wie etwa die der Sicherheit, behandelt. Die vornehmliche Elementform ist der gerade oder gekrümmte Stab. Ausgeschlossen ist damit die höhere Festigkeitslehre, die sich mit Platten, Scheiben und Schalen beschäftigt. Neben herkömmlichen Querschnitten werden besonders der dünnwandige offene oder geschlossene und der sogenannte offen-geschlossene Querschnitt betrachtet.
Abschließend sei das informative Literaturverzeichnis erwähnt, in das auch neuere wissenschaftliche Arbeiten Eingang gefunden haben, so daß man wohl erstmalig einen geschlossenen Überblick über das Sachgebiet erhält. Walter Ammer

■

Werner Radig

Das Bauernhaus in Brandenburg und im Mittelelbegebiet

Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin,

Veröffentlichungen des Instituts für deutsche Volkskunde, Band 38

104 Seiten, 61 Abbildungen

Akademie-Verlag, Berlin 1966

Broschiert 5,50 M

Dem Bauernhaus in der DDR ist eine auf vier selbständige Teile vorgesehene Reihe gewidmet. Sie wurde mit Mecklenburg begonnen und soll durch Sachsen und Thüringen vervollständigt werden. Die vorliegende Veröffentlichung ist der zweite Band davon und gibt einen allgemeinverständlichen Überblick über den gegenwärtigen ländlichen Althausbestand in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder), Magdeburg und Halle.
Dieses Gebiet ist für den Hausforscher von besonderem Interesse, da hier niederdeutsche und mitteldeutsche Einflüsse aufeinandertreffen, die sich in unterschiedlichen Hausformen bemerkbar machen. Längsgegliederter Grundriß und giebelseitiger Aufschluß sind Merkmale der niederdeutschen Formengruppe, zu der das niederdeutsche Hallenhaus und das märkische Mittelflurhaus gehören. Das märkische Mittelflurhaus besitzt noch Varianten: das Nuthe-Nieplitz-Haus mit seinem speicherähnlichen Vorbau und das Giebellaubenhaus der Oderdörfer.
Die zweite, die mitteldeutsche Formengruppe, umfaßt die Häuser mit quergegliedertem Grundriß und langseitigem Aufschluß: das Wohnstallhaus, das Doppelstuben- und das Doppelhaus. Aber nicht nur die bäuerlichen Wohnhäuser werden in zahlreichen Beispielen dargestellt, sondern auch die traditionellen landwirtschaftlichen Betriebsgebäude, unter denen die Stallgebäude mit Oberlauben in bezug auf ihre Gestaltung hervorragen. Selbstverständlich werden die verschiedenen Gehöftformen behandelt. Auch auf Landschaft und Siedlung wird eingegangen, und es werden die auftretenden Bauweisen beschrieben, wobei dem Fachwerkbau der größte Platz eingeräumt wird.
Der Text erfährt durch die zahlreichen Fotos und Zeichnungen eine sinnvolle Ergänzung. Erläuterungen hauskundlicher Fachbegriffe und ein Verzeichnis der wichtigsten Literatur vervollständigen das kleine Bändchen und machen es zum willkommenen Nachschlagewerk sowohl für den Fachmann als auch für den am Bauernhaus interessierten Laien. Jochen Helbig

■

Begrünung der Städte

Herausgegeben vom Staatlichen Verlag für Bauwesen und Architektur bei Gosstroj der UdSSR und dem Kiewer wissenschaftlichen Forschungs- und Projektierungsinstitut für Städtebau

In russischer Sprache

342 S., zahlreiche Abb., Tab. und Literaturhinweise

Verlag Budiwelnik, Kiew 1966

Das Buch wurde von einem Mitarbeiterkollektiv des Sektors „Begrünung der Siedlungen" im Kiewer wissenschaftlichen Forschungs- und Projektierungsinstitut für Städtebau unter Teilnahme von Mitarbeitern des Wissenschaftlichen Forschungsinstituts für Kommunalhygiene des Ministeriums für Gesundheitswesen der Ukrainischen SSR; des zentralen Botanischen Gartens der Akademie der Wissenschaften der Ukrainischen SSR, der Verwaltung der Grünzonen des MKCH der Ukrainischen SSR und der Stadt Kiew verfaßt. Es gibt auf Grund der Erfahrungen auf diesem Gebiet, vor allem in der Ukrainischen SSR, einen allgemeinen Überblick über die städtebauliche, sanitär-hygienische, funktionelle und ästhetische Bedeutung der Grünanlagen bei der Gestaltung der Städte. In ihm werden die Prinzipien der komplexen Begrünung der Städte, der Organisation der Grünanlagen, der ratio-

nellen Nutzung von Rasen, Bäumen, Sträuchern, Blumenrabatten und anderem dargelegt. Darüber hinaus werden die Fragen der Wirtschaftlichkeit der städtischen Grünanlagen behandelt und methodische Hinweise für die Projektanten gegeben. Die Ausführungen sind vorwiegend auf die Bedingungen in der Ukrainischen SSR zugeschnitten, bieten aber auch für unsere Verhältnisse viele Anregungen. Einen breiten Raum nimmt in der Veröffentlichung ein Verzeichnis des Sortiments der Bäume und Sträucher zur Begrünung der Siedlungen in der Ukrainischen SSR mit entsprechenden Daten ein. Helga Förster

■

Aspekte der Stadterneuerung

Schriftenreihe des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung, Heft 73/1967

178 Seiten mit 27 Abb.

Köln 1967

Diese Broschüre enthält Beiträge zu wirtschaftlichen, strukturellen, verkehrstechnischen, soziologischen und stadtbild-pflegerischen Aspekten der Stadterneuerung, die als Anpassung des Siedlungsgefüges an heutige und zukünftige Forderungen verstanden wird.

Es wird mit Nachdruck festgestellt: Diese Anpassung wird intuitiv ohne theoretisch-wissenschaftliche Durchdringung der Materie vorgenommen. Auf diesem Gebiet besteht wissenschaftlicher Notstand!

Diese Erkenntnis wird bekräftigt durch die folgenden Ausführungen:

Zum wirtschaftlichen Aspekt:

Notwendigkeit dynamischer statt statischer Planungsleitbilder.

Notwendigkeit elastischer Planungsmethoden statt Richtzahlen.

Notwendigkeit von Kostennutzungsanalysen.

Notwendigkeit von Verdichtung.

Zum verkehrstechnischen Aspekt:

Die Schaffung von Voraussetzungen für die uneingeschränkte Nutzung des Privatwagens in der Stadt von heute führt zu erheblichen Abrißmaßnahmen der innerstädtischen Wohnsubstanz, zur Beeinträchtigung der täglichen Umwelt und zur Großstadtverdrossenheit.

These: Trotzdem darf man nicht soweit gehen, den Wunsch der Kraftfahrer, die City (als Arbeitsstättenzentrum/tertiärer Sektor) nach Möglichkeit im eigenen Personenkraftwagen aufsuchen zu können, zu ignorieren.

Also Eigennutz vor Gemeinnutz!

Lösung: Hohe, je nach Lagewert und Nachfrage gestaffelte Parkplatzgebühren.

Die typische kapitalistische Lösung: Macht ein Geschäft daraus!

Rezept: Kernstadttangenten, lagerichtige Parkplätze, U-Bahn-Bau, Stadtautobahnen

Zum soziologischen Aspekt:

Die Bevölkerung bestehender Wohngebiete hat im Laufe mehrerer Jahrzehnte in einer Art „sozialer Selbstregulierung" ortsspezifische Verhaltensmuster entwickelt:

Die heutigen Sanierungen geschehen aus technischer, aber nicht soziologischer Sicht. Deshalb ist der häufige Widerstand der Bewohner gegen Maßnahmen der Stadterneuerung, besonders gegen radikalen Abriß und Neuaufbau, zu beachten.

Es ist nicht unbegründete Angst, vertraute Verhaltensgewohnheiten aufzugeben und das Geflecht sozialer Beziehungen mindestens zum Teil neu knüpfen zu müssen (dauert bis zu 6 Jahren!) Siegfried Klügel

Standardisierung

Am 1. August 1967 wurde die TGL 190–406 Gasfortleitungs- und -verteilungsanlagen; **Drehkolbengaszähler,** Wartung Instandhaltung in der Ausgabe März 1967 verbindlich. Weitere Einzelheiten betreffen die Aufstellung, Inbetriebnahme, Kontrollen, Störungen, Außerbetriebnahme und technische Forderungen.

An dieser Stelle soll auch auf die Projektierungsanweisungen PMA 1 **Transformator-Freileitungsstationen** F 20–400 B und Z Blatt 1 Technische Erläuterungen, Blatt 2 Schaltgerüst und Zubehör, Blatt 3 Grundschaltungen R 10, Blatt 4 Grundschaltungen R 20 und Blatt 5 Elektrotechnischer Innenausbau R 20 in der Ausgabe August 1966 hingewiesen werden. Besondere Beachtung verdienen die Hinweise für die Projektierung in Blatt 1 und 5, denen WV-Projekte zugrunde lagen.

Im Entwurf Mai 1967 wird die TGL 10572 Blatt 4 **Kanäle für Versorgungsleitungen; Fertigteile aus Beton und Stahlbeton für rechteckige Strecken und Bauwerke** vorgelegt. Die Einzelheiten dieses künftigen Fachbereichstandards betreffen Begriffe, Bezeichnungen, Hauptabmessungen, Kennzeichnung, Lagerung und Transport, Prüfung, Sortimente und technische Forderungen.

Im Entwurf Juni 1967 wurde die TGL 11465 **Korrosion der Metalle; Stahl in Wässern und Erdstoffen,** Prüfung und Beurteilung der Wässer und der Erdstoffe, Schutzmaßnahmen vom VEB Baugrund Berlin erarbeitet. Der DDR-Standardentwurf enthält unter anderem auch Einzelheiten zu Untersuchungs- und Prüfdienststellen.

Die nachstehend aufgeführten DDR-Standards wurden alle im Entwurf September 1967 vorgelegt und nach ihrer Verbindlichkeitserklärung detailliert erwähnt. Es sind dies: TGL 21093 **Prüfung von Frischbeton** Blatt 1 Grundsätze; Blatt 2 Konsistenz; Blatt 3 Luftporengehalt sowie TGL 21094 **Prüfung von erhärtetem Beton** Blatt 1 Grundsätze; Blatt 2 Reindichte, Rohdichte, Dichtigkeitsgrad; Blatt 3 Wasseraufnahme; Blatt 4 Druckfestigkeit, Biegezugfestigkeit; Blatt 5 Wasserdichtigkeit; Blatt 6 Frostwiderstand; Blatt 7 Abrieb; Blatt 9 Betonanalyse, Kornzusammensetzung, Mischungsverhältnis, Bindemittelgehalt.

Unter Berücksichtigung einer RGW-Empfehlung wurde der DDR-Standard TGL 21098 **Gasbeton,** Prüfung im Entwurf April 1967 erarbeitet. Die Prüfung konzentriert sich auf die Bestimmung der Rohdichte und der Feuchte, der Frostwiderstandsfähigkeit, der Kapillarität, des Schwindens, der Druckfestigkeit im trockenen und im Einbauzustand sowie der Zugfestigkeit (Spaltprüfung).

Der Fachbereichstandard TGL 22317 **Bituminöse Dachbeläge und Dichtungsbahnen** mit Blatt 1 Teer-Sonderdachpappen mit Bitumendachpappen, 2 Nackte Teerpappen und nackte Bitumenpappen und 3 Glasvlies-Dachbelag wird im Entwurf Februar 1967 bekanntgemacht. In den drei Standardblättern befinden sich Festlegungen zu den Arten, zur Bezeichnung, Kennzeichnung, Lieferung, zum Transport und zur Lagerung sowie technische Forderungen.

Vom WTZ Komplexer Wohnungsbau werden zwei Fachbereichstandards im Entwurf Februar 1967 vorgelegt. – Die TGL 118–0148 Blatt 1 **Technische Vorschriften für Bauleistungen; Fußbodenarbeiten, Betonestriche** enthält Einzelheiten der Angaben im Leistungsverzeichnis, der Arten, Werkstoffe Ausführung, Neben- und Sonderleistungen sowie zum Aufmaß und der Abrechnung. – Die TGL 118–0167 **Holzwolle-Leichtbauplatten** mineralisch gebunden, Anwendung Einbaugrundsätze enthält Einzelheiten zur Anwendung, zum Einbau, Transport und Lagerung.

Im Entwurf März 1967 wird die TGL 118–0656 Blatt 9 **Schweißen im Stahlbetonbau,** Aluminothermische Schmelzschweißung von Betonstählen veröffentlicht, zu deren Anwendung bei der Projektierung und Ausführung die Staatliche Bauaufsicht des Ministeriums für Bauwesen zugestimmt hat. Die Einzelheiten beziehen sich auf die Werkstoffe, den Rechnungsansatz und die Prüfung, die Hauptkennwerte, die Ausführung und das Schweißen bei Niederschlägen. –er.

Rechtsnormen

Am 8. November 1967 trat die Zweite Verordnung über **Kennziffern und Normen der Materialwirtschaft und Konten für Materialeinsparung – materielle Anerkennung der ökonomischen Materialverwendung und Vorratshaltung in der Volkswirtschaft** – vom 20. Oktober 1967 (GBl. II Nr. 103 S. 727) in Kraft, die in besonderer Weise für die Arbeit mit Materialverbrauchs- und Vorratsnormen sowie Normativen für Entwicklung, Projektierung, Konstruktion und Technologie gilt.

Am 21. Dezember 1967 trat die Anordnung über die Anwendung der Richtlinie für die **Materialwirtschaft** der volkseigenen Industrie im ökonomischen System des Sozialismus **im Bauwesen** vom 6. Dezember 1967 (GBl. II Nr. 120 S. 852) in Kraft, die die Grundsätze über die Weiterentwicklung der Materialwirtschaft in der Bauwirtschaft nicht berührt.

Am 5. März 1968 trat die Anordnung über das **Informationssystem für Werkstoffkennwerte und ökonomischen Materialeinsatz** vom 20. Februar 1968 (GBl. II Nr. 22 S. 93) in Kraft, die als Stützpunkte für Werkstoffkennwerte der verschiedenen Baustoffe die Deutsche Bauakademie, die Institute für Stahlbeton, für Zement, die WTZ der VVB Bauelemente und Faserbaustoffe, Bau- und Grobkeramik sowie Zuschlagstoffe und Natursteine im einzelnen aufführt.

Die Anordnung über die **Vergütung von Feierabendarbeit in den Betrieben, staatlichen Organen und Einrichtungen** vom 23. Oktober 1967 (GBl. II Nr. 106 S. 746) gilt nicht nur für die Durchführung von Projektierungsleistungen außerhalb der Arbeitszeit entsprechend der Projektierungsverordnung, sondern auch für Bauarbeiten wie Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten, zur Erweiterung von Gebäuden und baulichen Anlagen durch kleine An- und Umbauten, kleinere Ausbauten in bestehenden Gebäuden und baulichen Anlagen zur Schaffung zusätzlicher Nutzflächen und Tiefbauarbeiten. Die Norm trat am 16. November 1967 in Kraft.

Nach der Sechzehnten Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die **Systematik der Ausbildungsberufe** vom 14. September 1967 (Sonderdruck Nr. 562 des Gesetzblattes), die am 25. Oktober 1967 in Kraft trat, gehören zur Berufsgruppe Bau die Berufsordnungen Maurer, Betonbauer, Hochbauberufe, Straßenbauer, Tiefbauer, Bauerhalter und Bauausstatter. Zur Berufsgruppe Steine – Keramik gehören die Berufsordnungen Natursteingewinner und -verarbeiter, Stein- und Erdaufbereiter sowie Brandsteinhersteller. In der Berufsgruppe Holzverarbeitung befindet sich die Berufsordnung Tischler. Zur Berufsgruppe Grafische Berufe gehört die Berufsordnung Zeichner.

Am 1. Januar 1968 trat die Anordnung über die **Fälligkeit und Abrechnung der Zahlungen** der VEBs, Kombinate und VVBs **an den Staatshaushalt** vom 20. November 1967 (GBl. III Nr. 14 S. 93) in Kraft, die auch für die Bezirksbauämter gilt.

Am 4. Januar 1967 trat die Verfügung über die **Zuführung der Bestände des Fonds des Siebenjahrplanes zum Rationalisierungsfonds** vom 5. Oktober 1967 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 11 S. 83) in Kraft.

Am 1. Januar 1968 trat die Verfügung über die Verbindlichkeitserklärung der **Ordnung des einheitlichen Systems der wissenschaftlich-technischen Information** im Bauwesen vom 16. November 1967 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 12 S. 85) in Kraft. – Hierzu trat am 1. Dezember 1967 die Richtlinie über die **vertragliche Gestaltung der wissenschaftlich-technischen Aufgaben von Forschung und Entwicklung des Bauwesens** vom 28. November 1967 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen 1968 Nr. 1 S. 1) in Kraft.

Am 1. Januar 1968 trat die Verfügung über die **Einsetzung des VEB Isolierungen, Berlin, als Leitbetrieb für Materialien und Bauelemente für die bautechnische Lärmbekämpfung** vom 12. Dezember 1967 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen 1968 Nr. 1 S. 3) in Kraft.

–er.

Wer liefert was?

Zeile, 63 mm breit, monatlich 1,80 M, beim Mindestabschluß für ein halbes Jahr

Kurzfassung

KB 321.0 322.1/.4 DK 711.4.003-167(47) 711.7(47)

Schkwarikow, W.

Die theoretischen Grundlagen der Gestaltung der sowjetischen Stadt

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 8, S. 452 bis 455

Das zentrale wissenschaftliche Institut für Städtebau der Sowjetunion arbeitet gegenwärtig an dem Thema „Theoretische Grundlagen der sowjetischen Stadt auf der Basis des sozialen und wissenschaftlich-technischen Fortschritts". Das dieser Arbeit zugrunde liegende Forschungsprogramm als eine Komplexaufgabe umfaßt die Abschnitte Umgestaltung der vorhandenen Städte, Planung und Architektur neuer Städte, Entwicklung perspektivischer Siedlungsformen und -systeme, soziologische Voraussetzungen, Entwicklung von gesellschaftlichen Typenbauten und von Formen und Systemen der gesellschaftlichen Dienstleistungen, Entwicklung von Typen für Wohn- und Kulturbauten, Planung und Bebauung von Wohnbezirken und Siedlungsgebieten, Entwicklung des städtischen und zwischenstädtischen Verkehrs. Das Forschungsprogramm umfaßt die Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten, und für jeden Abschnitt dieses Programms wird unter Wahrung der Komplexität ein Arbeitsprogramm aufgestellt, deren Hauptgesichtspunkte erläutert werden.

KB 322.1/.2 323.2/.8 DK 711.4:725+727 711.58(-201):725+727

Kirsch, K.

Wohnen und gesellschaftliche Einrichtungen

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 8, S. 456 bis 459,
5 Abb., 2 Grundrisse, 2 Schnitte, 2 Lagepläne, 4 Perspektiven

Mit der Zunahme der Bautätigkeit erhebt sich die Frage, inwieweit durch eine engere Verflechtung des Wohnens mit den gesellschaftlichen Einrichtungen die Lebensbedingungen in den Wohngebieten verbessert werden können und zugleich eine Intensivierung der Flächennutzung erreicht werden kann. Um zur Beantwortung dieser Frage detaillierte Untersuchungen vorzubereiten, wurden internationale Entwicklungstendenzen und die Planungspraxis in der DDR analysiert. Diese Analyse betrifft die Ursachen der Trennung der Wohnhäuser von den gesellschaftlichen Einrichtungen, die Erweiterung der Funktionen der Wohngebäude und die Integration der Funktionen, die sich mit der zunehmenden Konzentration durchzusetzen beginnt.

KB 323.23 DK 711.581.001.5

Gradow, G.

Entwicklung von Wohnkomplexen für die Städte der Zukunft

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 8, S. 460 bis 467,
5 Abb., 5 Grundrisse, 2 Lagepläne

Im sowjetischen Forschungsinstitut für experimentelle Projektierung sind umfangreiche wissenschaftliche und experimentelle Arbeiten zur Lösung des komplexen Problems der Organisation eines städtischen Wohnkomplexes im Gange. Die bisherigen Ergebnisse weisen darauf hin, daß dieses Problem am besten durch große städtebauliche Komplexe gelöst werden kann, da nur unter solchen Bedingungen die entsprechenden gesellschaftlichen Einrichtungen vergrößert, die Dienstleistungen komplex und ökonomisch gestaltet und ihr technisches Niveau und ihr Komfort erhöht werden können. In den beiden vorgestellten Versuchsprojekten für Wohnkomplexe mit 10 000 und 6 000 Einwohnern mit hoher Vergesellschaftung der kulturellen und sozialen Dienstleistungen wurde von einer detaillierten Einteilung der Wohnfläche und Dienstleistungen für Vorschulkinder, Schüler, arbeitsfähige Bevölkerung und Rentner ausgegangen. Die Prinzipien der Gestaltung solcher Wohnkomplexe und ihre sozialen und ökonomischen Vorzüge werden eingehend erörtert.

KB 321.1 324.2 DK 711.417.4(410)

Elvin, R.

Neue Städte in Großbritannien

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 8, S. 482 bis 495,
21 Abb., 1 Schnitt, 4 Lagepläne, 3 Schemapläne

Seit 1946 ist in Großbritannien der Bau von 24 neuen Städten vorgesehen worden, in denen heute annähernd 770 000 Menschen wohnen (Großbritannien hat gegenwärtig rund 53 Mill. Einwohner). Im einzelnen wird an Hand von sechs Beispielen dargelegt, nach welchen Prinzipien die Städte angelegt werden (Vereinigung von Arbeiten und Wohnen), welche Rolle die Entwicklungsgesellschaften der neuen Städte spielen, wie die Finanzierung vor sich geht und mit welchen Mitteln und Methoden die Industrie und Verwaltungen in den neuen Städten angesiedelt werden.

KB 322.3:323.2 DK 711.5.001.6

Schattel, J.

Methodische Probleme einer Standortvariantenuntersuchung

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 8, S. 496 bis 499,
5 Grafiken, 3 Tab., 13 Lit.

Ein wichtiges Teilproblem der Generalbebauungsplanung ist die Ermittlung rationeller Wohnungsbaustandorte. An Hand des konkreten Beispiels einer Stadt (24 mögliche Standorte mit einer Gesamtfläche von 1800 ha) wird dargelegt, mit welchen Methoden der rationellste Standort ermittelt werden kann. Als Prinzipien lagen zugrunde: Geringste Investitions- und Unterhaltungskosten; minimaler Zeitaufwand für die Bevölkerung zur Erreichung des Zentrums, der Arbeits- und Erholungsstätten; sparsamste Inanspruchnahme von Bauland; rationellste Reihenfolge der Vorhaben; günstige Wohnlage unter Berücksichtigung von Störfaktoren, von klimatischen, topographischen und anderen Bedingungen sowie Sicherung einer strukturgerechten Entwicklung der Gesamtstadt.

Содержание

УДК 711.4.003-167(47) 711.7(47)

Schkwarikow, W.

452 **Теоретические основы формирования советского города**

дойче архитектур, Берлин 17 (1968) 8, стр. 452 до 455

Центральный научно-исследовательский институт градостроительства в СССР в настоящее время работает над темой «Теоретические основы советского города на базе социального и научно-технического прогресса». Программа исследований, которую следует рассматривать как комплексную, включает следующие разделы: Перспективное преобразование существующих городов; планировка и архитектура новых городов; развитие перспективных форм и систем расселения; социологические предпосылки; развитие типов общественных зданий и систем и форм общественного обслуживания; развитие типов жилых и культурно-бытовых зданий; планировка и застройка жилых районов и селитебных территорий; развитие городского и внешнего транспорта. Программа исследований охватывает развитие в ближайших десятилетиях. Для каждой фазы программы составляется рабочая программа с учетом комплексного характера задачи. В статье объясняются главные аспекты этих программ.

УДК 711.4:725+727 711.58(-201):725+727

Kirsch, K.

456 **Жилье и общественные устройства**

дойче архитектур, Берлин 17 (1968) 8, стр. 456 до 459,
5 рис., 2 гориз. проекции, 2 плана расположения, 4 перспективы

Возрастающая строительная деятельность ставит вопрос, каким образом возможно улучшить условия жизни посредством более тесного соединения жилья с общественными устройствами и одновременно достигнуть более интенсивного пользования площадью. Анализированы международные направления развития и практика планировки в ГДР с целью подготовки детализированных исследований, которые могут дать ответ на указанный вопрос. Этот анализ должен выяснить причины разделения жилых домов от общественных устройств и возможности расширения функций жилых зданий и интегрирования функций, осуществление которого началось с возрастающим сосредоточением.

УДК 711.581.001.5

Gradow, G.

460 **Развитие жилых комплексов для городов будущего**

дойче архитектур, Берлин 17 (1968) 8, стр. 460 до 467,
5 рис., 5 гориз. проекций, 2 плана расположения

В настоящее время обширные научные и экспериментальные работы проводятся в советском научно-исследовательском институте с целью решения комплексной проблемы организации городского жилого комплекса. Полученные до сих пор результаты указывают на то, что данная проблема лучше всего может быть решена созданием крупных градостроительных комплексов. Только в этих условиях становится возможным увеличить соответствующие общественные устройства и повысить уровень общественного обслуживания населения с точек зрения экономичности и технического совершенствования. Представлены два опытных проекта для жилых комплексов на 10 000 и 6 000 жителей с высокой степенью обобществования культурного и социального обслуживания. Проекты основываются на детализированном подразделении жилой площади и обслуживания на детей дошкольного возраста, школьников, работоспособное население и пенсионеров. Подробно обсуждены принципы оформления таких жилых комплексов и их социальные и экономические преимущества.

УДК 711.417.4(410)

Elvin, R.

482 **Новые города в Великобритании**

дойче архитектур, Берлин 17 (1968) 8, стр. 482 до 495,
21 рис., 1 чертеж в разрезе, 4 плана расположения, 3 схематических плана

В 1946 г. в Великобритании предусмотрели строительство 24 новых городов, в которых в настоящее время живут ок. 770 000 людей (населенность Великобритании теперь ок. 53 миллиона). На основе 6 примеров рассматриваются принципы строительства этих городов, роль организаций, занимающихся проектированием новых городов, проблемы финансирования и, наконец, средства и методы организации промышленности и администрации в новых городах.

УДК 711.5.001.6

Schattel, J.

496 **Методические проблемы исследования вариантов местоположения**

дойче архитектур, Берлин 17 (1968) 8, стр. 496 до 499,
5 графических изображений, 3 табл., 13 лит.сс.

Определение рациональных местоположений жилищного строительства является важней частичной проблемой планировки генеральной застройки. На основе конкретного примера одного города (24 возможных местоположения общей площадью 1 800 гектаров) показываются методы определения самого рационального местоположения. Принципами исследования явились: Наименьшая стоимость капитальных вложений и содержания; минимальные времена езды в центр, места работы и места отдыха; предъявление наименьших требований строительного грунта; самая рациональная последовательность выполнения работ; самое благоприятное положение жилых районов с учетом мешающих факторов, климатических, топографических и других условий; обеспечение развития всего города в соответствии с запланированной структурой.

Summary

DK 711.4.003-167(47) 711.7(47)

Schkwarikow, W.

The Theoretical Concept of Soviet City Design

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) No. 8, pp. 452–455

"The Theoretical Concept of Soviet City Design on the Basis of Social and Techno-Scientific Progress" is one of the subjects now being dealt with by the Central Institute of City Design of the Soviet Union. The work is based on a complex research program including the following items: redesign of existing cities, long-term forward trends in the development of settlement forms and systems, planning and architecture of new cities, sociological conditions, development of unified public buildings as well as of forms and systems of amenities and services, unified type design for housing and centres of culture, planning and land use in housing and settlement areas, development of urban and inter-city transport. The research program covers the forthcoming decades. Detailed working plans not conflicting with the complex nature of the program as such were drafted for each of the latter's phases. Their major aspects are described.

DK 711.4:725+727 711.58(–201):725+727

Kirsch, K.

Dwelling and Public Facilities

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) No. 8, pp. 456–459,

5 figs., 2 plans, 2 sections, 2 layout plans, 4 perspectives

Increasing building activity has given rise to the question in what respect living conditions in the housing areas could be improved together with more intensified land use by a closer coordination of dwelling with public facilities. Both international trends and the planning practice in the GDR were analysed with the view of preparing detailed documentation for an answer. The items of the analysis are the causes that had led to a separation of housing from services, the expansion of the functions to be accomplished by housing, and the integration of those functions which is gaining ground as concentration is increased.

DK 711.581.001.5

Gradow, G.

Housing Estates for the City of Tomorrow

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) No. 8, pp. 460–467,

5 figs., 5 plans, 2 layout plans

Comprehensive theoretical work and experiments to solve the complex problems related to the organisation of the urban housing estate are in full swing in the Soviet Research Institute for Experimental Design. The results thus far achieved are likely to suggest that the problems would be solved best by large-scale town planning as the only approach to provide the conditions needed for an enlargement of services and amenities as well as for their improvement in terms of complexity, economy, technology, and comfort. Two experimental housing estates for 10,000 or 6,000 dwellers, respectively, are introduced. Their cultural and social amenities are greatly socialised. Their dwelling areas and services are subdivided in great detail to provide separate conditions for pre-school children, school children, working population, and pensioners. The principles underlying the design of such housing estates are described in detail together with their social and economic advantages.

DK 711.417.4(410)

Elvin, R.

New Towns in Great Britain

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) No. 8, pp. 482–495,

21 figs., 1 section, 4 layout plans, 3 schemes

The design of 24 new towns has been planned in Britain after 1946. The approximate population in these new towns is 770,000 (the population total of Britain being 53 millions). Six examples are presented to describe and demonstrate the principles underlying the design of these new towns (coordination of jobs with dwelling), the role played by resident development companies, the way of financing, and the means and methods used to attract industries and offices.

DK 711.5.001.6

Schattel, J.

Methodical Problems related to a Site Opportunity Study

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) No. 8, pp. 496–499,

5 graphs, 3 tables, 13 lit.

Rationalised determination of sites for housing is one of the most important sub-problems in a general plan. The methods by which the most rationalised and optimum site can be determined are demonstrated by the example of an existing city (offering 24 site opportunities in a total area of 1,800 ha). The following principles had been adopted as criteria of assessment: minimum investment and maintenance costs; minimum time distance to the centre; minimum journeys to jobs and recreation areas; most economical land use; most economic sequence of projects; most favourable dwelling position in terms of interferences as well as of climatic, topographic, and other conditions; flexibility to allow for proper and ade quately structured growth of the whole city.

Résumé

DK 711.4:003-167(47) 711.7(47)

Schkwarikow, W.

452 **Les bases théoriques de la conformation de la ville soviétique**

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 8, pages 452–455

L'institut scientifique central pour l'urbanisme de l'Union Soviétique travaille actuellement au thème « Basis théoriques de la ville soviétique sur la base du progrès social et scientifique technique ». Le programme de recherches scientifiques servant de base pour ce travail comme une tâche complexe comprend les secteurs « transformation de villes existantes, planning et architecture de nouvelles villes, développement de formes et de systèmes perspectifs de cités, conditions sociologiques, développement de constructions de types sociales et de formes et systèmes des services sociaux, développement de types pour constructions de logements et de constructions culturelles, planning et construction de districts d'habitations et de territoires de cités, développement de la circulation urbaine et intermédiaire. Le programme de recherches scientifiques comprend le développement dans les prochaines périodes de dix ans; sous la défense de l'ensemble pour chaque secteur de ce programme un programme de travail sera établi dont les points de vue principaux sont expliqués.

DK 711.4:725+727 711.58(–201):725+727

Kirsch, K.

456 **Etre logé et installations sociales**

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 8, pages 456–459,

5 illustrations, 2 tracés, 2 coupes, 2 plans de situation, 4 perspectives

Avec l'accroissement de l'activité de construire se pose la question dans quelle mesure par une interdépendance plus étroite du être logé avec les installations sociales les conditions vitales dans les territoires d'habitation peuvent être améliorées pour intensifier en même temps l'utilisation des aires. Pour préparer les recherches détaillées indispensables pour répondre à cette question, des tendances de développement internationales ainsi que la pratique de planning en RDA furent analysées. Cette analyse concerne les motifs de la séparation des maisons d'habitation des installations sociales, l'extension des fonctions des maisons d'habitation ainsi que l'intégration des fonctions qui-avec la concentration croissante- commence à s'imposer.

DK 711.581.001.5

Gradow, G.

460 **Développement de complexes de maisons d'habitation pour les villes de l'avenir**

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 8, pages 460–467,

5 illustrations, 5 tracés, 2 plans de situation.

Dans l'institut soviétique de recherches scientifiques pour les études expérimentales des travaux scientifiques et expérimentaux étendus sont en train dans l'intérêt de la solution du problème complexe de l'organisation d'un complexe urbaniste de maisons d'habitation. Les résultats obtenus jusqu'à présent indiquent que la meilleure solution de ce problème seraient des grands complexes urbanistes, parce que seulement à telles conditions les installations sociales respectives peuvent être agrandies, les services développés en forme complexe et économique et leur niveau technique et confort augmentés. Pour les deux projets d'essai présentés pour des complexes d'habitation de 10 000 et 6 000 habitants avec haut ordre social des services culturels et sociaux on est parti d'une division détaillée de l'aire d'habitation et de services pour des enfants des écoles préparatoires, des élèves, de la population capable de travailler et des bénéficiaires d'une pension. Les principes de la formation de tels complexes d'habitation et les avantages sociaux et économiques en détail sont discutés.

DK 711.417.4(410)

Elvin, R.

482 **Nouvelles villes en Grande-Bretagne**

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 8, pages 482–495,

21 illustrations, 1 coupe, 4 plans de situation, 3 plans schématiques

Depuis 1946 en Grande-Bretagne la construction de 24 nouvelles villes fut prévue où aujourd'hui sont domiciliés approximativement 770 000 hommes (nombre des habitants en Grande-Bretagne actuellement environ 53 millions). En détail par six exemples est expliqué suivant quels principes les villes sont construites (combinaison de travail et être logé), quel rôle jouent les sociétés de développement des nouvelles villes, comme le financement se fera et par quels moyens et méthodes l'industrie et les administrations dans les nouvelles villes sont établies.

DK 711.5.001.6

Schattel, J.

496 **Problèmes méthodiques d'une recherche de variantes d'emplacement**

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 8, pages 496–499

5 graphiques, 3 tableaux, 13 lit.

Un problème partiel important du planning de construction général est la recherche d'emplacements rationnels pour la construction de logements. Par l'exemple concret d'une ville (24 emplacements possibles avec une aire totale de 1800 ha) est expliqué par quelles méthodes l'emplacement le plus rationnel peut être trouvé. Les principes étaient: frais d'investissement et d'entretien les plus réduits; temps le plus réduit pour la population pour obtenir le centre de ville, les lieux de travail et de repos; usage le plus économique du terrain à bâtir; suite la plus rationnelle des projets; situation d'emplacement la plus favorable du logement en considération de facteurs perturbateurs, de conditions climatiques, topographiques et d'autres conditions, ainsi que certitude d'un développement qui répond à la structure de la ville totale.